

SOZIAL. DIGITAL.

KLIMANEUTRAL.

SPD BESSER
IST
DAS

A1:
Zukunftsprogramm
Schleswig-Holstein
Sozial. Digital. Klimaneutral.

Programmentwurf des Landesvorstandes zum Landesparteitag, beschlossen am 4.2.2022

Inhaltsverzeichnis

SPD – BESSER IST DAS!.....	5
1. Mission „Wir machen Schleswig-Holstein zum Vorreiter bei Klima, Natur- und Umweltschutz“	8
Wir wollen Klimaschutz mit einem Plan und Mut zu den nötigen Investitionen.....	8
Den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben.....	9
Schleswig-Holstein wird zu einem führenden Industrie- und Wasserstoffstandort.....	11
Gemeinsam Wege zu klimaneutralem Wohnen finden	12
Unsere Mobilität schützt das Klima und ist sozial	13
Das Potenzial des biologischen Klimaschutzes nutzen.....	14
Wir schützen Schleswig-Holstein.....	14
2. Mission „Wir investieren in wirtschaftliche Chancen und schaffen gute Arbeit“ ...	17
Gute Arbeit für alle schaffen und Fachkräfte sichern	17
Mehr Respekt für die Arbeit mit Menschen.....	18
Die neue Wirtschaft beginnt jetzt	22
In Schleswig-Holstein gut forschen.....	25
Wir arbeiten enger mit Hamburg zusammen	27
Segel setzen für eine neue Schifffahrt.....	28
Schleswig-Holstein wird zum Tourismusland Nummer Eins.....	29
Die nachhaltige Landwirtschaft wird zukunftsfest.....	30
Märkte müssen fair sein	32
3. Mission „Wir stärken und digitalisieren den Staat“	33
Der digitale Staat kommt auf die Höhe der Zeit	34
Alle können digital mitmachen.....	35
Wir brauchen den handlungsfähigen Staat.....	37
Wir stärken unsere Kommunen	37
Unsere Polizei ist bürgernah, stark und modern	38
Die Justiz wird modernisiert.....	39
4. Mission „Wir halten die Gesellschaft zusammen“	40
Ländliche Räume sind Zukunftsräume	41
Die Vor-Ort-für-Dich-Kraft kümmert sich dauerhaft als Teil der Gemeinschaft vor Ort	43
Gesundheit wird keine Ware mehr sein	43
In Schleswig-Holstein kann man gut alt werden.....	47
Unsere Gesellschaft wird immer inklusiver	49
Die Gemeinschaft wird solidarisch organisiert	50
Wir werden das kinder- und jugendfreundlichste Bundesland.....	51

In Schleswig-Holstein kann man gut aufwachsen	54
Wir kämpfen gegen Diskriminierung aufgrund von Geschlechtsidentitäten und sexueller Orientierung	54
5. Mission „Wir beginnen ein neues Bildungsjahrzehnt“	58
Wir organisieren die Schule der Zukunft.....	58
Die Ganztagschule sorgt für Bildungsgerechtigkeit.....	63
Die Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege gebührenfrei machen	64
Wir stärken die duale Ausbildung	65
Mit lebensbegleitenden Lernen Perspektiven sichern.....	68
In Schleswig-Holstein gut studieren.....	69
6. Mission „Wir machen Wohnen in Schleswig-Holstein bezahlbar“	71
Besser in Schleswig-Holstein wohnen	71
In Zukunft wohnen wir in der smarten Gartenstadt	73
Wir sichern den Boden unter unseren Füßen	76
7. Mission „Wir ermöglichen Mobilität überall in Schleswig-Holstein“	76
Unsere neue Mobilität ist schnell, bezahlbar und klimaneutral.....	77
Der moderne Schienenverkehr leistet seinen Beitrag zum Klimaschutz und zur Stärkung der ländlichen Räume.....	78
Wir brauchen leistungsfähige Straßen, Radwege und Ladeinfrastruktur für E-Autos	79
Starke Wasserwege bringen Wohlstand nach Schleswig-Holstein und holen Güter von der Straße	81
8. Mission „Wir machen Schleswig-Holstein zur Heimat für alle“	81
Wir organisieren Asylaufnahme, Zuwanderung und Integration.....	82
Wir sind die Europapartei	83
Die schleswig-holsteinische Minderheitenpolitik soll Vorbild bleiben.....	85
Kunst und Kultur fördern.....	86
Wir festigen unsere Demokratie	88
Schleswig-Holstein ist sportlich	90
Die schleswig-holsteinische Medienlandschaft stärken.....	91

SPD – BESSER IST DAS!

Schleswig-Holstein ist ein besonderes Land. Hier zwischen den Meeren haben wir einen weiten Horizont, sind sturmerprobt und bodenständig. Wir lieben unsere Freiheit und finden zugleich Halt in unseren Familien, in der Nachbarschaft und in zahlreichen Vereinen und Verbänden, die sich um Gemeinsinn und Zusammenhalt in unseren Städten und Gemeinden kümmern. Wir in Schleswig-Holstein mögen unser Land. Hier leben wir gern und übernehmen Verantwortung.

Schleswig-Holstein ist nicht groß, aber oft waren wir ein Stück weiter als der Rest Deutschlands. Das gilt für den Ausstieg aus der Atomenergie, den Ausbau der Windkraft, den Breitbandausbau, den weitsichtigen Umgang mit Geflüchteten oder den vernünftigen Umgang mit Corona.

Die Pandemiesituation stellt die Menschen weiterhin vor großen Herausforderungen: Bei zusätzlichen Belastungen, bei Einkommenseinbußen und Existenzängsten darf niemand alleine gelassen werden. Das ist eine Frage von Gerechtigkeit; dafür ist die Sozialdemokratie da.

Wir können mit Zuversicht in die Zukunft schauen. Wir müssen in Zukunft konkrete Themen gestalten und hierbei werden wir die soziale Absicherung der Menschen in Schleswig-Holstein sicherstellen.

Auch Klimawandel, Digitalisierung und Globalisierung haben unsere Welt verändert und werden das weiter tun. Wir müssen politische Antworten auf Fragen geben, die sich uns in dieser Tiefe und Grundsätzlichkeit schon lange nicht mehr gestellt haben. Und wir haben zu lange mit den Antworten gewartet.

Wir stehen vor einem Jahrzehnt der Modernisierung. In vielen Fragen ist es das entscheidende Jahrzehnt für unsere wichtigsten Ziele. Wir können unsere Klimaziele nur erreichen, wenn wir jetzt handeln. Wir können von der Digitalisierung nur profitieren, wenn wir sie jetzt gestalten. Wir werden als Wirtschaftsstandort im Systemwettbewerb mit Asien und den USA nur bestehen, wenn wir jetzt investieren und Chancen nutzen.

Diese Aufgaben wurden in den vergangenen fünf Jahren nicht mit der notwendigen Entschlossenheit angepackt. Andere Länder und Regionen drohen uns auf dem Weg in die Zukunft abzuhängen.

Wir treten an, um den Fortschrittsgeist unseres Landes wieder zu entfachen. Dafür wollen wir den Ministerpräsidenten stellen. Die SPD hat dieses Land mit Björn Engholm, Heide Simonis und Torsten Albig in den letzten 35 Jahren entscheidend geprägt. In dieser Zeit der Veränderung werden wir erneut gebraucht.

Die SPD ist stets diejenige Partei gewesen, die die Gesellschaft in Zeiten von Umbrüchen zusammenhalten konnte. Wir sind wie niemand sonst in allen Teilen der Gesellschaft verankert. Wir vereinen den ländlichen Raum sowie die Städte und Menschen aus Industrie, Pflege, Bildung, Sozialer Arbeit, Einzelhandel, Gastronomie und Dienstleistungen. Wir vereinen

40 Menschen aus der Privatwirtschaft, dem Öffentlichen Dienst, Selbstständige und Freiberuf-
41 ler*innen. Sie alle halten unsere Gesellschaft zusammen.

42 Wir vereinen Menschen, die ihre Arbeit erfüllt, und stärken diejenigen, deren Jobs schlecht
43 bezahlt sind. Wir vereinen Menschen, die sich in der Familienarbeit oder der häuslichen
44 Pflege um ihre Familienangehörigen kümmern, Menschen, die noch zur Schule gehen, in
45 Ausbildung oder Studium sind, Menschen, die ihre Arbeit verloren haben, und Menschen, die
46 bereits in Rente sind. Wir vereinen Menschen, deren Familien schon immer hier gewohnt
47 haben, und jene, die neu hinzugezogen sind. Deswegen ist die SPD die wichtigste politische
48 Kraft in Schleswig-Holstein.

49 Wir haben uns als Gesellschaft viel vorgenommen: Wir wollen den Klimawandel stoppen, die
50 Digitalisierung gestalten, wirtschaftliche Chancen nutzen, den demografischen Wandel orga-
51 nisieren und die Biodiversität wiederherstellen und erhalten. Und das in einer Zeit, in der vie-
52 le Menschen glauben, dass sie alles allein erreichen können. Menschen, die meinen, dass
53 wenn sich jeder um sich selbst kümmert, für alle gesorgt sei. Aber so wird das nicht funktio-
54 nieren.

55 Wir alle wissen, dass die planetaren Grenzen hart sind. Wir müssen den Klimawandel, die
56 Zerstörung der Ökosysteme sowie das Massensterben der Arten stoppen und die Erderwär-
57 mung, wie vom Pariser Klimaabkommen vorgesehen, auf maximal 1,5 Grad Celsius begren-
58 zen. Die SPD diskutiert dies aber nicht nur mit Klimaforscher*innen. Sie spricht mit Betriebs-
59 räten genauso wie mit den kleinen Handwerksbetrieben oder den in Schleswig-Holstein noch
60 stark vertretenen Familienunternehmen sowie den großen Industriebetrieben. Erst daraus
61 entstehen politische Antworten, die für eine Gesellschaft auch tragfähige Lösungen schaffen.

62 Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass wir einen handlungsfähigen Staat brauchen, der
63 Krisen durch intelligente Organisation lösen kann. Wir benötigen einen Staat, der technolo-
64 gisch und organisatorisch auf der Höhe der Zeit ist.

65 Das ist ein Staat, der unsere Schulen fit für die Zukunft machen kann. Schulen müssen Bil-
66 dungsgerechtigkeit schaffen und dafür gut organisiert werden. Wir müssen sie so bauen und
67 ausstatten, dass sie ein Ort des modernen individuell fördernden und inklusiven Lernens
68 sind. Und wir müssen als Land finanzielle und organisatorische Verantwortung für die Digita-
69 lisierung der Schulen übernehmen.

70 Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Ihre Bedürfnisse und Rechte
71 wollen wir bei unseren Vorhaben maßgeblich berücksichtigen.

72 Wenn wir Wohnen in allen Regionen des Landes bezahlbar machen wollen, müssen wir
73 mehr und schneller bauen. Aber solange die neuen Wohnungen und Häuser noch nicht da
74 sind, müssen wir mit einer Mietpreisbremse den Anstieg der Preise begrenzen. Die aktuelle
75 Landesregierung hat sie abgeschafft, wir werden sie weiterentwickeln und wieder dort ein-
76 führen, wo sie dringend gebraucht wird.

77 Als Sozialdemokrat*innen wissen wir, dass wir einen aktiven und gestaltenden Staat brau-
78 chen, damit wir die großen Zukunftsfragen beantworten und allen Menschen ein gutes Leben
79 ermöglichen können. Wohlstand, Glück, Freiheit und Nachhaltigkeit gelingen nur als Team-
80 arbeit einer ganzen Gesellschaft.

81 Das alles zeigt: In Schleswig-Holstein gibt es viel zu tun, um das Land für die Zukunft fit zu
82 machen. Und es gibt einen großen Bedarf für sozialdemokratische Politik. Mit unseren Missi-
83 onen machen wir uns auf den Weg, die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen.

84 BESSER IST DAS!

85 **1. Mission „Wir machen Schleswig-Holstein zum Vorreiter bei**
86 **Klima, Natur- und Umweltschutz“**

87

88 Wir werden Schleswig-Holstein zum ersten klimaneutralen Land in der Bundesrepublik
89 Deutschland machen und damit zu einem europäischen Leuchtturm werden.

90 Kein anderes Land hat so gute Voraussetzungen klimaneutral zu werden wie wir. Schleswig-
91 Holstein hat eine einzigartig günstige geografische Lage für die Bereitstellung erneuerbarer
92 Energien. Unsere bestehende Industrie- und Wirtschaftsstruktur kann mit den heute schon
93 verfügbaren technischen Möglichkeiten klimaneutral werden. Unsere Unternehmen haben in
94 einer klimaneutralen Weltwirtschaft so große wirtschaftliche Chancen mit ihren Produkten
95 und Dienstleistungen, dass wir unterm Strich Gewinner der Transformation sein werden. Als
96 Produktionsstandort werden wir neue Unternehmen anziehen. Die Akzeptanz für eine ambi-
97 tionierte Klimapolitik ist bei den Menschen in Schleswig-Holstein sehr hoch. Wir wissen, dass
98 der Klimawandel unseren eigenen Wohlstand bedroht und der Meeresspiegel gestoppt wer-
99 den muss. Uns ist bewusst, dass die Klimakrise es schon jetzt schwierig macht, in manchen
100 Regionen unseres Planeten zu leben, und dass sie Menschen dazu zwingt, ihr Zuhause zu
101 verlassen. Wir wissen, dass auch wir eine Verantwortung hierfür tragen und werden dem mit
102 großer Ernsthaftigkeit begegnen und humanitär unterstützen. Wir wollen, können und müs-
103 sen Schleswig-Holstein zum Vorreiter bei Klima-, Natur- und Umweltschutz machen.

104 **Wir wollen Klimaschutz mit einem Plan und Mut zu den nötigen In-**
105 **vestitionen**

106

107 Damit wir die Klimawende schaffen, brauchen wir einen Klimaplan, der alle notwendigen
108 Schritte und Maßnahmen umfassend benennt. Unser Klimaplan wird den Menschen in
109 Schleswig-Holstein Sicherheit geben, dass alle ihren Beitrag leisten und niemand auf diesem
110 Weg allein gelassen wird. Unser Klimaplan wird Klimaschutz sozial und industriepolitisch
111 absichern.

112 Wir setzen uns für ein verbindliches CO₂-Budget zur Erreichung des 1,5 Grad-Ziels für
113 Schleswig-Holstein ein. Eine unabhängige Expertenkommission schlägt die Höhe des Bud-
114 gets vor und überprüft die Einhaltung seiner Umsetzung.

115 Das Land und die Landesregierung müssen bei der Umsetzung der Klimaziele und der Bio-
116 diversitätsstrategie übergreifende Verantwortung übernehmen. Das Land muss sicherstellen,
117 dass die Kommunen Klimaschutz und Artenvielfalt überall vor Ort umsetzen können und – da
118 wo es nötig ist – muss das Land den Aufbau von Infrastrukturen selbst in die Hand nehmen.
119 Die Landesregierung muss mit allen Unternehmen im Land zusammenarbeiten, sektor- und
120 unternehmensübergreifende Lösungen ermöglichen und zusammen mit dem Bund Wirt-
121 schaftlichkeitslücken bei Investitionen schließen.

122 Wir werden ein Klimakabinett mit der ressortübergreifenden Koordination beauftragen und
123 das Monitoring der Umsetzung des Klimaplanes und der Biodiversitätsstrategie in einer eben-
124 falls ressortübergreifenden Stabsstelle beim Ministerpräsidenten verankern.

125 Die Umsetzung unseres Klimaplanes und der Biodiversitätsstrategie erfordert außergewöhnliche
126 Investitionen durch Unternehmen, private Haushalte und den Staat. Diese Investitionen
127 werden sich für den Standort Schleswig-Holstein lohnen, die Wirtschaft ankurbeln und eine
128 Sogwirkung für private Investitionen auslösen. Deshalb werden wir den Klimaplan und die
129 Biodiversitätsstrategie mit einem konkreten Investitionsplan des Landes unterlegen, der die
130 erforderlichen Investitionen vollständig und transparent benennt. Wir werden sicherstellen,
131 dass das Land, die Kommunen und unsere Unternehmen die vom Bund und der EU zur Ver-
132 fügung gestellten Mittel voll ausschöpfen können. Jede wirtschaftlich sinnvolle Investition, die
133 zu mehr Klimaneutralität führt, muss getätigt werden können.

134 Die Umsetzung der Klimaziele muss sofort beginnen. Die Investitionszyklen und der Umset-
135 zungszeitraum für den Aufbau der erforderlichen Infrastruktur erfordern die Bereitstellung
136 von einer zusätzlichen Klimamilliarde in den nächsten drei Jahren aus dem Landeshaushalt.
137 Diese Klimamilliarde werden wir innerhalb der Ausnahmeregelungen der Schuldenbremse
138 bereitstellen, im gleichen Verfahren wie bei den Kosten für die Bekämpfung der Corona-
139 Krise und die Abwicklung der HSH Nordbank.

140 Dafür werden wir die finanztechnischen Voraussetzungen durch die Gründung von Investiti-
141 onsgesellschaften, Modernisierung der Verfahrensregeln der Schuldenbremse und Ermögli-
142 chung kommunaler Investitionen auf Basis der Doppik schaffen.

143 **Den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben**

144 Der Strombedarf wird in Zukunft deutlich steigen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien
145 muss massiv vorangetrieben und breiter aufgestellt werden, um unsere Stärke als Industrie-
146 standort zu sichern und klimaneutrale Mobilität und Wärme zu ermöglichen.

147 Windstrom ist ein wesentlicher Standortfaktor in Schleswig-Holstein. Das Ziel, mindestens
148 zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergie zu nutzen, muss in der kommenden
149 Wahlperiode erreicht werden. Dabei wollen wir auch vielfältige Formen der Energiegewin-
150 nung durch Windenergie nutzen. Dazu gehört auch, dass wir auf den Ausbau der Offshore-
151 Windenergie setzen. Insbesondere die Windparks in unserer Nordsee werden künftig eine
152 noch wichtigere Rolle beim Ausbau der erneuerbaren Energie spielen.

153 Die Tragfähigkeit der aktuellen Windplanung werden wir in den ersten 100 Tagen der Regie-
154 rung evaluieren, da es bereits heute klare Signale gibt, dass die ausgewiesenen Flächen gar
155 nicht geeignet sind, um die Ausbauziele zu erfüllen. Hier drohen Fehlplanungen, die uns um
156 Jahre zurückwerfen können.

157 Wir werden die Planungsprozesse beschleunigen und das notwendige Personal für Geneh-
158 migungen in den Landesbehörden aufstocken. Damit der Zubau schneller gelingt, ist ein ver-
159 stärktes Repowering, also der Ersatz alter Windenergieanlagen durch neue, leistungsstärke-
160 re Anlagen von zentraler Bedeutung. Dadurch wird nicht nur der Flächenverbrauch begrenzt,
161 sondern es werden auch vorhandene Infrastrukturen weiter genutzt

162 Der Ausbau von Photovoltaik hat auch im echten Norden riesige Potenziale – sowohl in der
163 Fläche als auch für private Haushalte, auf Dachflächen von öffentlichen Gebäuden, Indust-
164 rieranlagen und -gebäuden.

165 Für private Haushalte wird Solarstrom in Kombination mit einem Speicher in den nächsten
166 Jahren Strom günstiger werden als der klassische Strom aus dem Netz. Diejenigen, die sich
167 Solarzellen auf dem Dach und einen Speicher zu Hause leisten können, werden von niedri-
168 geren Stromkosten profitieren. Das verändert den Strommarkt und stellt eine große sozialpo-
169 litische Herausforderung dar. Nicht alle Mieter*innen und Hausbesitzer*innen werden sich
170 die Investitionen leisten können und in der Folge mit höheren Stromkosten konfrontiert. Hier
171 müssen wir einer gesellschaftlichen Spaltung entgegenwirken.

172 Wir wollen, dass alle Schleswig-Holsteiner*innen die Möglichkeit haben, auf ihren Dächern
173 Photovoltaik bauen zu lassen. Dabei werden wir sie unterstützen. Wir werden dafür sorgen,
174 dass Mieter*innen in Mehrfamilienhäusern profitieren und nicht gegenüber den Eigenheim-
175 besitzer*innen benachteiligt werden. Wir wollen bestehende Programme der Kreditanstalt für
176 Wiederaufbau durch ein eigenes 100.000 Dächer-Programm ergänzen, das Förderlücken bei
177 finanziell schwachen Haushalten (z. B. durch mangelndes Eigenkapital oder eingeschränk-
178 ten Zugang zu Krediten) schließt und mit Stadtwerken und anderen Anbietern bei Leasing-
179 programmen und Pachtmodellen zusammenarbeiten. Wir werden gezielte Förderprogramme
180 für den Wohnungsbau auflegen und die Wohnungsbauförderung anpassen, damit Mie-
181 ter*innen in Mehrfamilienhäusern profitieren und nicht gegenüber den Eigenheimbesit-
182 zer*innen benachteiligt werden. Durch die Förderungen von Bürgerphotovoltaikparks mit
183 Beteiligungsschancen für viele, wollen wir den Menschen in Schleswig-Holstein eine Chance
184 geben sich am Ausbau der erneuerbaren Energien zu beteiligen.

185 Damit bei der Planung von Häusern und Wohnungen von vornherein die technischen Vo-
186 raussetzungen mitgedacht werden, wollen wir Photovoltaikdächer beim Neubau von Gebäu-
187 den – entweder durch die Eigentümer*innen oder durch Dritte, denen Zugang zur Fläche
188 ermöglicht werden muss – sowie beim Bau von Parkplätzen verpflichtend machen. Wir wer-
189 den endlich alle grundsätzlich geeigneten landeseigenen Gebäude mit Photovoltaik ausstat-
190 ten.

191 Der Ausbau von Photovoltaik in der Fläche ist sinnvoll und notwendig. Auch die Kombination
192 von Landwirtschaft und Solarstromproduktion birgt Chancen. Gleichzeitig gibt es Zielkonflikte
193 in der Nutzung des Raums. Wir wollen aus den bisherigen Fehlern der Windplanung lernen.
194 In kooperativen Prozessen werden wir den Photovoltaikausbau steuern. Um die entspre-
195 chenden Flächen angemessen und effektiv für Photovoltaik nutzen zu können, sind verbind-
196 liche Genehmigungskriterien des Landes für die kommunale Entscheidung erforderlich, so-
197 wie ein landesweites Solardachkataster.

198 Die große Akzeptanz der Energiewende in Schleswig-Holstein beruht maßgeblich auf den
199 vielen Bürgerwind- und Bürgersolarparks. Wir werden die lokale Wertschöpfung stärken.
200 Dazu werden wir die von der EU initiierten Energiegemeinschaften in Schleswig-Holstein
201 einführen und die Bürgerenergie voranbringen. Einen Ausverkauf der mittelständischen Bür-
202 gerwind- und Bürgersolarparks an überregionale Energiekonzerne lehnen wir ab: Wir wollen
203 Arbeitsplätze, Investitionen, Knowhow und Steuereinnahmen im Land Schleswig-Holstein
204 halten und ausbauen.

205 Die erneuerbaren Energien garantieren eine langfristige, bezahlbare, verfügbare und klima-
206 verträgliche Energieversorgung. Beim Ausbau ist die Beteiligung der Menschen vor Ort ent-

207 scheidend. Wir unterstützen örtliche und kommunale Beteiligungsmöglichkeiten. Das gilt ins-
208 besondere für genossenschaftlich organisierte Finanzierungsmodelle.

209 Wir sind der Auffassung, dass die Netzentgelte nicht dort am höchsten sein dürften, wo der
210 meiste grüne Strom pro Einwohner*innen produziert wird. Deswegen werden wir uns für eine
211 Reform einsetzen, an deren Ende die Netzentgelte im Bundesgebiet stärker gleichverteilt
212 werden.

213 **Schleswig-Holstein wird zu einem führenden Industrie- und Was-** 214 **serstoffstandort**

215 Wir wollen Schleswig-Holstein als Industriestandort stärken. Industrielle Produktion ist die
216 Grundlage für unseren Wohlstand und stellt uns die Dinge, die wir für ein gutes Leben brau-
217 chen, zur Verfügung. Die Klimawende werden wir nur dann schaffen, wenn wir Industrie in
218 Deutschland und Schleswig-Holstein transformieren. Wir wollen keinen scheinbaren Klima-
219 schutz durch eine Verlagerung von Produktion ins Ausland. Im Gegenteil, wir sind davon
220 überzeugt, dass wir mehr industrielle Produktion vor Ort brauchen, um die Klimaziele welt-
221 weit zu erreichen. Schleswig-Holstein kann beweisen, dass wir unsere Industrie klimaneutral
222 machen können. Wir sind in einer guten Ausgangslage, denn unsere Industrie nimmt heute
223 schon eine Vorreiterposition in der Transformation ein.

224 Unser Ziel ist, die Beschäftigten und Unternehmen in Schleswig-Holstein, aber auch die brei-
225 te Bevölkerung zu den Gewinnern der Transformation zu machen. Zusammen mit den Ge-
226 werkschaften und den Unternehmen wollen wir die nötige Transformation hin zu einer klima-
227 neutralen Industrie bewältigen. Das kann nur unter Nutzung des wissenschaftlichen Potenti-
228 als und mit breiter gesellschaftlicher Einbindung gelingen. Wir werden nach dem Vorbild von
229 Rheinland-Pfalz einen Transformationsrat der Landesregierung mit Wirtschaft und Gewerk-
230 schaften einrichten, der diesen Schulterschluss herbeiführt. Als eine Maßnahme streben wir
231 gemeinsame Transformationsteams an, die einzelne Unternehmen und unternehmensüber-
232 greifende Lösungsentwicklungen unterstützen.

233 Wir werden Pilot-, Forschungsprojekte und Realisierungsvorhaben zur Dekarbonisierung und
234 Sektorenkopplung in allen Regionen unterstützen. Dafür werden wir sicherstellen, dass alle
235 Unternehmen, die Chancen von EU-Programmen im Rahmen des Green Deals für Schles-
236 wig-Holstein nutzen und Fördermittel aktiv einwerben können. Wir werden die Fördermittel-
237 beratung und -unterstützung durch das Land stärken und professionalisieren. Wir wollen,
238 dass das Land durch eine Klimainvestitionsgesellschaft direkt als Co-Investor aktiv werden
239 kann.

240 Dreh- und Angelpunkt der Transformation der Industrie ist die Verfügbarkeit von grünem
241 Wasserstoff. Der Aufbau einer nachhaltigen Wasserstoffinfrastruktur ist ein unverzichtbarer
242 Teil der Energiewende. Bedarf an Wasserstoff gibt es von vielen Seiten: ob in der chemi-
243 schen Industrie, in der Stahl- und Betonproduktion, im Güterverkehr, Flugverkehr oder der
244 Schifffahrt. Wir setzen uns für einen zentralen Standort für Serverparks in Schleswig-Holstein
245 ein, die dort mit grünem Strom betrieben werden können.

246 Unser Ziel ist es, die Produktionskapazitäten für grünen Wasserstoff in Schleswig-Holstein
247 bis 2030 auf mindestens 10 GW Elektrolysekapazität auszuweiten, um den durch die Kli-
248 maszenarien der Energie- und Klimastiftung Schleswig-Holstein beschriebenen Anforderun-

249 gen der Industrie, Wärme und Mobilität gerecht zu werden. Darin sehen wir eine zentrale
250 unternehmensübergreifende Infrastruktur von höchster Priorität für den Industriestandort,
251 deren Ausbau industrie- und energiepolitisch flankiert werden muss. Dies erfordert auch die
252 entsprechende Verfügbarkeit von erneuerbarem Strom am Standort.

253 Schleswig-Holstein wird als Standort einer zukünftigen „Wasserstoff-Hanse“ das Drehkreuz
254 für Wasserstoffimporte werden. Deutschland wird auch in Zukunft Energie aus anderen Welt-
255 regionen importieren müssen – und grüner Wasserstoff wird dafür in verschiedenen Formen
256 der wichtigste Energieträger sein.

257 Dabei nimmt Schleswig-Holsteins größter Industriestandort Brunsbüttel eine zentrale Rolle
258 ein. Wir wollen die Westküste zum Zentrum der „Wasserstoff-Hanse“ im Verbund mit der
259 Metropolregion Hamburg ausbauen. Auf dem Weg zur Erreichung der Klimaziele können
260 Wasserstoffimporte Teil einer Strategie der „Wasserstoff-Hanse“ sein. Der Bau eines LNG
261 Terminals in Brunsbüttel muss sich an diesen Maßstäben messen lassen. Die Nutzbarkeit für
262 Wasserstoffimporte und die konsequente Weiterentwicklung als Teil einer Strategie der
263 „Wasserstoff-Hanse“ sind für uns ein wesentlicher Pfeiler der Unterstützung durch das Land.

264 Wir wollen aber nicht nur Infrastrukturstandort sein. Die „Wasserstoff-Hanse“ soll als Techno-
265 logie- und Handelspartner für grünen Wasserstoff schleswig-holsteinische Unternehmen und
266 Forscher*innen in den entstehenden Märkten verankern. Dafür werden wir über die Wirt-
267 schaftsförderung und Technologietransfer Gesellschaft Schleswig-Holsteins Kooperationsbü-
268 ros in wasserstoffexportierenden Teilen der Welt gründen und Partnerschaften mit Unter-
269 nehmen aus Schleswig-Holstein fördern. Flankiert wird unsere Wasserstoffstrategie durch
270 den Ausbau der Forschung in diesem Bereich.

271 **Gemeinsam Wege zu klimaneutralem Wohnen finden**

272 Die Herausforderungen des Klimaschutzes im Bereich Wohnen sind besonders groß, insbe-
273 sondere bei der Energieeffizienz von Gebäuden und der klimaschonenden Gewinnung von
274 Wärmeenergie. Lösungen müssen gemeinsam im Quartier und in den Gemeinden, abge-
275 stimmt auf die lokalen Verhältnisse, umgesetzt werden. Bei der Wärmeversorgung wollen wir
276 vor allem den Ausbau von Wärmenetzen als effizientere Alternative zu Öl- und Gasheizun-
277 gen und den Einsatz von Wärmepumpen als klimaneutrale Heizung der Zukunft fördern.

278 Wärmenetze erfordern aufwendige Infrastrukturmaßnahmen und das Zusammenspiel vieler
279 Akteure. Kommunen, Stadtwerke, Eigentümer*innen und Genossenschaften wollen wir vom
280 Land durch finanzielle Förderung beim Bau und Betrieb unterstützen.

281 Viele Gemeinden und Quartiere haben sich hier bereits auf den Weg gemacht, aber stoßen
282 oft an Kapazitätsgrenzen bei der Umsetzung. Die allermeisten Wohngebäude in Schleswig-
283 Holstein sind Einfamilienhäuser. Finanzielle Förderung durch das Land allein wird nicht aus-
284 reichen, um Wärmenetze in der erforderlichen Flächendeckung zu erreichen. Wir wollen eine
285 vom Land getragene Umsetzungsinfrastruktur aufbauen, die standardisierte Lösungen anbie-
286 tet und die Kommunen, Stadtwerke, Eigentümer*innen und Genossenschaften beim Bau und
287 Betrieb unterstützt.

288 Im Bereich Wohnen wird deutlich: Klimaschutz wird vor allem von Handwerker*innen ge-
289 macht. Die energetische Sanierung der vielen Gebäude ist ein buchstäblicher Kraftakt und
290 braucht viele geübte und gut ausgebildete Hände. Doch schon jetzt stoßen die Kapazitäten

291 des Handwerks an ihre Grenzen. Für die notwendigen Baumaßnahmen benötigen wir drin-
292 gend mehr Handwerker*innen. Deshalb werden wir ein Landesprogramm zur Werbung von
293 Auszubildenden auflegen und in die Ausbildungsinfrastruktur des Handwerks investieren.
294 Darüber hinaus werden wir auch durch eine Integrationsoffensive mehr Handwerker*innen
295 nach Schleswig-Holstein holen.

296 Wir müssen noch intensiver für Handwerksberufe werben, insbesondere bei Frauen und
297 Menschen mit Migrationshintergrund. Hierfür braucht es zielgerichtete Ansprache durch die
298 Kammern in Schulen, auf Ausbildungs- und Berufsbildungsmessen und bessere Möglichkei-
299 ten zum Quereinstieg. Ausbildung und Karrierewege im Handwerk müssen durch entspre-
300 chende Netzwerke begleitet und unterstützt werden.

301 Es ist gut, dass an verschiedenen Hochschulen in Schleswig-Holstein neue Studiengänge im
302 Bereich des Bauwesens eingerichtet werden. Wir werden diese Kapazitäten weiter ausbauen
303 und insbesondere prüfen, ob die Versorgung mit Bauingenieur*innen und Architekt*innen im
304 Norden des Landes durch die neugeschaffenen Plätze ausreicht.

305 Bei der Förderung der Energieeffizienz von Gebäuden werden wir den Fokus auf Quar-
306 tiersanierungen legen.

307 Wir fördern außerdem die Begrünung von Dachflächen, Gebäudefassaden und anderen öf-
308 fentlichen Flächen, wie etwa Bushaltestellen.

309 **Unsere Mobilität schützt das Klima und ist sozial**

310 Klimaneutrale Mobilität muss für alle Schleswig-Holsteiner*innen möglich sein. Dafür brau-
311 chen wir unterschiedliche Lösungen, die sich an den jeweiligen Bedürfnissen und Lebens-
312 wirklichkeiten der Menschen orientieren. Wichtigstes Ziel ist es, Verkehre da zu vermeiden,
313 wo es möglich ist, und die Menschen trotzdem mobil zu halten. Klimaneutrale Mobilität
314 braucht einen Mix aus verschiedenen Instrumenten, einen bezahlbaren und gut ausgebauten
315 ÖPNV, den Wechsel aufs Fahrrad, flächendeckende Ladeinfrastruktur und Elektromobilität,
316 eine optimierte Verkehrssteuerung in den Städten und der Metropolregion sowie gezielte
317 Lösungen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, wie z.B. Rufbusse, Anrufsammeltaxi-
318 en und Lieferdienste.

319 Die nötige Reduktion von Verkehren, um klimaneutrale Mobilität zu ermöglichen, muss vor
320 allem in den Städten und verdichteten Räumen erfolgen. Dort können attraktive ÖPNV-
321 Angebote gemacht werden und dort ist das Fahrrad eine echte Alternative. Gleichzeitig ist
322 uns klar: Im Flächenland Schleswig-Holstein werden auch eine längere Zeit noch viele Men-
323 schen auf ein individuelles Verkehrsmittel angewiesen sein. Das heißt, für eine ehrliche und
324 effektive Verkehrswende müssen wir den Individualverkehr elektrifizieren, effizienter sowie
325 umweltverträglicher machen. Ein wichtiger Baustein auf diesem Wege ist ein flächendecken-
326 des Angebot an E-Ladesäulen. Die ökonomische Logik einer Ladeinfrastruktur macht diese
327 Aufgabe zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Auch deswegen stellt die SPD geführte Ampelko-
328 alition bereits finanzielle Mittel zur Verfügung, um den Ausbau von Ladesäulen voranzutrei-
329 ben. Diese müssen jedoch vor Ort abgerufen werden. Daher sehen wir das Land in der Ver-
330 antwortung, dass eine Landesinfrastrukturgesellschaft ein flächendeckendes Netz an E-
331 Ladesäulen sicherstellt. Insbesondere sind E-Ladesäulen einzurichten, die für alle Verbrau-

332 cher*innen unproblematisch anbieterunabhängig und bargeldlos zugänglich sind und die den
333 Strompreis im Vorweg den Nutzer*innen anzeigen.

334 **Das Potenzial des biologischen Klimaschutzes nutzen**

335 Die Folgen des Klimawandels in Form von extremem Regen, Trockenheit, Sturm und Hitze
336 sind eine zusätzliche Bedrohung für die Artenvielfalt. Nur ein Viertel der Arten und ein Zehntel
337 der wertvollen Ökosysteme in Schleswig-Holstein befinden sich in einem guten Erhal-
338 tungszustand. Gesunde Wälder, Wiesen und Moore sind nicht nur unerlässlich für den
339 Schutz von Tieren und Pflanzen, sondern sie sind auch wichtig im Kampf gegen den Klima-
340 wandel. Obwohl die Fläche Schleswig-Holsteins lediglich ca. vier Prozent der gesamtdeut-
341 schen Fläche ausmacht, finden sich in unserem Bundesland zehn Prozent der deutschen
342 Moorböden. Dieses Potenzial müssen und werden wir nutzen. Auch Wälder gehören zu un-
343 seren natürlichen Verbündeten im Kampf gegen den Klimawandel. Schleswig-Holstein ist
344 das Bundesland, in dem es am wenigsten Wald gibt. Das muss sich ändern! Wir müssen
345 unsere Wälder nachhaltiger nutzen und durch Waldumbau langfristig widerstandsfähig ma-
346 chen, wobei die von der öffentlichen Hand betreuten Wälder, z.B. die Landesforsten, eine
347 Vorreiterrolle einnehmen. Darüber hinaus werden wir auch die privatwirtschaftliche und bäu-
348 erliche nachhaltige Forstwirtschaft unterstützen. Für die Wiederherstellung und den Schutz
349 natürlicher Ökosysteme sind alle beteiligten Akteur*innen – von Naturschutzverbänden bis
350 Landwirtschaft – einzubeziehen und von Landesseite zu unterstützen.

351 Wir wollen im Rahmen eines Förderprogramms Aufforstung und Neuwaldbildung sowohl
352 finanziell als auch personell unterstützen. Unser Ziel ist es, in der nächsten Legislatur 2,9
353 Millionen neue Bäume – einen Baum für alle Schleswig-Holsteiner*innen – zu pflanzen. Dar-
354 über hinaus werden wir in Kooperation mit der Landwirtschaft den Erhalt und die Ausweitung
355 von Dauergrünland sicherstellen, um so weitere tausende Tonnen CO₂ einzusparen. Hierzu
356 gehört auch der Statusschutz von brachliegenden landwirtschaftlichen Flächen.

357 Wir wollen eine Landesstrategie mit verbindlichen Quoten zur Wiedervernässung trockenge-
358 legter oder landwirtschaftlich genutzter Moore aufsetzen. Hierfür müssen nicht nur genügend
359 finanzielle Mittel bereitgestellt, sondern auch ausreichend qualifiziertes Personal eingeplant
360 werden. Denn viel zu oft stützt sich das Land beim Erhalt und der Pflege der Moorflächen auf
361 ehrenamtliches Engagement. Hier braucht es dringend hauptamtliche Unterstützung im
362 Moormanagement. Allein durch die Wiedervernässung der Moore wollen wir künftig deutlich
363 mehr als die geplanten 700.000 Tonnen CO₂ binden. Dabei kooperieren wir auch mit den
364 Unternehmen und landwirtschaftlichen Betrieben, die ihre Klimabilanzen mit entsprechenden
365 Projekten verbessern wollen.

366 Schleswig-Holstein, das Land zwischen den Meeren, hat insbesondere durch die Seegras-
367 wiesen in der Ostsee noch weitere Potenziale, denn auch Seegras ist in der Lage, CO₂ zu
368 binden. Deswegen werden wir die Seegraswiesen entlang der schleswig-holsteinischen Ost-
369 seeküste wiederherstellen und erweitern. Außerdem wollen wir die Speicherpotenziale der
370 Salzwiesen an der Nordseeküste und auf den Halligen mehr nutzen.

371 **Wir schützen Schleswig-Holstein**

372 Schleswig-Holstein vereint Küsten, Flüsse, Meere, Moore und Wälder. Diese natürlichen
373 Lebensräume und damit die Lebensqualität unseres Bundeslandes gilt es zu erhalten.

374 **Wir schützen unser Land vor Folgen des Klimawandels**

375 Die Folgen der globalen Erderwärmung werden in Schleswig-Holstein immer deutlicher spür-
376 und nachweisbar. Wir werden aufbauend auf der Klimawirkungs- und Risikoanalyse des
377 Bundes die Erarbeitung einer landesweiten Anpassungsstrategie beschleunigen und ein Mo-
378 nitoringsystem etablieren.

379 Schleswig-Holstein als Land zwischen den Meeren muss auf künftige Klimaveränderungen
380 vorbereitet sein. In Schleswig-Holstein sind rund ein Viertel der Landesfläche und damit
381 mehr als 350.000 Menschen durch Sturmfluten gefährdet. Die Erfahrungen aus dem Som-
382 mer 2021 haben gezeigt, dass wir den Bevölkerungsschutz noch ernster nehmen müssen.
383 Wir müssen unsere Infrastruktur durch planerische Vorsorge und rechtzeitige Anpassungs-
384 maßnahmen gegen Hochwasser und Unwetter sichern. Dies bezieht sich nicht nur auf die
385 Küstenregionen, sondern zunehmend auch auf das Landesinnere. Daher werden wir in Ab-
386 sprache mit dem Bund die Katastrophenschutzinfrastruktur, wie z. B. Warnsysteme evaluie-
387 ren und verbessern.

388 Das Wassermanagement bei Starkregen, Sturzfluten und Überschwemmungen muss vor
389 diesem Hintergrund neu betrachtet und angepasst werden.

390 Die Verfügbarkeit von Trink- und Brauchwasser muss für Perioden von Trockenheit gesichert
391 werden. Die Funktionsfähigkeit des Landschaftswasserhaushalts mit seinen oberirdischen
392 Gewässern und dem Grundwasser muss erhalten und dort, wo sie beeinträchtigt ist, wieder-
393 hergestellt werden.

394 Wir werden den Hochwasser- und Küstenschutz angesichts des Klimawandels im Abwä-
395 gungsprozess zwischen Natur- und Umweltschutz, Tourismus und Wirtschaft auf den Klima-
396 wandel ausrichten. Auch das Wassermanagement in Städten muss vor diesem Hintergrund
397 betrachtet werden. Die Ausweisung von Hochwasserrisikogebieten als Vorrangige Gebiete
398 für Küstenschutz, sollten weitere Bebauung unmöglich machen, außer wenn sie dem Küs-
399 tenschutz dient. Die EU-Hochwasserrisikomanagementrichtlinie ist anzuwenden.

400 **Wir schützen unsere Gewässer**

401 Gewässerschutz ist im Land zwischen den Meeren von zentraler Bedeutung. Die Ziele der
402 EU-Wasserrahmenrichtlinie werden nach wie vor nicht eingehalten. Daher fordern wir eine
403 Offensive für den Gewässerschutz.

404 Nord- und Ostsee müssen für marine Arten und Lebensräume effektiv und umfassend ge-
405 schützt und ihre Nutzung nachhaltig gemanagt werden. Dabei setzen wir uns auch für die
406 Zukunftsfähigkeit der Fischerei ein. Unser Ziel ist es, Fischerei und die Natur in Einklang zu
407 bringen. Wir werden ein Programm zum Schutz von landseitigen Küstendünen auflegen. In
408 Nord- und Ostsee besorgt uns die fortschreitende Zersetzung von Munitionsaltlasten. Wir
409 wollen weitere Mittel zur Untersuchung der Auswirkung auf die Meereslebewesen zur Verfü-
410 gung stellen. Gemeinsam mit dem Bund werden wir die Arbeit in der Bund-Länder-
411 Arbeitsgruppe „Munitionsaltlasten im Meer“ fortsetzen und eine Offensive zur sicheren Ber-
412 gung von Munition im Meer auf den Weg bringen.

413 Die Schadstoffeinträge müssen endlich konsequent reduziert werden. Für die Renaturierung
414 von Flusslandschaften werden wir weitere Mittel zur Verfügung stellen und ein Programm
415 zum Schutz von Küstendünen auflegen. Mit den Wasserversorgern werden wir weitere Maß-
416 nahmen zum Trinkwasserschutz beraten und auf den Weg bringen. Zudem steht für uns fest:
417 Wasser gehört in öffentliche Hand!

418 **Wir sichern Biodiversität**

419 Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlage ist im Grundgesetz und in der Landesverfas-
420 sungs verankert. Der Erhalt und der Schutz der biologischen Vielfalt spielen hierbei eine gro-
421 ße Rolle. Viele Arten erfüllen wichtige Aufgaben in der Natur, die unsere Lebensgrundlagen
422 sichern und einen direkten Einfluss auf unser gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben
423 haben.

424 Leider geht der Artenschwund in Schleswig-Holstein und weltweit unvermindert weiter. Der
425 Verlust von naturnahen Lebensräumen und die Intensivierung der Landbewirtschaftung führ-
426 ten neben der zunehmenden Flächenversiegelung zu massiven Rückgängen in der Vielfalt
427 gerade bei heimischen Wildblumen und Insekten gefolgt von den weiteren Arten der Nah-
428 rungspyramide. Dem Artenschwund wollen wir konsequent entgegenreten. Neben dem Er-
429 halt unserer eigenen Lebensgrundlagen, sehen wir es auch als unsere moralische Pflicht an,
430 die Artenvielfalt zu erhalten. Daher werden wir die Maßnahmen aus der Biodiversitätsstrate-
431 gie entsprechend umsetzen.

432 Hierzu gehören der Schutz und die konsequente Ausweitung des Biotopverbundsystems
433 neben der konsequenten Umsetzung von Flora Fauna Habitat-Managementplänen, ein Ar-
434 tenschutzprogramm, das die klimatischen Veränderungsprozesse berücksichtigt, und ein
435 Schutz für vom Aussterben bedrohte und gefährdete Arten sowie aller Arten mit niedriger
436 oder ohne Gefährdungskategorie. Dazu gehört ebenfalls die Schaffung öffentlicher Flächen
437 zum Schutz der Artenvielfalt sowie die Intensivierung des Insektenschutzes.

438 Wir wollen eine personell sachgerechte Ausstattung der Naturschutzbehörden für die Um-
439 setzung dieser Maßnahmen.

440 Zudem möchten wir das Bewusstsein für die Wichtigkeit der Artenvielfalt, insbesondere bei
441 Kindern und Jugendlichen weiter stärken. Das Thema Biodiversität wollen wir im Bereich
442 aller Bildungseinrichtungen und in den Lehrplänen stärker verankern.

443 **Wir schützen unsere Tiere**

444 Für uns gehört der Schutz von Tieren zu einer Gesellschaft, die für künftige Generationen
445 die natürlichen Lebensgrundlagen ökologisch, ökonomisch und nachhaltig gestalten will.

446 Wir werden Tierheime und Schutzstationen weiterhin finanziell fördern. Ebenfalls werden
447 wird den illegalen Tierhandel u.a. durch verstärkte Aufklärung bekämpfen.

448

449 **Wir bringen Müll- und Klärschlammverbrennung wieder in die öffentliche Hand**

450 Müll- und Klärschlammverbrennung erzeugen viele Treibhausgase und stellen ein hohes
451 Umweltrisiko dar. Daher wollen wir, dass nur verbrannt wird, wenn sich keine besseren Opti-
452 onen für Recycling und Wiederverwertung bieten. Zudem wollen wir in Verbrennungsanlagen
453 stets modernste Filtertechnik einsetzen, um Umwelt und Anwohner bestmöglich zu schützen.
454 Um dies zu gewährleisten, wollen wir privatwirtschaftlich betriebene Müll- und Klärschlamm-
455 verbrennungsanlagen zurück in staatliche Hand holen und Kommunen bei der Rekommuna-
456 lisierung unterstützen.

457

458 **2. Mission „Wir investieren in wirtschaftliche Chancen und** 459 **schaffen gute Arbeit“**

460 Schleswig-Holstein ist gut positioniert, um neue wirtschaftliche Chancen zu nutzen. Die Neu-
461 ordnung der globalen Wirtschaft durch den Aufstieg Chinas und anderer Wirtschaftsnationen,
462 der zunehmende industriepolitische Wettbewerb zwischen Asien, Amerika und Europa, die
463 Dekarbonisierung aller Wirtschaftsprozesse und die Digitalisierung sowie das Entstehen
464 neuer digitaler Märkte haben die Rahmenbedingungen und Anforderungen an regionale
465 Standortpolitik stark verändert. Wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung guter Arbeits-
466 plätze erfordern gemeinsame Missionen von Unternehmen, Staat und Gesellschaft. Dafür
467 braucht es gemeinsames, koordiniertes Handeln und eine transparente Umsetzung.

468 Politik muss zusammen mit Wirtschaft und Gesellschaft die langen Linien der Standortpolitik
469 und wirtschaftlicher Entwicklungschancen beschreiben. Wir brauchen einen Staat, der nicht
470 nur Förderprogramme und Modellprojekte auflegt, sondern zusammen mit Unternehmen in
471 Infrastrukturen, Forschung und Transformation investiert und dabei hilft, Lösungen groß zu
472 skalieren – ein Staat, der nicht nur ordnet und reguliert, sondern seine besondere Gestal-
473 tungskraft zur Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit nutzt. Staat und Verwaltung
474 müssen genauso Innovationstreiber werden wie unsere Unternehmer*innen.

475 Wir werden uns auf den Weg machen, die schleswig-holsteinische Wirtschaft weiterzuentwi-
476 ckeln. Wir wollen Anreize schaffen, neue Industrie anzusiedeln, und innovative Unterneh-
477 mensideen fördern.

478 **Gute Arbeit für alle schaffen und Fachkräfte sichern**

479 Die SPD ist die Partei der guten Arbeit. Und gute Arbeit bedeutet für uns, dass sie den Ein-
480 zeln materiellen Sicherheit gewährt, umfassende Entwicklungsmöglichkeiten bietet, Wert-
481 schätzung, Anerkennung und Solidarität hervorbringt und wichtige soziale Unterstützung
482 leistet. Das gilt gleichermaßen für Solo-Selbstständige, die wie abhängig Beschäftigte eine
483 ausreichende soziale Sicherung und ein faires Einkommen verdienen. Dabei muss das Land
484 als Arbeits- und Auftraggeber sowie Ausbildungsbetrieb mit gutem Beispiel vorangehen und
485 damit zugleich seinen Beitrag dazu leisten, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

486 Der Mindestlohn in Höhe von 12,00 Euro ist ein wichtiger Fortschritt, den wir dank der neuen
487 Bundesregierung um Olaf Scholz erreicht haben. Wir knüpfen hier an: Mit der Einführung
488 eines neuen Tarifreue- und Vergabegesetzes bekämpfen wir schlechte Arbeitsbedingungen
489 in Schleswig-Holstein. Öffentliche Aufträge und öffentliche Förderung bekommt nur, wer sei-

490 ne Beschäftigten ordentlich behandelt und bezahlt. Mit uns gibt es kein Lohndumping auf
491 Kosten der Beschäftigten. Ein vergaberechtlicher Mindestlohn wird sich an der untersten
492 Lohngruppe im Tarifvertrag der Länder (TV-L) orientieren und diese nicht unterschreiten.
493 Des Weiteren werden verpflichtende Kriterien für ein nachhaltiges und soziales Beschaf-
494 fungswesen und soziale Standards in das Tariftreue- und Vergabegesetz aufgenommen.
495 Darüber hinaus treten wir für faire Handelsbeziehungen ein und unterstützen die schleswig-
496 holsteinische Wirtschaft bei der Umsetzung des Lieferkettengesetzes. Wir stehen für die Be-
497 schäftigten des Landes zum Tarifvertrag der Länder (TV-L) und unterstützen die positive
498 Weiterentwicklung insgesamt, vor allem jedoch in den Bereichen Sozial- und Erziehungs-
499 dienst sowie im Gesundheitsbereich. Eine Ausweitung der Tarifbindung ist ausdrücklich un-
500 ser Ziel.

501 Die Herausforderungen für berufstätige Menschen sind groß und werden komplexer: Gute
502 Arbeitsbedingungen sind umso wichtiger, dafür zählt für uns auch die Reduzierung von Ar-
503beitszeit. Arbeitszeitverkürzung ist historisch immer eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe
504 gewesen. Sie wurde vor allem von den Sozialpartner*innen durchgesetzt, die wir bei solch
505 einem Anliegen auch künftig unterstützen werden. Darüber hinaus wollen wir als Land aktiv
506 Transformationen mitgestalten und stehen dabei fest an der Seite der Beschäftigten. Unser
507 Ziel ist es, dass bei der Umstellung der Industrie auf klimaneutrales Wirtschaften von Arbeits-
508 losigkeit bedrohte Menschen eine Anschlussperspektive haben. Deshalb unterstützen wir die
509 Arbeitnehmer*innen und die Betriebe in der Umsetzung der gesetzlichen Möglichkeiten und
510 Förderung der Weiterbildung, Umschulung oder Qualifizierung wie z. B. das Qualifizierungs-
511 chancengesetz (QCG) und LBiE (Lebensbegleitende Berufsberatung) durch die Bunde-
512 sagentur für Arbeit. So helfen wir dabei, Transformationsprozesse ohne Arbeitslosigkeit zu
513 organisieren. Außerdem werden wir als Land die Arbeit von Transfergesellschaften unter-
514 stützen, wenn diese ohne Änderung der tariflichen Bestimmungen einen Übergang in neue
515 berufliche Tätigkeiten ermöglichen bzw. eine anschließende Arbeitslosigkeit vermeiden.

516 Wir stehen für ein Recht auf Homeoffice und mobiles Arbeiten. Die Erfahrungen aus der
517 Corona-Pandemie zeigen jedoch auch, dass es nicht reicht, die Mitarbeiter*innen einfach
518 nach Hause zu schicken. Arbeitgeber*innen müssen für eine entsprechende Arbeitsumge-
519 bung und die nötigen Arbeitsmittel sorgen. Gleichzeitig muss klar sein, dass Arbeitsschutz
520 auch im Homeoffice vollumfänglich gilt und dass Menschen auch Feierabend haben. Dies ist
521 besonders wichtig, wo Menschen im Homeoffice zusätzlich noch Kinder zu betreuen haben.
522 Dabei wollen wir eine mögliche Doppelbelastung der Unternehmen bei gleichzeitiger Vorhal-
523 tung eines betrieblichen und eines Heimarbeitsplatzes vermeiden oder durch steuerliche
524 Erleichterungen auffangen.

525 Ausbeuterische Arbeitsbedingungen können wir nicht dulden. Damit Schleswig-Holstein das
526 Bundesland mit den besten Arbeitsbedingungen wird, müssen wir den Arbeitsschutz weiter
527 stärken. Die Ressourcen der staatlichen Arbeitsschutzbehörde werden wir deshalb aufsto-
528 cken.

529 **Mehr Respekt für die Arbeit mit Menschen**

530 Unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe muss es sein, die sozialen Berufe von Anfang an
531 so zu gestalten, dass viele Menschen diese Berufe ergreifen und diese langfristig ausüben

532 wollen und können. Wirtschaftliche Egoismen oder kalte Markt-Logik dürfen dem nicht ent-
533 gegenstehen.

534

535 Wir wollen eine Gesundheitsversorgung, auf die sich die Menschen verlassen können. Dazu
536 gehört, dass Menschen, die in der Gesundheitsversorgung oder den sozialen Berufen tätig
537 sind, mehr Anerkennung bekommen. Dafür sind Träger, Dienste und Einrichtungen ebenso
538 in der Verantwortung wie Bund, Länder und Kommunen. Die durchschnittlich schlechtere
539 Entlohnung in Berufen, die meist von Frauen ausgeführt werden, ist ungerecht. Wir wollen
540 eine höhere Entlohnung, "Equal Pay" zwischen Frauen und Männern, bessere Rahmenbe-
541 dingungen und eine gesetzgeberische und gesellschaftliche Aufwertung. Deswegen ist es
542 uns ein Anliegen, wo immer möglich, wettbewerblichen Druck zu nehmen und Arbeitsbedin-
543 gungen zu verbessern. Wir werden deshalb die ausgegliederten Bereiche im Universitätskli-
544 nikum Schleswig-Holstein schrittweise zusammen mit den Gewerkschaften in den TV-L über-
545 führen. Auch in den anderen ausgegliederten Bereichen des Landesdienstes werden wir
546 diese schrittweise in den TV-L zurückholen (z. B. Service, Reinigung, Wachdienst etc.)

547

548 **Gebührenfreie, fachgerechte und vergütete Ausbildung**

549

550 Es war die Initiative der SPD, die erfolgreich dafür gesorgt hat, dass in den pflegerischen und
551 therapeutischen Gesundheitsfachberufen in Schleswig-Holstein keine Ausbildungsgebühr
552 mehr gezahlt werden muss. Das ist ein großer Erfolg mit spürbar höheren Bewerbungszah-
553 len. Der nächste Schritt folgt jetzt, um die sozialen Berufe attraktiver zu machen. Die Einfüh-
554 rung einer guten Ausbildungsvergütung mindestens in Höhe der durchschnittlichen Ausbil-
555 dungsvergütung in Deutschland für alle nicht akademischen Ausbildungsberufe im sozialen
556 Bereich ist unser Ziel. Auch streben wir an, mittelfristig alle Ausbildungsberufe in das Berufs-
557 bildungsgesetz überzuleiten. Planungssicherheit ist für junge Menschen gerade in der Aus-
558 bildung sehr wichtig. Deswegen sollen die Auszubildenden des Landes die Übernahme ga-
559 rantiert bekommen.

560

561 Wir werden das Recht auf Weiterbildung stärken. Das heißt, dass es für alle Beschäftigten
562 einfacher sein muss, Fort- und Weiterbildungen in Anspruch zu nehmen. Und für mögliche
563 Anbieter*innen erleichtern wir die Anerkennung. Wir werden eine Informationskampagne
564 auflegen, die die Möglichkeiten von und das Recht auf Bildungsurlaub deutlich zeigen und
565 sowohl für Beschäftigte, als auch Arbeitgeber*innen und Veranstalter die wichtigsten Infor-
566 mationen zusammenstellen. Darüber hinaus prüfen wir, eine Verdoppelung der Bildungsur-
567 laubstage einzuführen. Auszubildende sollen ihre Bildungsurlaubstage auch zur Prüfungs-
568 vorbereitung nehmen dürfen.

569

570 **Bessere Löhne bei den Gesundheits- und Sozialberufen**

571

572 Wir brauchen für die sozialen und Gesundheitsberufe eine gute, anerkennende und leis-
573 tungsgerechte Bezahlung. Dieses Ziel wollen wir insbesondere über die Stärkung der Ta-
574 rifbindung und der Sozialpartnerschaft erreichen. Wir streben allgemeinverbindliche Tarifver-
575 träge im Gesundheits- und Sozialwesen (Sozialtarifvertrag) an und appellieren an die Tarif-
576 vertragsparteien sich weiter für Branchen- und Tarifstrukturen einzusetzen.

577

578 Die Therapeut*innen brauchen ein verlässliches Einkommen. Prekäre Arbeitsverhältnisse, in
579 denen Angestellte für z. B. unverschuldet ausgefallene Behandlungszeiten keine Bezahlung
580 bekommen, müssen der Vergangenheit angehören.

581

582 Ebenso müssen die Bedingungen von Diensten in (Ruf-)Bereitschaft verbessert werden, z.B.
583 durch Begrenzungen, Ausgleich und Vergütung.

584

585 Für alle Bereiche in den Gesundheits- und Sozialberufen gilt: Leitungs- und Führungsver-
586 antwortung sowie zusätzliche Qualifikationen müssen besser entlohnt werden.

587

588 **Arbeitszufriedenheit stärken – Berufsausstiege vermeiden**

589

590 Um die Menschen in den pflegerischen und rettungsdienstlichen Berufen dauerhaft zu hal-
591 ten, wollen wir die Rahmenbedingungen weiter verbessern. Wir müssen es allen ermögli-
592 chen, so zu arbeiten, wie sie es gelernt haben und wie ihr Berufsethos es vorsieht. Wirt-
593 schaftliche Zwänge, insbesondere zu kurz gefasste Personalschlüssel, dürfen die Arbeit
594 nicht bestimmen.

595

596 Für die Eingliederungshilfe und Pflege werden wir auf Landesebene ein Förderprogramm für
597 E-Mobilität auf den Weg bringen.

598

599 In der Geburtshilfe wollen wir eine verbindliche Personalbemessung. Eine unterstützende,
600 professionelle Begleitung der gebärenden Personen vor, während und nach der Geburt und
601 Schwangerschaft ist in allen Teilen unseres Landes sicherzustellen. Dies gilt insbesondere
602 auch für die Begleitung bei und nach Aborten, Fetoziden und Totgeburten. Unser Ziel ist eine
603 Eins-zu-Eins-Betreuung durch Hebammen während der Geburt und eine wohnortnahe Vor-
604 und Nachsorge für Eltern und Neugeborene. Dazu gehört auch die Sicherstellung von Heb-
605 ammennotrufen auf den Inseln sowie in anderen unterversorgten Regionen, die Übernahme
606 von Haftpflichtversicherungsbeiträgen bei geburtshilflich tätigen Hebammen und die Auf-
607 rechterhaltung von geburtshilflichen Stationen in Kliniken. Damit Hebammen und Geburtshel-
608 fer*innen ihre Tätigkeit auch aus der Selbstständigkeit heraus anbieten können, werden wir
609 Lösungen erarbeiten, die die Ausübung des Berufes trotz hoher Haftpflichtprämien möglich
610 macht. Den neuen dualen Studiengang Hebammenwissenschaft wollen wir durch die ange-
611 messene, auskömmliche Bezahlung und Verbesserung der Praxismodule und Externatsan-
612 gebote für Student*innen und Anleiter*innen stärken und einen Masterstudiengang etablie-
613 ren. Um den beruflichen Einstieg zu erleichtern, sollen Beratungsangebote und finanzielle
614 Unterstützungsangebote geschaffen werden, die insbesondere die Ansiedlung von freiberuf-
615 lichen Hebammen im ländlichen Raum und die Gründung hebammengeleiteter Einrichtun-
616 gen, Praxen und Ambulanzen erleichtern.

617

618 Die Erzieher*innen brauchen bessere Arbeitsbedingungen. Sie benötigen mehr Zeit für die
619 Vor- und Nachbereitung. Eine Qualitätssteigerung durch einen höheren Fachkraft-Kind-
620 Schlüssel fördert nicht nur die Entwicklung des Kindes, sondern erhöht auch die Arbeitszu-
621 friedenheit der Erzieher*innen. Eine weitere Flucht der Berufsgruppe aus Kindertagesstätten
622 können wir uns nicht leisten.

623 Des Weiteren gilt es, alle Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements und
624 rücksichtsvolle Dienstpläne in allen Bereichen der Sozialen Arbeit konsequent auszuschöp-
625 fen, um so gesunde Arbeitsplätze für alle zu erreichen.

626

627 Um die Gesundheit zu erhalten sowie Motivation und Zufriedenheit zu erhöhen, fordern wir
628 Lebensarbeitszeitkonten für alle Arbeitnehmer*innen im öffentlichen Dienst mit Wechsel-
629 schichtbelastung und Überstunden durch strukturellem Personalmangel.

630

631 **Fachkräftebasis nachhaltig sichern**

632

633 Eine Vergütung für alle Ausbildungen macht einen beruflichen Wechsel und einen Einstieg in
634 Sozial- und Gesundheitsberufe für die Menschen attraktiver. Das PiA-Modell (Praxisintegrier-
635 te Ausbildung) im Bereich der Erzieher*innen-Ausbildung ist ein erfolgreiches Beispiel dafür,
636 was wir ausbauen wollen. Eine Ausbildungsvergütung ermöglicht auch vielen Quereinstei-
637 ger*innen den Zugang zum Beruf. Daher ist für den immer größer werdenden Bedarf an
638 Fachkräften eine Reform der Erzieherausbildung und der Ausbildung zu Sozialpädagogi-
639 schen Assistent*innen dringend notwendig. Bei der Reform müssen das Qualifizierungsni-
640 veau und die europaweite Vergleichbarkeit erhalten bleiben, um den hohen fachlichen An-
641 forderungen zu entsprechen. Darüber hinaus werden wir die Qualität der Ausbildung und die
642 Rahmenbedingungen der Fachkräfte weiterentwickeln und verbessern, die in den bisher ver-
643 nachlässigten Arbeitsfeldern der Jugendhilfe im Spannungsfeld von Kinderschutz mit trau-
644 matisierten, im Verhalten auffälligen Kindern und Jugendlichen unter zum Teil prekären Be-
645 dingungen arbeiten. Die steigenden Anforderungen der Arbeit in den stationären Wohngrup-
646 pen für Kinder und Jugendliche, den Tagesgruppen und den ambulanten Hilfen zur Erzie-
647 hung für Familien führen bei den dafür nicht adäquat ausgebildeten Fachkräften zu einer
648 Abwanderung in andere Arbeitsfelder. Die für den strukturellen Kinderschutz notwendigen
649 Fachkräfte müssen nachhaltig qualifiziert und geworben werden.

650

651 Daher initiieren wir eine Planung, die den Gesamtbedarf aller in der Jugendhilfe erforderli-
652 chen Fachkräfte differenziert nach den verschiedenen Arbeitsfeldern von KiTas, offenen
653 Ganztagschulen über Jugendarbeit bis zu den Hilfen zur Erziehung evaluiert und sichert.
654 Die Anzahl der Ausbildungs- und Schulplätze muss weiter erhöht werden. Wir werden eine
655 Offensive „Mehr Fachkräfte in die Kitas“ starten, um dem ansteigenden Fachkräftebedarf zu
656 begegnen. Dazu gehören bewährte und neue Instrumente, wie der Ausbau der Voll- und
657 Teilzeitausbildung, die vergütete Ausbildung, die Vereinfachung des Quereinstiegs, die be-
658 rufsbegleitende vergütete Ausbildung und die einfachere Anerkennung ausländischer Ab-
659 schlüsse.

660

661 Wir wollen die Anzahl der Studienplätze für eine akademische Pflegeausbildung in Schles-
662 wig-Holstein erhöhen, um den komplexeren Anforderungen an den Pflegeberuf und in der
663 Gesundheitsversorgung gerecht zu werden. Unser Ziel ist es daher, weitere Pflegestudien-
664 gänge an Hochschulen und Fachhochschulen in Schleswig-Holstein einzurichten. Laut der
665 Empfehlungen von Fachgesellschaften sollten ca. 20 Prozent der Berufsgruppe der Pflegen-
666 den akademisch ausgebildet sein. Das steigert die Qualität der Versorgung und die Attraktivität
667 des Berufes. Flankierend hierzu setzen wir uns für eine Überführung von besonders ge-
668 eignetem und berufserfahrenem Personal in einen dem akademischen Grad gleichgestellten

669 Abschluss ein, um derzeitigem qualifiziertem Personal eine Chance auf Gleichbehandlung
670 und Aufstieg anbieten zu können, der unter normalen Umständen nicht mehr erreichbar wä-
671 re. Gleichmaßen gilt dies für das rettungsdienstliche Arbeitsumfeld.

672

673 Durch den Ganztagsanspruch im Schulbereich ab 2026 werden wir zusätzliche Fachkräfte
674 benötigen, deren Ausbildung bereits heute mitgedacht werden muss. Dafür werden wir Initia-
675 tiven ergreifen und unterstützen.

676

677 **Die neue Wirtschaft beginnt jetzt**

678 Wir werden mit dem Regierungsbeginn den Neustart für die Entwicklung einer Landesent-
679 wicklungsstrategie einläuten und gemeinsam mit allen Akteur*innen in Schleswig-Holstein
680 eine missionsorientierte Standortpolitik entwickeln, denn wir müssen wirtschaftliche Zukunft
681 neu und innovativ denken. Dabei orientieren wir uns an dem Leitbild einer sozialen und öko-
682 logischen Marktwirtschaft. Es gilt, unsere Wirtschaft robuster und krisenfest zu gestalten so-
683 wie Genehmigungs- und Planungszeiten zu reduzieren. Das Konzept der Gemeinwohlöko-
684 nomie verfolgt zahlreiche Aspekte, die auch uns in Hinblick auf wirtschaftliche Entwicklung
685 besonders wichtig sind, und wird deswegen in unseren Entscheidungen mitgedacht werden.
686 Ziel der Landesentwicklungsstrategie ist es, neben den bereits bestehenden Stärken in den
687 landesweit etablierten Clustern neue Zukunftschancen für Schleswig-Holstein in einer Welt
688 des Umbruchs zu identifizieren.

689 Bereits jetzt sehen wir in den Innovationen, Prozessen und Technologien, die eine Kreis-
690 laufwirtschaft – eine umfassende Neustrukturierung von Materialströmen – ermöglichen, ein
691 wichtiges globales Wachstumsfeld, in das wir investieren wollen und das nur als gemeinsa-
692 mes Projekt von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gelingen kann. Die Überwindung der
693 Wegwerfgesellschaft führt nicht nur zu besserem Umwelt- und Klimaschutz, sondern fördert
694 regionale Unternehmen und Dienstleister. Daher werden wir prüfen, inwiefern Aspekte der
695 Kreislaufwirtschaft bei öffentlichen Ausschreibungen berücksichtigt werden können.

696 Schleswig-Holsteins Wirtschaft wird getragen vom Mittelstand: Zahlreiche erfolgreiche, häu-
697 fig familiengeführte und traditionsreiche kleine und mittlere Unternehmen bilden das Funda-
698 ment unserer Wirtschaftskraft. Doch gerade diese Unternehmen haben es manchmal
699 schwer, mit aktuellen Entwicklungen bei Digitalisierung oder technologischem Wandel Schritt
700 zu halten, weil sie sich keine eigenen Abteilungen für Forschung und Entwicklung leisten
701 können.

702 Wir wollen beides enger miteinander verzahnen. Dies gelingt durch gutes Wissensmanage-
703 ment, passende Austauschplattformen sowie fokussierte, frühzeitige Vermittlung der relevan-
704 ten Kontakte. Diese Formate werden wir entwickeln und etablieren. Wir wollen insbesondere
705 die Kapazität der Fachhochschulen mit ihrer auf den Mittelstand in Schleswig-Holstein fokus-
706 sierten Forschung und Entwicklung weiter stärken und die Zusammenarbeit mit Unterneh-
707 men in der Ausstattung und bei Lehrdeputaten honorieren.

708 Wir stärken die Forschung zur sozialen, gemeinwohl- und beschäftigungsorientierten ökolo-
709 gischen und digitalen Transformation an Hochschulen in Schleswig-Holstein.

710 Gleichzeitig werden wir verstärkt in die Vernetzung unserer Hochschulen jenseits der Lan-
711 desgrenzen investieren, um den Forschungsstandort für global agierende Unternehmen inte-
712 ressanter zu machen.

713 Gerade in Zeiten gesellschaftlichen Wandels sind neue, innovative Unternehmens- und Ge-
714 schäftsideen gefragt. Aber diese auch in erfolgreiche Firmengründungen umzusetzen, ist
715 nach wie vor ein großes Risiko, das zu viele Gründungsinteressierte abschreckt. Wir wollen
716 bereits in der Schule Gründungsgeist wecken. Dafür bauen wir das Feld der Entrepreneur-
717 ship Education aus und verstetigen und erweitern bestehende Projektangebote (z. B. Social
718 Entrepreneurship Education). In den Hochschulen etablieren wir Beratungsangebote und
719 Freiräume zum Ausprobieren. Gleichzeitig wissen wir, dass wir auch Gründungen unterstüt-
720 zen müssen, bei denen es nicht um neue Produkte und Dienstleistungen gehen wird. Dies
721 betrifft insbesondere handwerkliche Betriebe, produzierendes Gewerbe und viele Dienstleis-
722 tungsbereiche. Auch in den Berufsschulen schaffen wir Angebote, um für Selbstständigkeit
723 und Gründung zu werben.

724 Die in den letzten Jahren eingeführten Instrumente zur Förderung von Unternehmensgrün-
725 dungen in der Frühphase werden wir evaluieren. Wir wollen insbesondere kreative und inno-
726 vative Ideen fördern, die wirkliche Erfolgsaussichten haben, Wohlstand und gute Arbeitsplät-
727 ze zu schaffen. Dafür müssen Förderstrukturen gut ineinandergreifen. Neben ausreichend
728 Wagniskapital ist vor allem auch ideelle und praktische Unterstützung wichtig. Dazu gehören
729 Marktzugang, Beratung durch erfolgreiche Gründer*innen und rechtliche Unterstützung. Da-
730 bei wollen wir helfen. Wir werden alle Maßnahmen mit einem regelmäßigen Monitoring be-
731 gleiten, um durch Evaluation und Anpassungen auch bei schnellen Veränderungen passge-
732 naue Angebote machen zu können. Wir werden prüfen, ob die Förderung und Errichtung
733 internationaler Schulen in Schleswig-Holstein erforderlich ist, um internationalen Fachkräften
734 (sogenannten Expats) und ihren Familien attraktive Angebote in unserem Land machen zu
735 können.

736 Wir wollen zusätzliche Stipendienprogramme für studentische Gründer*innen initiieren. Au-
737 ßerdem werden wir die Stellen für Gründungsberater*innen und Projekte an den Hochschu-
738 len verstetigen und finanzieren.

739 Die beste wirtschaftliche Verwertung von wissenschaftlichen Innovationen ist die Ausgrün-
740 dung. Wir wollen diese wirtschaftlichen Innovationen und den Gründungsgeist unterstützen.
741 Die Grundlagen dafür können bereits im Studium gelegt werden. Dafür etablieren wir einen
742 interdisziplinären nicht-konsekutiven Masterstudiengang als Kooperationsprojekt zwischen
743 Hochschule, Unternehmen und Land (ein Praxisbeispiel hierfür ist das Projekt ZukunftsDes-
744 ign der Hochschule Coburg). Aber auch in allen anderen Studiengängen müssen Freiräume
745 geschaffen und Interdisziplinarität gefördert werden. Gemeinsam mit unseren Hochschulen
746 werden wir hierfür Konzepte entwickeln. Dabei ist es uns ein besonderes Anliegen, die Zu-
747 sammenarbeit zwischen den Hochschulen an einem Standort, aber auch über Stadtgrenzen
748 hinweg zu verbessern. Gleiches gilt für die Beratungsangebote rund um das Thema Entre-
749 preneurship. Diese sollen stärker gebündelt, besser beworben und zielführender gestaltet
750 werden.

751 Weiterhin wollen wir einen Fonds schaffen, der Wissenschaftler*innen bei der Schaffung und
752 Verwertung ihrer Patente unterstützt. Dieser soll bei der Patentverwertungsagentur, die wir

753 stärken wollen, angesiedelt werden. Über eine mögliche Förderung soll die Patentverwer-
754 tungsagentur in eigener Verantwortung zusammen mit den betreffenden Wissenschaft-
755 ler*innen entscheiden – unabhängig von Weisungen Dritter oder wissenschaftlichen Mode-
756 trends.

757 Wir wollen mehr Menschen in Schleswig-Holstein ermutigen, Unternehmer*in zu werden.
758 Dabei wollen wir nicht nur junge Menschen ansprechen, sondern auch alle anderen potenti-
759 ellen Gründer*innen. Insbesondere Frauen sollen ermutigt und unterstützt werden, neue Un-
760 ternehmen und Start-Ups zu gründen. Hierfür bedarf es einer zielgruppenspezifischen An-
761 sprache und Netzwerken, die gründungsinteressierte Frauen passgenau unterstützen. Bei-
762 des wollen wir fördern. Des Weiteren werden wir dafür sorgen, dass schleswig-holsteinische
763 Gründerinnen verstärkt vom bundesweiten Gründerinnen-Stipendium profitieren.

764 Viele klein- und mittelständische Unternehmen stehen in den nächsten Jahren vor einem
765 Generationenwechsel. Doch Nachwuchskräfte zu finden, ist eine große Herausforderung.
766 Wir wollen die Unternehmen unterstützen, schleswig-holsteinische Nachwuchskräfte zu rek-
767 rutieren und sie somit in unserem Land zu halten. Dafür sollen Kooperationen im Studium
768 insbesondere in Hinblick auf Praktika und Abschlussarbeiten unterstützt werden.

769 Digitalisierung verursacht Veränderungen in allen Bereichen. Besonders betroffen ist die
770 Arbeitswelt. Veränderungen verursachen Unsicherheit und sind immer persönlich, unmittel-
771 bar und subjektiv. Die SPD steht an der Seite derjenigen, die die Chancen der Digitalisierung
772 zur Entwicklung unserer Sozialen Marktwirtschaft nutzen wollen. Wir wollen den betroffenen
773 Arbeitnehmer*innen jede Entwicklungsmöglichkeit geben, die dafür notwendig ist.

774 In vielen Wirtschaftsbereichen gewinnt Digitalisierung an Bedeutung und ist ein wichtiger
775 Erfolgsfaktor für Unternehmen im Wettbewerb. Eine wissensbasierte Gesellschaft muss
776 neugierig bleiben. Schleswig-Holstein braucht kluge Köpfe, Zentren der Digitalisierung, in
777 denen sich frische Geister austauschen können. Denn es sind nicht die Technologien, die
778 Innovationen antreiben, sondern es sind die Menschen, die das tun. Die Neugier auf Wissen
779 muss aber auch organisiert werden. Allein ist man schnell überfordert. Perspektiven und Zu-
780 versicht müssen Verunsicherung und Ängste ablösen, Chancen müssen ergriffen, Risiken in
781 einer solidarischen Gemeinschaft reduziert werden. Wir werden Angebote schaffen, damit
782 alle die Digitalisierung als Gewinn für das eigene Leben wahrnehmen.

783 Von der Digitalisierung betroffene Arbeitnehmer*innen müssen in die Lage versetzt werden,
784 mit dem digitalisierungsbedingten Wandel Schritt zu halten. Hier spielen die Stärkung der
785 betrieblichen Mitbestimmung sowie Fortbildungs- und Weiterbildungsangebote für uns eine
786 wichtige Rolle.

787 Wirtschaftliche Bereiche mit Schlüsseltechnologien sind besonders auf eine sichere IT-
788 Infrastruktur angewiesen. Es ist wichtig, dass es beispielsweise Cloud-Anbieter gibt, die in-
789 ternationalen Standards etwa im Bereich der Software als Service-Angebote ebenso gerecht
790 werden wie den datenschutzrechtlichen Vorgaben. Schleswig-Holstein bietet sich – auch
791 wegen der Versorgung mit erneuerbaren Energien – als Standort für sichere und innovative
792 Rechenzentren an.

793 Wir werden die Einrichtung von weiteren CoWorking-Spaces und Initiativen wie CoWorkLand
794 für den ländlichen Raum unterstützen. Wir wollen auch die Mitarbeiter*innen von Land und

795 Kommunen darin bestärken, wohnortnahe CoWorking-Spaces als Alternative zum Home-
796 office oder langer Fahrten zum Arbeitsplatz zu nutzen, und werden entsprechende Rahmen-
797 verträge mit den Anbieter*innen abschließen. Das erspart den Mitarbeiter*innen lange An-
798 fahrtswege und Kosten und ermöglicht eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
799 Gleichzeitig kann die Verwaltung mittelfristig die Anzahl der festen Büroarbeitsplätze reduzie-
800 ren. Die Reduktion von Anfahrtswegen ist außerdem ein Beitrag zum Klimaschutz. Zudem
801 würde sich die Kalkulationsbasis für die Anbieter*innen verbessern, sodass sich auch das
802 Angebot für den privaten Sektor erweitern würde mit zusätzlichen positiven Effekten für den
803 Pendelverkehr.

804 Forschungsintensive Industrien sind für die Zukunft unverzichtbare Wachstumsmotoren, die
805 durch Innovationen neue Arbeitsplätze schaffen und den Ausbau unternehmensnaher
806 Dienstleistungen garantieren. Industriekompetenz muss in Zukunft stärker als bisher zum
807 Markenzeichen sozialdemokratischer Landespolitik werden. Das Land verfügt über leis-
808 tungsstarke Betriebe, die erfolgreich auf den Weltmärkten agieren, z. B. im Maschinenbau,
809 Medizin- und Wehrtechnik, Chemie, Schiffbau, Schiffsausrüstungen.

810 Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der Industrieunternehmen im Lande fördern, dabei gilt
811 es, leistungsfähige (Cluster-)Strukturen zu entwickeln und Standortfaktoren zu verbessern.

812 **In Schleswig-Holstein gut forschen**

813 Forschung und Entwicklung müssen in den Fokus genommen werden. Wir werden deshalb
814 ein eigenes Ministerium für Hochschulen, Forschung und Technologietransfer schaffen, in
815 dem alle diesbezüglichen Kräfte gebündelt werden.

816 Mit drei Universitäten, drei Fachhochschulen, eine Technische Hochschule, zwei künstleri-
817 schen Hochschulen, dem Hochschulklinikum, zwei Helmholtz-Großforschungseinrichtungen,
818 einem Max-Planck-Institut, vier Einrichtungen der Leibnitz-Gemeinschaft, drei Fraunhofer-
819 Instituten und -Einrichtungen, dem European XFEL und drei Bundesforschungseinrichtungen
820 verfügt das Land Schleswig-Holstein über eine breitgefächerte Hochschul- und Forschungs-
821 landschaft. Hochschule und Forschung sind ein entscheidender Zukunftsfaktor. Dies gilt so-
822 wohl individuell für die Chancen junger Menschen, in unserem Land ihre Potenziale zu ent-
823 falten, als auch ökonomisch für die Ansiedlung und Entstehung neuer und zukunftsorientier-
824 ter Arbeitsplätze. Wenn Schleswig-Holstein nicht der Lohnkeller Westdeutschlands bleiben
825 will, müssen wir massiv in gute Forschung und den Transfer in Unternehmen und Ge-
826 schäftsmodelle investieren.

827 Die Internationalisierung ist ein wichtiges Thema für die Hochschulen und Forschungsland-
828 schaft, stockt aber oft in der praktischen Umsetzung und Bekanntmachung. Wir unterstützen
829 diesen wichtigen Teil der Forschungsförderung intensiv. Beispielsweise wurde mit englisch-
830 sprachigen Masterstudiengängen ein wichtiger Schritt getan, die Hochschulen attraktiver für
831 internationale Studierende zu machen. Wir werden uns dafür einsetzen, insbesondere in den
832 MINT Fächern weitere Angebote zu schaffen, auch um dem Fachkräftemangel in diesen
833 Fachrichtungen entgegen zu wirken. Häufig besteht allerdings Unkenntnis, sowohl bei den
834 Bewerber*innen als auch bei internationalen Studierenden, über dauerhafte Aufenthaltsp-
835 spektiven in Forschung und Wirtschaft. Wir wollen eine Aufklärungskampagne starten und
836 die individuelle Beratung über die verschiedenen Möglichkeiten stärken.

837 Das Promotionskolleg wollen wir evaluieren und das Promotionsrecht an Fachhochschulen
838 mit forschungsstarken Fachrichtungen erleichtern.

839 Wir unterstützen die Bestrebungen an den Hochschulen, Tenure-Track-Professuren (Weg
840 zur dauerhaften Professur) zu verankern, Diversität und Internationalisierung zu fördern und
841 Strukturen an den Hochschulen zu modernisieren. Auch bei diesen sollen Familiengrün-
842 dungsphasen und Qualifizierungen in Teilzeit berücksichtigt werden. Die Istanbul-Konvention
843 verpflichtet und ermöglicht uns, mehr Forschungsprojekte auf den Weg zu bringen, die sich
844 mit geschlechtsspezifischen Fragestellungen befassen. Dazu wollen wir die Hochschulen in
845 unserem Land ermutigen.

846 Auch für den wissenschaftlichen Mittelbau muss es klare Karrierewege und sichere Arbeits-
847 bedingungen geben. Gleichzeitig schultern diese Mitarbeiter*innen die Hauptlast der angebo-
848 tenen Lehrveranstaltungen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass zwischen Qualifikati-
849 onsstellen (Promotion/Habilitation) und Stellen in der Lehre klarer unterschieden wird:

- 850 • Qualifikationsstellen zeitlich befristet, geringer Anteil an Lehrverpflichtung, hohe Ein-
851 bindung in Lehrstuhlaufgaben, Gremienarbeit usw.
- 852 • Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen für Lehre: keine sachgrundlose Befristung, hohe
853 Lehrverpflichtung, Möglichkeit zu regelmäßigen Tagungen usw. im Forschungsfeld,
854 administrative Aufgaben

855 Grundsätzlich müssen Stellen für Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen (Promovierende, Post-
856 docs und Habilitanden) als Vollzeitstellen geplant und ausgeschrieben werden, um grundle-
857 gend gute Arbeitsbedingungen zu schaffen. Dazu gehört auch, dass Stellen nach der Promo-
858 tion grundsätzlich unbefristet ausgeschrieben werden müssen, was aber nur gelingt, wenn
859 die Hochschulen entsprechend finanziell ausgestattet werden. Gemeinsam mit den Hoch-
860 schulen wollen wir außerdem über neue Strukturen diskutieren und sie in Richtung einer De-
861 partmentstruktur entwickeln.

862 Wir brauchen mehr wissenschaftlichen Nachwuchs. Deshalb müssen an den Universitäten,
863 aber auch an den Fachhochschulen – im Rahmen des Promotionskollegs – gute Arbeits- und
864 Forschungsbedingungen für Doktorand*innen geschaffen werden.

865 Neben allen Bestrebungen für exzellente Forschung liegt uns die Lehre besonders am Her-
866 zen. Eine gute Lehre stellt sicher, dass wir auch künftig gut ausgebildete Fachkräfte in allen
867 Fachbereichen und Branchen haben. Insbesondere für den Bereich der Lehrkräftebildung
868 spielen unsere Universitäten in Kiel und Flensburg eine zentrale Rolle. Für die Gewährleis-
869 tung eines quantitativ ausreichenden und qualitativ guten Lehrangebots muss die Grundfi-
870 nanzierung der Hochschulen gestärkt werden. Lehre darf nicht vom erfolgreichen Einwerben
871 von Drittmitteln abhängig sein.

872 Wir wollen wissenschaftliche Erkenntnisse und die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung
873 viel stärker auch außerhalb von exklusiven Fachzeitschriften allen Menschen zugänglich
874 machen. Entsprechend dem Hamburger Vorbild werden wir eine Schleswig-Holstein Open
875 Science Strategie entwickeln und dauerhaft fördern, wobei wir eine intensive norddeutsche
876 Vernetzung anstreben. Wichtig sind auch hochschul- und fachübergreifende Projekte und
877 Projekte mit der Zivilgesellschaft, um Innovationen in der Gesellschaft zu ermöglichen. Der-

878 artige Ansätze sollen im Rahmen der Hochschulentwicklung unterstützt werden, um die
879 Hochschulen zu ermuntern, neue Wege der Zusammenarbeit zu gehen.

880 Wir stärken die Forschungs- und Entwicklungsarbeit in der Metropolregion Hamburg. Dafür
881 werden wir eine Strategie entwickeln, die eine stärkere Vernetzung von Wissenschaft und
882 Wirtschaft und damit mehr Synergien ermöglicht. Wir werden aufzeigen, wie die For-
883 schungseinrichtungen der Metropolregion, wie z. B. der European X-Ray Free-Electron La-
884 ser Facility (XFEL), deutlich intensiver als bisher weit über die Metropolregion hinaus genutzt
885 und wahrgenommen werden können.

886 Forschung und Transfer wollen wir durch die Nutzung von Reallaboren oder Experimentier-
887 räumen um die Spitzenforschung im Land stärken und die regionalen Innovationssysteme
888 ausbauen.

889 **Wir arbeiten enger mit Hamburg zusammen**

890 Es gibt keine anderen zwei Bundesländer, die so gut zusammenarbeiten wie Schleswig-
891 Holstein und Hamburg. Die Partnerschaft beruht auf einer langjährigen Freundschaft. Und
892 wenn es richtig gemacht wurde, haben die Menschen in Schleswig-Holstein und Hamburg
893 stets voneinander profitiert. Dazu gehört zum Beispiel die gemeinsame Landesplanung, die
894 wir fortsetzen werden. Damit die Zusammenarbeit weiterhin funktioniert, werden wir neue
895 Impulse im Bereich der digitalen Infrastrukturen setzen. Denn für uns ist klar: Die großen
896 Herausforderungen werden wir nur gemeinsam meistern. Dabei orientieren wir uns am
897 OECD-Bericht von 2019, der die Metropolregion Hamburg unter dem Blickwinkel ihrer Wett-
898 bewerbs- und Innovationsfähigkeit sowie einer nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung
899 untersucht hat.

900 Die Geschäftsstelle der Metropolregion soll im Sinne einer „Innovationsagentur Metropolre-
901 gion“ aufgewertet werden, die mit ausreichenden Kapazitäten, Ressourcen und mehr Kom-
902 petenzen ausgestattet ist. Zusätzlich muss eine abgestimmte Fokussierung auf besondere,
903 in der Metropolregion ansässige Cluster erfolgen.

904 Wir werden eine gemeinsame Strategie für die Vermarktung der Metropolregion Hamburg
905 entwickeln. Diese wird eine gemeinsame Identität der Metropolregion nach innen und nach
906 außen fördern. So stärken wir insbesondere den Tourismus, da die Bundesländer Schleswig-
907 Holstein und Hamburg in diesem Bereich bisher rein regional und nicht vernetzt agieren.

908 Die beträchtlichen Unterschiede bei der öffentlichen Verkehrsanbindung zwischen Schles-
909 wig-Holstein und Hamburg müssen überwunden werden. Daher brauchen wir eine Strategie,
910 wie wir die Anbindungen für den Fahrrad-, Auto-, LKW-, Bus- und Bahnverkehr innerhalb der
911 Metropolregion verbessern, um das Potenzial der Region effektiver nutzen zu können. Dazu
912 gehören eine Verbesserung von S- und U-Bahnstrecken im Hamburger Umland ebenso wie
913 bessere Möglichkeiten der Kombination von Verkehrsmitteln und ein Verbundtarif im öffentli-
914 chen Nahverkehr.

915
916 Wir wollen die regionale Wohnungsbauplanung verbessern. Die Bereitstellung von ausrei-
917 chend bezahlbarem Wohnraum ist im Hamburger Umland eine drängende Herausforderung
918 mit weitreichenden sozialen Folgen. Um dieser Aufgabe zu begegnen, wollen wir uns eng
919 und verbindlich mit Hamburg abstimmen, um die Potenziale für die Schaffung von bezahlba-

920 ren Wohnungen und Häusern in den schleswig-holsteinischen Gemeinden rund um Hamburg
921 zu verbessern.

922

923 Im Bereich Klima und Energie haben Schleswig-Holstein und Hamburg gemeinsame Interes-
924 sen und Potenziale. Was möglich ist, zeigte das Projekt NEW 4.0 (Norddeutsche Energie-
925 wende 4.0), das 2021 nach fünfjähriger Laufzeit erfolgreich beendet wurde. Dies bietet nicht
926 nur für den Klimaschutz große Chancen, sondern auch für die Wettbewerbsfähigkeit und
927 Technologieführerschaft von Energieunternehmen. Solche innovativen Ansätze benötigen
928 wir, um die Energiewende voranzubringen. Gleichzeitig stärken sie die Zusammenarbeit mit
929 unseren Nachbar*innen in Hamburg.

930

931 Wir orientieren uns an der Lebenswirklichkeit der Menschen, die nicht an den Landesgren-
932 zen Halt macht. Dafür steht auch weiterhin das Gastschulabkommen aus unserer Regie-
933 rungszeit von 2016, das wir weiterentwickeln und auf Berufsschulen ausweiten werden. In
934 diesem Sinne werden wir auch die weitere Zusammenarbeit mit unseren Nachbar*innen su-
935 chen.

936 **Segel setzen für eine neue Schifffahrt**

937 Wir werden die Potenziale unseres meerumschlungenen Schleswig-Holsteins nutzen. Wir
938 stützen unsere Werften und ihre Zulieferer. Sie sind wichtige Arbeitgeber für tausende Be-
939 schäftigte, Teil der Identität unseres Landes und müssen erhalten bleiben. Durch moderne,
940 umweltfreundliche Antriebe können sie einen großen Beitrag zur sauberen Gestaltung des
941 weltweiten Schiffverkehrs leisten.

942 Der Klimaschutz wird auch Treiber für Innovationen für die klimaneutrale Schifffahrt sein.
943 Deswegen wollen wir eine stärkere Förderung von alternativen Antriebstechnologien hin zu
944 einem klimafreundlicheren Schiffbau. Darüber hinaus müssen Forschungsprojekte der Hoch-
945 schulen enger mit der Industrie verzahnt und der Wissens- und Technologietransfer zwi-
946 schen Industrie und Hochschulen gefördert werden.

947

948 Wir wissen auch, dass einer der größten Auftraggeber für die Werften im Land die Bundes-
949 regierung ist. In der Vergangenheit sind wichtige Aufträge und damit Wertschöpfung nicht
950 nach Schleswig-Holstein gekommen. Wir werden industriepolitisch Akzente setzen und un-
951 sere Werften vor Ort stärken. Wir stehen zum Marineschiffbau, der Werften und Zulieferer
952 gleichermaßen umfasst. Gleichzeitig sagen wir klar: Nur wer Mitbestimmung und Tarifverträ-
953 ge achtet, verdient auch staatliche Unterstützung. Beides muss bei der Vergabe von Land
954 und vor allem Bund berücksichtigt werden ebenso wie die Ausfuhrbeschränkungen von
955 Kriegsmaterial in Krisengebiete. Auch Schiffsrecycling kann künftig eine attraktive Wert-
956 schöpfung vor Ort darstellen.

957

958 Wir wollen Entwicklungen fördern, die schleswig-holsteinische Häfen digitalisieren und sie
959 ökologischer machen. Denn die Digitalisierung der Häfen birgt große Potenziale, um mariti-
960 me Transportketten sowohl effizienter als auch flexibler zu gestalten. Im internationalen Um-
961 feld der maritimen Wirtschaft bietet die digitale Vernetzung von Seehäfen zusätzlich Mög-
962 lichkeiten, die Effizienz und Sicherheit entlang der gesamten Schifffahrt durch gezielten In-
963 formations- und Datenaustausch zu verbessern. Darüber hinaus sollen die schleswig-

964 holsteinischen Häfen zu klimaneutralen Häfen werden. Daher werden wir zusammen mit den
965 Hafentreiber*innen eine ökologische Nachhaltigkeitsstrategie mit aussagekräftigen Indika-
966 toren entwickeln und anwenden. Dazu gehört ganz wesentlich die Nutzung von Landstrom
967 während der Hafentreiezeiten.

968

969 Gerade in der maritimen Wirtschaft können wir die Vorteile Schleswig-Holsteins nutzen: kur-
970 ze Wege, eine hohe Dichte an Unternehmen dieser Branche, hervorragende Forschung und
971 enge persönliche Beziehungen. Uns muss es gelingen, die gesamte Wertschöpfungskette
972 von der Idee bis zur Umsetzung innovativer maritimer Wirtschaft in unserem Land abzubil-
973 den. Dafür bietet das neugegründete TransMarTech, als Zentrum für marine Transformation
974 und Technologie, hervorragende Startbedingungen. Gerade in dieser Branche müssen wir
975 die Unternehmen nun noch enger zusammenbringen, damit sie sich gegenseitig unterstützen
976 können. Nur gemeinsam können wir gegen die weltweite Konkurrenz bestehen. Daher wer-
977 den wir die maritimen Berufsausbildungen und die maritimen Weiterbildungen und Studien-
978 gänge an Fach- wie Hochschulen in Schleswig-Holstein sichern.

979 **Schleswig-Holstein wird zum Tourismusland Nummer Eins**

980 Dank der vorausschauenden Tourismuspolitik unserer Regierung in der Küstenkoalition hat
981 der Tourismus im Urlaubsland Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren erheblich ge-
982 wonnen. Wir verbuchen mehr Umsatz und mehr Übernachtungen, denn unsere Gäste blei-
983 ben länger. Es haben sich neue Hotels angesiedelt, da die Beliebtheit des Schleswig-
984 Holstein-Tourismus merklich gestiegen ist. Nun werden wir die nächsten Schritte gehen.

985 Trotz der vielversprechenden Entwicklung stehen Hotels, Restaurants, aber auch Freizeitein-
986 richtungen nicht erst seit der Corona-Pandemie vor enormen Herausforderungen. War es
987 schon vor der Pandemie schwierig, qualifizierte Fachkräfte zu bekommen, sind in der Zwi-
988 schenzeit nicht wenige in andere Branchen abgewandert. Hier müssen wir als Land gegen-
989 steuern. Dabei können wir auf die erfolgreiche Verhandlung der SPD zum Mindestlohn in
990 Höhe von 12,00 Euro aufbauen.

991 Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass Schleswig-Holstein-Urlaub ganzjährig Saison hat.
992 Dabei setzen wir nicht nur auf quantitatives Wachstum. Wir stehen auch für einen nachhalti-
993 gen Tourismus, der vorrangig auf qualitatives Wachstum und das Prinzip der Ressourcen-
994 schonung und Erhalt der Biodiversität setzt. Natur und Umwelt sind für uns nicht nur Le-
995 bensgrundlage, sondern auch Wirtschaftsgrundlage für den Tourismus. Unser Tourismus soll
996 nicht zu Lasten der Umwelt und der Biodiversität gehen - wir wollen die Schönheit der Natur
997 bewahren, damit die Tourist*innen auch in Zukunft gerne nach Schleswig-Holstein kommen
998 und die Einzigartigkeit unserer Natur vorfinden. Zur Qualität gehören auch gute und zufriede-
999 ne Mitarbeiter*innen. Es muss daher gelingen, Fachkräfte gut auszubilden, sie zu halten
1000 oder ggf. zurückzuholen.

1001 Dafür müssen ihnen Perspektiven geboten werden. Wichtige Faktoren dafür sind angemese-
1002 neter und bezahlbarer Wohnraum, kostenfreie, qualitativ gute und flexible Kinderbetreuung
1003 sowie gute Bezahlung. Niedriglöhne und Mini-Jobs dürfen nicht zum Geschäftsmodell gehö-
1004 ren. Das ist nicht zuletzt auch Ausdruck des Respekts gegenüber denen, die unseren Gäst-
1005 ten eine schöne Zeit bereiten – ob im Restaurant, im Hotel oder im Freizeitpark. Insbesonde-
1006 re in diesen Branchen beschäftigte Frauen müssen sozial abgesichert sein.

1007 Für uns bedeutet Urlaub für alle, dass auch alle einen Urlaub genießen können und wir Bar-
1008 rieren (sprachliche wie bauliche) in der gesamten touristischen Servicekette von der Bu-
1009 chung bis zur Abreise, in der Unterkunft wie im Museum abbauen.

1010 Als ein Zeichen für mehr Klimaschutz im Tourismus wollen wir Angebote im Fahrradtouris-
1011 mus im Land stärken. Dafür setzen wir auf gute Infrastruktur mit digitalen Routenplanungen
1012 und besserer Beschilderung. Aber auch die Erreichbarkeit von Tourismusorten mit dem Öff-
1013 fentlichen Personennahverkehr gehört dazu. Diese wollen wir verbessern. Mit Blick auf die
1014 Verkehrsbelastung in den Tourismus-Hotspots des Landes soll ein landesweites Konzept
1015 erstellt werden.

1016 Alle sollen sich in Schleswig-Holstein wohlfühlen. Bevor es unseren Gästen und Einheimi-
1017 schen zu voll wird, organisieren wir eine saisonale und regionale Besucherlenkung – und
1018 zwar smart, also digital.

1019 Des Weiteren werden wir klarmachen, dass man das ganze Jahr über in Schleswig-Holstein
1020 seinen Urlaub verbringen kann. Unser Bundesland ist nicht nur im Sommer schön. Unter
1021 anderem deswegen werden wir den Binnenlandtourismus stärken. So muss der Städtetou-
1022 rismus ausgebaut, die Modernisierung der touristischen Infrastruktur vorangetrieben und
1023 Wellness- bzw. Gesundheitstourismus mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dazu ge-
1024 hört ebenfalls ein Förderprogramm für Landgasthöfe, die wir auch als Orte der Begegnung
1025 im ländlichen Raum erhalten und stärken wollen, beispielsweise unter besonderer Berück-
1026 sichtigung aller Möglichkeiten, die die reiche und vielfältige norddeutsche Kultur zu bieten
1027 hat. Gemeinnützige Jugendbildungs- und –freizeitstätten bieten Kindern und Jugendlichen
1028 Erholungsräume, die sie nach den Corona-Erfahrungen dringend benötigen. Wir sorgen da-
1029 für, dass sie Jugendgruppen, Schulklassen und Familien auch zukünftig kostengünstige und
1030 zeitgemäße Übernachtungsmöglichkeiten bieten können.

1031 Wir werden die noch zu geringe Vermarktung der Grenzlandregion mit ihrer einmalig europä-
1032 ischen Geschichte als einen zusätzlichen Mehrwert weiterentwickeln, insbesondere in Hin-
1033 blick auf ihre Potenziale für den Jugendtourismus. Wir werden die Aufgaben und Strukturen
1034 der TASH (Tourismusagentur Schleswig-Holstein) als zuständige Organisation überprüfen
1035 und optimieren, um die vorgenannten Ziele zu erreichen. Dazu gehört vor allem auch, enger
1036 mit der dänischen Tourismusorganisation zusammen zu arbeiten.

1037 Wir brauchen einen Digitalisierungsschub in der gesamten touristischen Servicekette – also
1038 von der Buchung, über die Anreise, im Hotel, am Urlaubsort, auf Ausflügen, in den Sehens-
1039 würdigkeiten bis zur Abreise.

1040 **Die nachhaltige Landwirtschaft wird zukunftsfest**

1041 Die Landwirtschaft ist Teil der schleswig-holsteinischen Identität und prägender Wirtschaftsfaktor. Viele Höfe sind seit Generationen Familienbetriebe. Gleichzeitig wissen wir auch,
1042 dass viele landwirtschaftliche Betriebe mit Sorgen in die Zukunft blicken. Deswegen werden
1043 wir die bäuerliche Landwirtschaft zukunftsfest aufstellen.
1044

1045 Zur Unterstützung unserer heimischen Landwirtschaft werden wir die Preisspirale bei land-
1046 wirtschaftlichen Pacht- und Kaufverträgen stoppen und branchenfremden Investoren Gren-
1047 zen setzen, in dem wir das landwirtschaftliche Vorkaufsrecht stärken.

1048 Wir wollen die Betriebe dabei unterstützen, die Chancen der Digitalisierung durch leistungs-
1049 fähige Datenverbindungen und Schaffung rechtlicher Grundlagen für die Anwendung neuer
1050 Technologien zu nutzen. Den Datenschutz sowie Weiterbildungs- und Beratungsangebote
1051 sowie den flächendeckenden Breitbandausbau wollen wir weiter vorantreiben.

1052 Das Risiko in der Landwirtschaft muss fair verteilt werden. Bisher honorieren die Märkte eine
1053 nachhaltige landwirtschaftliche Produktion nicht mit fairen Preisen. Wir wollen mit der Land-
1054 wirtschaft und der Wissenschaft Zukunftscluster beschreiben, in denen wir gemeinsam neue
1055 Wege beschreiten. Denn nachhaltige Landwirtschaft heißt: Sie ist ökologisch verträglich,
1056 sozial gerecht, ökonomisch rentabel und am Tierwohl orientiert. Sie verbindet Ökonomie,
1057 Ökologie und das Soziale.

1058 Wir werden uns für den Schutz und die Entwicklung der Biodiversität sowie für eine stärkere
1059 Reduzierung des Einsatzes von Dünger und Pestiziden stark machen. Die Landwirtschaft
1060 spielt bei der Bekämpfung des Klimawandels und dem Erhalt der Artenvielfalt eine zentrale
1061 Rolle. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass Agrarförderprogramme so ausgerichtet
1062 werden, dass eine nachhaltige Landwirtschaft in Schleswig-Holstein im Wettbewerb mithal-
1063 ten kann.

1064 Die Landwirtschaft ist extrem verwundbar durch die Klimaveränderungen. Lange Dürreperio-
1065 den haben Ernten genauso geschmälert oder sogar vernichtet wie plötzlicher und starker
1066 Regen. Gleichzeitig trägt die Landwirtschaft aber auch zu diesen Klimaveränderungen bei.
1067 Die Landwirtschaft hat schon deshalb ein Eigeninteresse, ihren Beitrag für die Klimawende
1068 zu leisten. Und wir haben ein Interesse, dass unsere Landwirtschaft das auch leisten kann.

1069 Eine Neuausrichtung der Landwirtschaft fordert viel von den Betriebsleiter*innen, die neue
1070 Wege gehen wollen. Damit das gelingt, braucht die Landwirtschaft profunde Beratung und
1071 wertschätzende Begleitung. Hier kann eine fachlich gut aufgestellte Landwirtschaftskammer
1072 mit sozial-ökonomischer Beratung, mit Weiterbildung und unabhängiger betriebswirtschaftli-
1073 cher Begleitung die Betriebsleiter*innen unterstützen. Bei diesen Beratungsangeboten soll
1074 auch ein Augenmerk auf die in der Landwirtschaft und den Betrieben aktiven und beschäftig-
1075 ten Frauen gelegt werden.

1076 Bodenschutz ist Klimaschutz. Die nationale Ackerbaustrategie werden wir in Schleswig-
1077 Holstein zu einer Landes-Ackerbaustrategie weiterentwickeln. So wollen wir die regionalen
1078 Bedürfnisse von Verbraucher*innen, Produzent*innen und Gesellschaft berücksichtigen.

1079 Wir wollen das Angebot „grüner“ Ausbildungsgänge ausbauen und die überbetriebliche Aus-
1080 bildung noch besser finanziell unterstützen. Darüber hinaus werden wir prüfen, ob wir einen
1081 neuen übergreifenden Ausbildungsgang entwickeln und etablieren, der die neue Vielfalt der
1082 landwirtschaftlichen Betriebe (Tourismus, Direktvermarktung, Seniorenbetreuung, Kita auf
1083 dem Hof, Energiewirtschaft) berücksichtigt. Zudem werden wir die Aus-, Fort- und Weiterbil-
1084 dung für Betriebsleiter*innen ebenso fördern wie die für Arbeitnehmer*innen. Unser Ziel ist,
1085 gute Arbeit zu ermöglichen, die eine faire Entlohnung, reguläre Arbeitsverträge und die Ein-
1086 haltung der Arbeitnehmerrechte beinhaltet. Dabei richten wir ein besonderes Augenmerk auf
1087 die Situation von Frauen in der Landwirtschaft und ländlichen Räumen. Personalvertretun-
1088 gen und Betriebsräte in der Ernährungswirtschaft werden gestärkt und – wo nötig – wird ihre
1089 Einführung unterstützt. Des Weiteren werden Saison- und Werksarbeitnehmer*innen über
1090 ihre Rechte, Pflichten und den Arbeitsschutz in ihrer jeweiligen Muttersprache aufgeklärt.

1091 Dazu braucht es ausreichend mobile Beratungsteams. Die Ausbeutung von Arbeitneh-
1092 mer*innen in Einzelhandel und Produktionsverarbeitung muss unterbunden werden. Wir
1093 werden die staatlichen Kontrollinstanzen so aufstellen, dass sie die Einhaltung des Arbeits-
1094 schutzes überwachen können.

1095 Wir begrüßen die EU-Farm-to-Fork-Strategie (deutsch: Hof zu Tisch), mit der die EU die ne-
1096 gativen Auswirkungen der intensiven Landwirtschaft auf Umwelt und Tierwohl anerkennt so-
1097 wie die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen ungesunder, nicht nachhaltiger Ernäh-
1098 rungsweisen. Das ist auch eine soziale Frage. Es ist wichtig, dass die Farm-to-Fork-Strategie
1099 die gesamte Lebensmittelkette in den Blick nimmt. Denn wenn wir die Ernährungswirtschaft
1100 in Schleswig-Holstein zukunftsfest machen wollen, müssen wir auch die Anbaubedingungen
1101 unserer Nahrung verändern! Wir setzen uns deshalb weiter für eine Reform der Gemeinsa-
1102 men Agrarpolitik der EU ein und wollen die wichtige Leistung von Landwirt*innen für den Na-
1103 turschutz und die Ernährungssicherheit in den Fokus der Förderpolitik stellen.

1104 Immer wieder ist die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein mit unterschiedlichen Auslegun-
1105 gen des Rechts durch die Kreisveterinärämter konfrontiert. Wir brauchen zuverlässige, für
1106 das ganze Land gültige Richtlinien und Standards. Daher werden wir ein Landesveterinäramt
1107 einrichten, das gleichzeitig als Landesoberbehörde für die Lebensmittelaufsicht fungiert.

1108 In der Nutztierhaltung setzen wir konsequent auf die Verbesserung des Tierwohls unter Be-
1109 rücksichtigung einer flächenbezogenen Obergrenze. Wir werden uns für die Einführung ei-
1110 nes verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit nachvollziehbaren Regeln einsetzen. Un-
1111 ter Beteiligung des Runden Tisches Nutztierhaltung werden wir die Erarbeitung einer
1112 schleswig-holsteinischen Nutztierstrategie voranbringen. Auf Bundesebene werden wir uns
1113 dafür einsetzen, dass erhöhte Tierwohlstandards auch für die Landwirtschaft finanzierbar
1114 bleiben. Dazu gehört die Auflösung der Zielkonflikte zwischen Tierwohl und Emissionsschutz
1115 ebenso wie ein Finanzierungsinstrument.

1116 **Märkte müssen fair sein**

1117 Wir stehen für ein solidarisches Miteinander. Dazu gehört auch, dass wir Fairness und
1118 Transparenz für Erzeuger*innen und Verbraucher*innen organisieren. Dies können wir am
1119 besten hier vor Ort sicherstellen. Dazu wollen wir die Beratung und Begleitung zur EU-
1120 Arbeitnehmerfreizügigkeit dauerhaft finanzieren.

1121 Wir wollen die regionale Wertschöpfung beispielsweise bei Lebensmitteln verbessern. Die
1122 Corona-Pandemie hat gezeigt, dass den Menschen durchaus wichtig ist, sich mit regional
1123 erzeugten Produkten zu versorgen. Daher werden wir:

- 1124 • einen „regionalen Meter“ in den Supermärkten anregen;
- 1125 • bestehende regionale Gütezeichen modernisieren und als Vermarktungsinstrument
1126 stärken;
- 1127 • die regionale Vermarktung von Produkten fördern;
- 1128 • regionale, nachhaltige Lebensmittel in der Kita- und Schulversorgung fördern. Das ist
1129 ein Beitrag zur Ernährungsgerechtigkeit und bietet der regionalen Landwirtschaft zu-
1130 sätzliche Möglichkeiten der Kooperation und Vermarktung.
- 1131

1132 Schleswig-Holstein hat eine starke Landwirtschaft und eine hochwertige Ernährungswirt-
1133 schaft und Lebensmittelindustrie. Allerdings schaffen wir es noch nicht ausreichend, die hier
1134 gewachsenen Rohstoffe auch selbst zu verwerten und so stärker von der Wertschöpfungs-
1135 kette der gesamten Ernährungswirtschaft zu profitieren. Ein Cluster Ernährungswirtschaft soll
1136 die unterschiedlichen Betriebsstrukturen genauso im Blick haben wie Forschung und Fach-
1137 kräftesicherung. Da aber eine reine Clusterförderung nicht ausreicht, wollen wir mit den Ak-
1138 teur*innen eine Gesamtstrategie Ernährungswirtschaft entwickeln.

1139 Um die Lebensmittelverschwendung einzudämmen, werden wir mit den Produzent*innen
1140 und dem Handel Lösungen erarbeiten. Wir werden unter Einbindung aller relevanten Ak-
1141 teur*innen eine Strategie gegen Lebensmittelverschwendung voranbringen. Ein entspre-
1142 chender Fonds soll so ausgestaltet sein, dass Kofinanzierungen von Unternehmen möglich
1143 sind.

1144 Unser Ziel ist eine Stärkung des Verbraucherschutzes. Wir wollen das bestehende Bera-
1145 tungsangebot der Verbraucherzentralen im Land erhalten und erweitern. Wir wollen das Pro-
1146 jekt „Verbraucher*innen stärken im Quartier“ in Schleswig-Holstein weiter ausbauen, um
1147 Hemmschwellen zu überwinden und Verbraucher*innen gerade in sozialen Brennpunkten ein
1148 niedrigschwelliges Angebot an Beratungsleistungen zu machen.

1149 Alle Verbraucher*innen sollen Zugang zu gesunden, regionalen, saisonalen und nachhaltig
1150 produzierten Lebensmitteln haben. Wir stehen für den Erhalt und die Förderung regionaler
1151 Schlachtkapazitäten. Kleinere und mittlere Unternehmen werden wir bei der Wettbewerbsfä-
1152 higkeit unterstützen und lokale Wertschöpfung fördern. So sichern wir regionale Versorgung,
1153 verhindern unnötigen Transporte und schaffen Voraussetzungen für eine tierwohlgerichte
1154 Nutztierhaltung und Vermarktung und stärken das Handwerk in Schleswig-Holstein. Das Be-
1155 wusstsein für gesunde Ernährung, das Wissen und die Handlungskompetenzen beim Ein-
1156 kauf und im Umgang mit Lebensmitteln wollen wir stärken. Der Wert von Lebensmitteln muss
1157 in unserer Gesellschaft mehr geachtet werden. Hier werden wir in allen Altersgruppen, aber
1158 besonders bei Kindern und Jugendlichen, ansetzen.

1159 Wir werden uns in der Weiterentwicklung des Wettbewerbsrechts im Rahmen der Kompe-
1160 tenzen des Landes für die Wahrung fairer Märkte für schleswig-holsteinische Unternehmen
1161 einsetzen. Das gilt insbesondere für die digitalen Märkte, auf denen die zunehmende Ver-
1162 machtung durch Plattformen die gerade erst gewonnenen Chancen für Unternehmen aus
1163 Schleswig-Holstein wieder schwächen.

1164

1165 **3. Mission „Wir stärken und digitalisieren den Staat“**

1166 Wir wollen die Chancen, die in der Digitalisierung liegen, für das friedliche, demokratische
1167 und respektvolle Miteinander nutzbar machen. Für diese Aufgaben braucht es einen Staat,
1168 der dazu technisch und organisatorisch in der Lage ist. Wir können die Herausforderungen
1169 der Zukunft nur dann lösen, wenn der Staat auf der Höhe der Zeit mit modernsten digitalen
1170 Werkzeugen ausgestattet ist. Zudem sollen sich alle schleswig-holsteinischen Bürger*innen
1171 im Netz sicher und frei bewegen können, auch wenn sie keine technischen Expert*innen
1172 sind. Gleichzeitig wollen wir den fortschreitenden Wandel der Digitalisierung konkret mitge-

1173 stalten, indem wir eine breite zivilgesellschaftliche, kulturelle und wissenschaftlich fundierte
1174 Diskussion starten.

1175 **Der digitale Staat kommt auf die Höhe der Zeit**

1176 Wir wollen, dass die öffentliche Verwaltung in Schleswig-Holstein ihre Prozesse durch und
1177 mit Digitalisierung modernisiert. Dafür werden wir die rechtlichen Grundlagen des Verwal-
1178 tungshandelns so umgestalten, dass die digitale Bearbeitung und Zusammenarbeit in der
1179 Verwaltung der Grundsatz ohne Ausnahme wird. Dabei sorgen wir dafür, dass die Verwal-
1180 tung der Zukunft von allen Bürger*innen barrierearm genutzt werden kann, dabei soll sich am
1181 Barrierefreiheitsstärkungsgesetz orientiert werden. Hierzu zählt auch, dass sie medienbruch-
1182 frei funktionieren muss.

1183 Digitalisierung ist Chefsache. Wir werden in der Staatskanzlei die Funktion einer oder eines
1184 Chief Digital Officer (CDO) schaffen, um die Digitalisierung in allen Verwaltungen zu koordinieren.
1185 Alle Ministerien sollen ihrerseits CDO erhalten, die die Entwicklung einer Digitalisie-
1186 rungsstrategie für die jeweiligen Arbeitsbereiche verantworten.

1187 Wir wollen die Innovationskraft neuer, junger Unternehmen und die Erfahrung bestehender
1188 Unternehmen aus Schleswig-Holstein nutzen, um die Digitalisierung und Modernisierung der
1189 öffentlichen Verwaltung zu beschleunigen. Gemeinsam mit der Zivil- und Privatgesellschaft
1190 wollen wir neue Lösungen für die öffentliche Verwaltung entwickeln. Wir werden hierzu die
1191 Daten der Verwaltung öffnen. Für interessierte Unternehmen werden wir die Möglichkeiten
1192 zur Zusammenarbeit mit der Verwaltung vereinfachen und zusätzliche Mittel für das gemein-
1193 same Erarbeiten von Modernisierungslösungen bereitstellen.

1194 Den Weg zur vollständig digitalisierten Verwaltung werden wir unter starker Einbindung der
1195 Mitarbeiter*innen und ihrer Personalvertretungen gehen, um möglichst alle mitzunehmen.

1196 Wir wollen ermöglichen, dass sich Bürger*innen nicht nur elektronisch, sondern auch weiter-
1197 hin persönlich oder schriftlich an Behörden wenden können. Dafür werden wir das Konzept
1198 der Bürgerbüros weiterentwickeln und den Bürger*innen dort besonders ausgebildete Ver-
1199 waltungsfachkräfte zur Seite stellen, die bei Antragstellung und Fragen im Sinne und als Be-
1200 auftragte der Bürger*innen agieren.

1201 Wir wollen durch bessere technische Konzepte und digitale Lösungen die Teilhabe von Bür-
1202 ger*innen fördern. Dazu werden wir als digitale Daseinsvorsorge Infrastrukturen und Kom-
1203 munikationsplattformen für eine digital souveräne Kommunikation zwischen Bürger*innen
1204 und Verwaltung schaffen. Wir werden dafür sorgen, dass die Verwaltung unseres Landes als
1205 leistungsfähiger Partner öffentliche, digitale und föderale Infrastrukturen schafft und Technik
1206 nicht nur zur Aufgabenerledigung, sondern auch zur Verbesserung des Allgemeinwohls ein-
1207 setzt. Wir werden das von uns erarbeitete Konzept der „Digitalen Knotenpunkte“ besser um-
1208 setzen und viele neue Orte der Digitalisierung in Schleswig-Holstein schaffen. Dabei sind die
1209 sozialen Aspekte der Digitalisierung ebenfalls zu berücksichtigen, um eine digitale Spaltung
1210 zu verhindern und Zugangsbarrieren abzubauen. Gerade Stadtteile mit einer finanzschwa-
1211 chen Bevölkerung und mit einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte ste-
1212 hen hier vor großen Herausforderungen. Hier möchte die Landesregierung Unterstützung
1213 leisten.

1214 Zusammen mit der Metropolregion Hamburg und Dänemark wollen wir eine smarte öffentli-
1215 che Plattform entwickeln, die Schnittstellen für verschiedene Anwendungen bietet. Das erste
1216 Ziel ist eine intelligenterere Steuerung von Verkehren. Im nächsten Schritt wollen wir den
1217 Stromverbrauch effizienter organisieren. Hierfür werden wir zunächst die lokalen Smart-City-
1218 Initiativen in Schleswig-Holstein miteinander verbinden.

1219 Wir bauen im Verbund mit Hamburg und den norddeutschen Ländern ein öffentliches Tech-
1220 nologie- und Datenmanagementzentrum auf, welches die Potenziale von Künstlicher Intelli-
1221 genz, Big Data und Automatisierung für die Aufgabenerfüllung der Verwaltung nutzt.

1222 Wir brauchen einen kompetenten Staat im Netz, der unabhängig von privaten Anbietern und
1223 digital souverän seine rechtsstaatlichen Funktionen ausüben kann. Der Staat muss über aus-
1224 reichende technologische Fertigkeiten verfügen, damit er Bürger*innen und Unternehmen
1225 schützen und ihnen persönliche Entfaltung ermöglichen kann.

1226 Wir werden die öffentlichen IT-Dienstleister des Landes und der Kommunen stärken und in
1227 die Lage versetzen, Innovationen voranzutreiben und vernetzt und gemeinsam Lösungen für
1228 Land und Kommunen zu entwickeln.

1229 Wir werden im Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen die Fragen der Digitalisierung
1230 bearbeiten, denn immer häufiger begegnen uns in unserem Alltag die Einflüsse der künstli-
1231 chen Intelligenz. Auch wenn sie vieles erleichtert und verbessert, so kennen wir noch nicht
1232 alle gesellschaftlichen Folgen der künstlichen Intelligenz. Einen ähnlichen Wissensstand ha-
1233 ben wir gesamtgesellschaftlich bei den Fragen rund um Datenmärkte. Was passiert mit un-
1234 seren Daten, wenn wir uns bei sozialen Netzwerken anmelden? Wie kann ich verhindern,
1235 dass meine Daten von Unternehmen wirtschaftlich genutzt werden? Für uns ist klar: Wir
1236 brauchen auch im Internet einen Staat, der die Rechte der Verbraucher*innen schützt. Denn
1237 wenn wir nicht aufpassen, dann führt Digitalisierung nicht zu mehr Freiheiten, sondern doch
1238 zu mehr Unfreiheit. Im Netz müssen die gleichen Werte und das gleiche Recht wie im echten
1239 Leben gelten und durchsetzbar sein. Insbesondere digitale Kommunikationstools im Rahmen
1240 von Beruf und Weiterbildung (auch von Schule und Hochschule) müssen gegen sexuelle
1241 Belästigung durch interne oder externe Teilnehmer*innen abgesichert werden. Die Erfahrun-
1242 gen in der Pandemie haben noch einmal deutlich gemacht, dass dies zu häufig nicht ausrei-
1243 chend geschieht.

1244 **Alle können digital mitmachen**

1245 Immer stärker rücken Fragen der digitalen Teilhabe in den alltäglichen Fokus. Dabei stehen
1246 wir vor verschiedenen Herausforderungen. Kinder und Jugendliche bauen abhängig von ih-
1247 rem familiären Hintergrund unterschiedliche digitale Kompetenzen auf. Das Bildungssystem
1248 muss dafür sorgen, dass alle die gleichen Chancen für digitale Teilhabe erhalten. Aber auch
1249 ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen wollen Teil der digitalen Kommunikation
1250 sein. Deswegen muss der Staat digitale Teilhabe für alle ermöglichen und weiter vielfältige
1251 Zugangswege sichern.

1252 Digitale Daseinsvorsorge zu organisieren, ist die Aufgabe des Staates. Das bedeutet für uns,
1253 dass sich die Bürger*innen Schleswig-Holsteins sowie die schleswig-holsteinischen Unter-
1254 nehmen souverän und selbstbestimmt online bewegen können. Menschen sollten nicht mit
1255 ihren persönlichen Daten bezahlen müssen, wenn sie sich mit Freund*innen und Familie

1256 verbinden wollen. Im Netz gelten die gleichen Werte und das gleiche Recht wie auf der Stra-
1257 ße. Ein digital kompetenter Staat muss das durchsetzen. Dazu zählt ebenso der Schutz von
1258 insbesondere Frauen, queeren Menschen und BIPOC (Black, Indigenous, and People of Co-
1259 lor) gegen die für diese Gruppen ausgeprägte Bedrohungssituation im Netz.

1260 Daseinsvorsorge ist für uns eine staatliche Aufgabe, deshalb werden wir gemeinsam mit den
1261 Kommunen in aktuelle wie auch zukünftige digitale Infrastruktur investieren und flächende-
1262 ckend neben Glasfaser, 5G, kostenfreies WLAN und alle kommenden digitalen Innovationen
1263 kostengünstig anbieten. Allen Bürger*innen wollen wir in Zusammenarbeit mit den öffentli-
1264 chen IT-Dienstleistern das Angebot einer eigenen Cloud sowie Office-Anwendungen ma-
1265 chen, beispielsweise für das Schreiben von Texten oder Mailverwaltung. Es geht uns auch
1266 um die Weiterentwicklung für die öffentliche Hand und bereits vorhandener digitaler Struktu-
1267 ren, die wir für unsere Behörden vorhalten und auch den Bürger*innen somit leichter zur Ver-
1268 fügung stellen.

1269 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung und einer modernen Verwaltung auch für Kinder
1270 und Familien nutzen. Digitale Technologien werden dabei helfen, dass Familien ihre Ansprü-
1271 che auf Leistungen besser als bisher kennen und diese auch wahrnehmen. Daher werden
1272 wir eine App entwickeln, die alle staatlichen Leistungen für Familien bündelt und einfacher
1273 abrufbar darstellt. Darüber hinaus sollen alle Kultur- und Sporteinrichtungen ihre Angebote
1274 als digitale Gutscheine in dieser App anbieten können. So kann jedes Kind in Schleswig-
1275 Holstein auf einen Blick sehen, welche Freizeitangebote es wahrnehmen kann. Darüber hin-
1276 aus ist es unser Ziel, die Abrechnungen mit zuständigen Behörden möglichst einfach und
1277 diskriminierungsfrei zu gestalten. Wo es nötig ist, werden wir den Zugang zu digitalen End-
1278 geräten sicherstellen.

1279 Die Verbraucherzentralen werden wir in die Lage versetzen, auf neue Herausforderungen, z.
1280 B. bei den Gefahren im Zusammenhang mit der Digitalisierung, zu reagieren. Zudem wollen
1281 wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Verbraucherbildung legen, sodass sich Bür-
1282 ger*innen über ihre Rechte informieren und damit auch schützen können, bevor ein Schaden
1283 entsteht. Die Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten für die Verbraucherberatung auf dem
1284 Land.

1285 Wir wollen, dass alle Bevölkerungsgruppen am digitalen Leben teilhaben können. Niemand
1286 soll zurückgelassen werden. Mit einem dauerhaften Monitoring wird sichergestellt, dass die
1287 Anregungen, Sorgen und Nöte der Menschen bezüglich der Digitalisierung konstruktiv be-
1288 gleitet werden und sie bei der Umsetzung die nötige Unterstützung erhalten.

1289 Ebenfalls werden wir uns dafür einsetzen, dass auch die digitale Teilhabe für Bewoh-
1290 ner*innen von Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe möglich ist.
1291 Dies umfasst konkret die Ausstattung sowie die Unterstützung der Menschen bei der Nut-
1292 zung beispielsweise von digitalen Endgeräten. In allen Bildungseinrichtungen soll die digitale
1293 Kompetenz von Kindern aus weniger privilegierten Familien gezielt gefördert werden. Mit der
1294 Einführung der Kindergrundsicherung wird es leichter sein, allen Kindern die digitale Teilha-
1295 be zu ermöglichen. Kindergrundsicherung bedeutet für uns eine einheitliche und armutsfeste
1296 Existenzgrundlage für Kinder und Jugendliche, die soziokulturelle, digitale und schulische
1297 Teilhabe sicherstellt. Wir werden dafür sorgen, dass die Leistungen bei den Kindern und Ju-
1298 gendlichen vollumfänglich ankommen.

1299 Wir wollen noch mehr für politische Bildung tun und Medienkompetenzen stärken. Aufklärung
1300 und das Sammeln praktischer Erfahrungen sind ist der beste Weg, um alltägliche Ausgren-
1301 zungen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Radikalisierungen zu verhindern. Wir
1302 werden für politische Bildung und Medienpädagogik deutlich mehr Mittel bereitstellen. Die
1303 Angebote sollen alle Geschlechter, sozialen Schichten und Altersstufen gleichermaßen er-
1304 reichen.

1305 Politische Bildung und Medienbildung sind nicht nur als Prävention für Radikalisierung wich-
1306 tig, sondern auch als Mittel gegen „Alltagsrassismus“ und andere Formen alltäglicher, grup-
1307 penbezogener Menschenfeindlichkeit.

1308 **Wir brauchen den handlungsfähigen Staat**

1309 Wir werden Zusammenhalt organisieren. Doch dafür muss der Staat in der Lage sein, die
1310 großen gesellschaftlichen Fragestellungen zu beantworten und die Probleme der Menschen
1311 zu lösen. Wir wollen unseren Staat so ausrichten, dass wir in der Lage sind, Probleme zu
1312 lösen und auch in Krisen bei allen existenzsichernden Fragen handlungsfähig zu bleiben.

1313 Wir wollen Landesbeamt*innen die Wahlfreiheit in der Krankenversicherung ermöglichen.
1314 Deswegen werden wir die pauschale Beihilfe für Landesbeamt*innen, die gesetzlich kran-
1315 kenversichert sind, umsetzen. Langfristig setzen wir uns aber weiterhin für eine Bürgerversi-
1316 cherung für alle ein.

1317 Ein starker und handlungsfähiger Staat steht für eine progressive und nachhaltige Finanzpo-
1318 litik. Ausgeglichene Haushalte sind wichtig. Eine Schuldenbremse ist aber kein Selbstzweck,
1319 sondern sie soll die kommenden Generationen schützen. Sie ist damit ein Instrument, um die
1320 Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zu sichern. Deshalb stehen wir zur Schuldenbremse.
1321 Dennoch darf sie nicht das alleinige Ziel sein. Denn eine Gesellschaft, die deshalb auf die
1322 notwendige wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation verzichtet, wie sie uns be-
1323 vorsteht, handelt verantwortungslos und kurzfristig.

1324 Wir stehen für Steuergerechtigkeit. Durch die Digitalisierung verändern sich Betriebs- und
1325 Unternehmensstrukturen sowie Wirtschaftsströme, die die Arbeit der Behörden erschweren.
1326 Daher brauchen die Finanzämter eine zeitgemäße Ausstattung und ausreichend Personal.

1327 Wir stehen dazu, dass sich die Politik um die Geldanlagen des Landes Schleswig-Holstein
1328 an den Nachhaltigkeitszielen der UNO ausrichtet. Dies tun wir aus Verantwortung gegenüber
1329 unserer Gesellschaft.

1330 **Wir stärken unsere Kommunen**

1331 Die Städte, Gemeinden und Kreise unseres Landes sind das Herzstück unseres Zusammen-
1332 lebens. Für ein gutes Leben in Schleswig-Holstein ist es daher wichtig, dass wir die Kommu-
1333 nen in die Lage versetzen, das Zusammenleben solidarisch auszugestalten. Wir werden uns
1334 für einen Altschuldenfonds auf Bundesebene und die Fortsetzung der Konsolidierungshilfen
1335 über das Jahr 2024 hinaus für finanzschwache Kommunen einsetzen.

1336
1337 Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen wird abgeschafft. Im Gegenzug wird der kom-
1338 munale Finanzausgleich bei den Gemeindeaufgaben um den Durchschnittswert der einge-

1339 nommenen Straßenausbaubeiträge von 2016 bis 2018 abzüglich schon durch Landesmittel
1340 vorgenommene Kompensationen entlastet.

1341

1342 Wir wollen die Kommunen als Dienstleister für die Bürger*innen stärken. Denn wir wissen,
1343 dass das Leben vor Ort gestaltet wird und unsere Kommunen die Bedarfe der Bevölkerung
1344 gut kennen. Dabei geht es uns beispielsweise um Sauberkeit und Sicherheit. Durch eine
1345 Stärkung kommunaler Ordnungsdienste kann beides erreicht werden. Durch Sicherheitsko-
1346 operationen zwischen Polizei, Kommunalem Ordnungsdienst, Stadtteilbeiräten, sozialen Ein-
1347 richtungen, Vereinen, Verbänden und lokalen Initiativen entwickeln unsere Kommunen indi-
1348 viduelle Lösungen zur Verbesserung von Sicherheit und Sauberkeit, die auf örtliche Proble-
1349 me abgestimmt sind.

1350

1351 Mit der Grundsteuerreform wurde die Grundsteuer C eingeführt, die es Kommunen ermög-
1352 licht, brachliegendes Bauland besonders zu besteuern. Nun müssen die Kommunen dieses
1353 Mittel aktiv nutzen! In Gebieten mit Wohnraummangel müssen Kommunen Baugebote leich-
1354 ter festlegen und durchsetzen können. Wie auch z. B. in Hamburg müssen die Kommunen
1355 die Möglichkeit bekommen, durch ein Wohnraumaufsichts- und Wohnraumschutzgesetz dem
1356 Verfall und der Verwahrlosung von Wohnraum entgegenzuwirken.

1357

1358 Kommunale Vorgaben für einen Mindestanteil sozial geförderten Wohnraums bei der Aufstel-
1359 lung von Bebauungsplänen und dem Verkauf eigener Grundstücke werden mittlerweile in
1360 vielen Städten praktiziert. Dieses Instrument muss auch bei größeren Nachverdichtungs-
1361 maßnahmen in unbeplanten Innenbereichen zur Verfügung stehen, indem sog. sektorale
1362 Bebauungspläne ermöglicht werden.

1363

1364 Hohe Mieten, Leerstände und Spekulationsobjekte machen Innenstädte und Ortszentren für
1365 neue Ansiedlungen unattraktiv. Um dieser Entwicklung zu begegnen, brauchen Einzelhandel
1366 und Gastronomie Unterstützung bei den Verhandlungen mit Vermieter*innen. Das Ziel ist,
1367 eine Mietpartnerschaft zwischen Gewerbetreibenden, Mieter*innen und Vermieter*innen für
1368 die Innenstädte und Ortszentren zu erreichen. Innenstädte und Ortskerne müssen mehr als
1369 Orte zum Wohnen und Einkaufen sein, sondern soziale Treffpunkte und Erlebnisräume mit
1370 Angeboten für Freizeitaktivitäten, Lern- und Arbeitsräumen, Kultur und Sport. Wir wollen eine
1371 Strategie für die Innenstadt- und Ortskernentwicklung und Soziale-Stadt-Gebiete schaffen,
1372 die bei der städtebaulichen Neuausrichtung berät und unterstützt. Diese soll auch die für den
1373 Erfolg jeder Maßnahme unerlässliche Beteiligung der Bürger*innen begleiten und unterstüt-
1374 zen. Die bereits vorhandenen Stadtmarketing Initiativen müssen zudem gestärkt und weiter
1375 vernetzt werden.

1376 **Unsere Polizei ist bürgernah, stark und modern**

1377 Menschen möchten in Sicherheit leben. Ein sicheres Leben darf nicht von Wohnort oder Ein-
1378 kommen abhängen. Der Staat ist dafür zuständig, diese Sicherheit zu garantieren. Deshalb
1379 ist eine leistungsstarke, moderne Polizei zentral für unser aller Sicherheit in Schleswig-
1380 Holstein.

1381 Der technische Fortschritt führt zu einem Anpassungsbedarf bei den Ermittlungsmöglichkei-
1382 ten. Hierbei geht es nicht darum, die Balance zwischen Grundrechten und Ermittlungsbe-

1383 dürfnissen zu verschieben. Verstärkte Eingriffsbefugnisse sind kein Selbstzweck, ihr Nutzen
1384 muss überprüft und nachgewiesen werden.

1385 Das von der Küstenkoalition gestartete und in den letzten Jahren weitergeführte Programm
1386 „500 (Polizist*innen mehr) bis 2023“ muss mit weiteren zusätzlichen 100 Stellen pro Jahr bis
1387 zum Ende der Wahlperiode als 800+ fortgesetzt werden, da sich sowohl das Einsatzgesche-
1388 hen als auch die Anforderungen an ermittlerische Tätigkeiten verändern, intensivieren und
1389 ausweiten.

1390 Es werden weitere Kräfte für eine zweite Einsatzhundertschaft genauso benötigt wie zur Be-
1391 kämpfung von Internetkriminalität, zur Vermögensabschöpfung bei Wirtschaftskriminalität
1392 und zur Terrorismusbekämpfung. Zugleich müssen sich Aus- und Fortbildung den neuen
1393 Herausforderungen anpassen. Mehr Möglichkeiten zum dualen Studium z. B. im Bereich der
1394 Wirtschaftskriminalität und der Informatik sind wichtig, sie zeichnen eine flexible und anpas-
1395 sungsfähige Polizei aus.

1396 Dies alles bedeutet einen Zuwachs an Personal, wenn die Arbeit nicht zulasten der täglichen
1397 Präsenz vor Ort bei den Bürger*innen gehen soll. Zusätzliches Personal erfordert auch eine
1398 zusätzliche Ausstattung mit Arbeits- und Einsatzmitteln, die den Anforderungen einer moder-
1399 nen und zukunftsorientierten Polizei gerecht werden.

1400 Permanente Überbelastungen aufgrund von strukturellem Personalmangel machen krank.
1401 Wir wollen die wöchentliche Arbeitszeit der Polizist*innen reduzieren. Die Wechselschicht-
1402 dienstentlastung muss weiterentwickelt werden und zwar ohne die Jüngeren durch das An-
1403 häufen von Überstunden überproportional zu belasten. Zudem wollen wir Möglichkeiten zur
1404 Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch langjährige Tätigkeit in schwierigen Dienstformen
1405 einführen.

1406 Zusätzlich werden wir den polizeipsychologischen Dienst personell und sachlich stärken und
1407 die Möglichkeiten zur Supervision landesweit für Polizist*innen verbessern.

1408 Der öffentliche Dienst muss in einer Zeit absehbaren Mangels an geeigneten Bewer-
1409 ber*innen zukunftsfähig und attraktiv für Nachwuchskräfte sein. Dazu gehören Perspektiven
1410 und planbare Aufstiegschancen. Wir bekennen uns zum Ziel der zweigeteilten Laufbahn.

1411 Grundsätzlich gilt: Wenn die Polizei ein Spiegelbild der Gesellschaft sein soll, muss sich die
1412 Diversität unserer Gesellschaft auch in der Polizei stärker abbilden. Das stärkt das Vertrauen
1413 aller Bevölkerungsgruppen in die Polizei und fördert die Akzeptanz polizeilicher Maßnahmen.
1414 In der geplanten Einstellungsoffensive achten wir daher besonders darauf, dass potenzielle
1415 Bewerber*innen mit Einwanderungsgeschichte angesprochen werden. Zusätzlich wollen wir
1416 die Fortbildung von Polizeibeamt*innen zum Umgang mit Betroffenen sexualisierter und/oder
1417 häuslicher Gewalt intensivieren. Die Polizei trägt zum besseren Umgang mit Menschen mit
1418 Behinderungen bei und wird dafür in Zusammenarbeit mit den schleswig-holsteinischen Be-
1419 hinderertenorganisationen über die verschiedenen Formen der Behinderungen geschult und
1420 sensibilisiert.

1421 **Die Justiz wird modernisiert**

1422 Unsere Justiz muss kompetent und bürgernah aufgestellt werden, damit sie modern und zu-
1423 kunftsfähig ist. Dazu können auch bürgerfreundliche digitale Gerichtsverfahren gehören, die

1424 insbesondere Schleswig-Holsteiner*innen in ländlichen Räumen mit weiten Fahrwege zu-
1425 gutekämen.

1426 Mit einer öffentlichen Kampagne machen wir den Wert des Justizdienstes in Schleswig-
1427 Holstein sichtbar. Schleswig-Holstein soll bundesweit das Land mit den besten Arbeitsbedin-
1428 gungen in der Justiz werden. Wir wollen transparente Karriereperspektiven, Kollegialität und
1429 einen Ausgleich zwischen Arbeit und Freizeit, der den Namen verdient. Bestehenden struktu-
1430 rellen Überlastungen der Mitarbeiter*innen wollen wir nicht nur durch angemessene Stellen-
1431 ausstattung, sondern auch durch organisatorische Maßnahmen und Fortschritte bei der Digi-
1432 talisierung begegnen. Schleswig-Holstein ist im Rennen um fähiges Personal ins Hintertref-
1433 fen geraten. Höchste Zeit, dass sich das ändert!

1434 Wir erhalten die Eigenständigkeit der Jugendarrestanstalt. Der Vollzug des Jugendarrestes
1435 muss vom allgemeinen und vom Jugendstrafvollzug räumlich getrennt erfolgen. Jugendar-
1436 rest ist ausschließlich pädagogisch zu gestalten und unterscheidet sich im Wesen, den Vo-
1437 raussetzungen seiner Verhängung sowie den daraus resultierenden Folgen von der Jugend-
1438 strafe. In unseren Jugendstrafanstalten wollen wir Insassenvertretungen einführen.

1439 Analog zum Polizeivollzugsdienst wollen wir auch beim Justizvollzugsdienst die wöchentliche
1440 Arbeitszeit reduzieren und die Wechselschichtentlastung fort- und Möglichkeiten zur Verkür-
1441 zung der Lebensarbeitszeit durch langjährige Tätigkeit in schwierigen Dienstformen einfüh-
1442 ren. Wir wollen unsere Staatsanwaltschaften personell und technisch so stärken und aus-
1443 bauen, dass sie konsequent gegen die Behinderung von Betriebsratswahlen und gegen Uni-
1444 on Busting vorgehen können.

1445

1446 **4. Mission „Wir halten die Gesellschaft zusammen“**

1447 Wir stehen für eine solidarische Gesellschaft. Eine solidarische Gesellschaft achtet die Wür-
1448 de jeder Arbeit und respektiert jede Lebensleistung. Ebenso stehen wir für gleiche Teilhabe-
1449 und Lebenschancen für alle und für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Die
1450 solidarische Gesellschaft ist inklusiv und steht für eine moderne Familienpolitik. In unserer
1451 Gesellschaft wird niemand aufgrund des Geschlechts, einer Behinderung, des sozialen Sta-
1452 tus der Familie, der interkulturellen Herkunft, Religion oder der sexuellen Orientierung dis-
1453 kriminiert. Bei uns in Schleswig-Holstein kann man gut und gerne aufwachsen und alt wer-
1454 den.

1455 Die gemeinnützigen Wohlfahrtsverbände sehen wir als wichtigen Partner bei der Förderung
1456 des gesellschaftlichen Engagements. Wir stehen zum Subsidiaritätsprinzip, um die soziale
1457 Infrastruktur in Schleswig-Holstein nicht allein den Marktmechanismen zu überlassen Die
1458 gemeinnützigen Wohlfahrtsverbände haben in den vergangenen Jahren Herausragendes
1459 geleistet, um den sozialen Zusammenhalt auch in Krisensituationen zu festigen und auszu-
1460 bauen. Wir wollen die Arbeit dieser gemeinnützigen Spitzenverbände unterstützen und zu-
1461 sätzlich fördern. Das Engagement der gemeinnützigen Verbände bei der Weiterentwicklung
1462 digitaler Beteiligungsmöglichkeiten wollen wir stärken.

1463 **Ländliche Räume sind Zukunftsräume**

1464 Schleswig-Holsteins ländliche Räume haben eine hohe Lebensqualität. Die Zufriedenheit der
1465 Menschen mit ihrem Lebensumfeld ist überdurchschnittlich hoch. In vielen Kommunen in
1466 Schleswig-Holstein gestalten die Menschen vor Ort das Leben und ihre gemeinsamen Aktivi-
1467 täten miteinander; Im Sportverein, bei der Feuerwehr oder im Dorfkrug.

1468 Seit vielen Jahren stehen die ländlichen Räume vor großen demografischen Herausforde-
1469 rungen. Diese betreffen die Kommunen in den ländlichen Räumen in besonderer Weise. Die
1470 Sicherung der Grundversorgungen vor Ort, der dauerhafte Schutz natürlicher Lebensräume
1471 sowie die nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Infrastruktur sind nur einige Heraus-
1472 forderungen.

1473 Ländliche Räume sind Zukunftsräume. Wir wollen den erforderlichen Wandel als Chance
1474 begreifen und die Menschen bei den notwendigen Veränderungen unterstützen. Schleswig-
1475 Holstein ist nur mit starken ländlichen Räumen, die von und mit den Bürger*innen gestaltet
1476 werden, ein starkes und erfolgreiches Land. Deshalb wird die SPD mit den Menschen noch
1477 besser ins Gespräch kommen, ihre Anregungen, Sorgen und Wünsche aufgreifen und ge-
1478 meinsam Lösungen entwickeln.

1479 Wir werden mit Unterstützung durch die EU und den Bund ein Programm „Zukunftsregionen“
1480 auf die Beine stellen. Hier können sich Kreise/ kreisfreie Städte zusammenschließen und
1481 gemeinsam Zukunftsprojekte in den folgenden Bereichen auf den Weg bringen: Innovation
1482 und Gründung, Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft, Gesundheit und Pflege, Chancengleich-
1483 heit und Bildung, Biologische Vielfalt und Tourismus.

1484 Für die Zukunft der Ländlichen Räume sind sichere Strukturen für die Vereinbarkeit von Fa-
1485 milie und Beruf von besonderer Bedeutung. Menschen ziehen in die ländlichen Regionen,
1486 weil die Digitalisierung neue Arbeitsformen eröffnet. Damit das gelingt, muss das Angebot in
1487 der Kindertagespflege, Kindertagesstätte, in Ganztagschulen und auch in der Tagespflege
1488 erreichbar und ausreichend sein.

1489 **Medizinische Infrastruktur**

1490 Eine gute medizinische Versorgung vor Ort ist unabdingbar. Wir entwickeln Konzepte, um
1491 die ärztliche Tätigkeit auf dem Land für junge Mediziner*innen attraktiver gestalten zu kön-
1492 nen. Die Rolle der Pflege in der Primärversorgung werden wir stärken. Darüber hinaus ma-
1493 chen wir mit der Vor-Ort-für-Dich-Kraft ein Angebot, das die Quartiers- und Dorfentwicklung
1494 stärken wird.

1495 Unser Ziel ist, dass Menschen auch mit zunehmendem Pflegebedarf im gewohnten Lebens-
1496 umfeld leben können. In vielen Regionen werden wir nicht mehr die gleiche Dichte an Haus-
1497 arztpraxen haben wie bisher. Deshalb streben wir eine bessere Vernetzung der medizini-
1498 schen Angebote an. In Versorgungszentren wird die hausärztlichen Versorgung ergänzt
1499 durch ambulante Pflegedienste und die Organisation von haushaltsnahen Dienstleistungen.
1500 Der Einsatz von E-Health und Telemedizin bietet zusätzliche Sicherheit.

1501 Wir wollen gleiche Lebensverhältnisse im ganzen Land. Deshalb müssen alle Bürger*innen
1502 medizinische Versorgung, Einkaufsmöglichkeiten und kulturelle Einrichtungen gut erreichen

1503 können. Dazu tragen bereits heute die Aktivregionen bei, deren wertvolle Arbeit wir weiter
1504 unterstützen werden.

1505 **Mobilität**

1506 Unsere Aufmerksamkeit gilt dem richtigen Instrumentenmix aus Bus und Bahn, Radverkehr
1507 und Elektromobilität im ländlichen Raum. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung und die
1508 Verknüpfung verschiedener Mobilitätsformen nutzen, um bezahlbare und nutzerfreundliche
1509 Mobilität zu gestalten. Wir werden Modelle unterstützen, um moderne Steuerung via Smart-
1510 phone und Software mit Taxidiensten so zu verbinden, dass Menschen mobil sein können.

1511 Wir wissen, dass auch auf längere Zeit viele Menschen, vor allem in Randzeiten, insbeson-
1512 dere im ländlichen Raum auf ein Auto angewiesen sein werden. Damit wir unsere Klimaziele
1513 erreichen, müssen wir diesen Individualverkehr elektrifizieren. Ein wichtiger Baustein auf
1514 diesem Wege ist ein flächendeckendes Angebot an E-Ladesäulen. Die Ladeinfrastruktur ge-
1515 hört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Daher sehen wir das Land in der Verantwortung, ein
1516 flächendeckendes Netz von E-Ladesäulen zusammen mit der Wirtschaft sicherzustellen.

1517 **Digitale Bürgerdienste und Infrastruktur**

1518 Die Lebensqualität und Standortattraktivität des ländlichen Raums werden wir durch ein be-
1519 darfsorientiertes Angebot digitaler Bürgerservices steigern. Auf diese Weise werden wir die
1520 Teilhabe der Bürger*innen am gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen
1521 Leben wirksam verbessern.

1522 Ohne schnelles Internet geht heute nichts mehr. Digitale Infrastruktur ist für uns eine wichtige
1523 Aufgabe der Daseinsvorsorge. Dort wo es der Markt nicht regelt, werden wir gemeinsam mit
1524 den Kommunen in digitale Infrastruktur investieren und flächendeckend Glasfaser, 5G und
1525 kostenfreies WLAN etablieren. So sichern wir digitale Teilhabe in ganz Schleswig-Holstein.

1526 **Schulen**

1527 Kurze Beine brauchen kurze Wege. Schulen sind ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseins-
1528 vorsorge in den ländlichen Räumen. Zum Erhalt von Grundschulen unterstützen wir auch
1529 weiterhin Kooperationen und innovative Konzepte wie die digitale Zusammenarbeit verschie-
1530 dener Schulen.

1531 **Naturschutz und Kulturlandschaft**

1532 Unsere ländlichen Räume sind geprägt durch beeindruckende Naturräume und eine ge-
1533 wachsene Kulturlandschaft. Schutz und Erhalt dieses Erbes ist von besonderer Bedeutung.
1534 Die Artenvielfalt in der Kulturlandschaft und auch in den ländlichen Siedlungsstrukturen ist in
1535 Gefahr. Wir wollen mit einer nachhaltigen Landwirtschaft, die ökologisch verträglich, sozial
1536 gerecht, ökonomisch rentabel und am Tierwohl orientiert ist, gemeinsam mit den landwirt-
1537 schaftlichen Familienbetrieben dafür sorgen, dass die Biodiversität in der Kulturlandschaft
1538 wieder reicher wird, die Gewässer geschützt sind, die Landschaft reich strukturiert ist und
1539 nachhaltige, regionale Lebensmittel produziert werden. Aktiver Klima- und Naturschutz geht
1540 uns alle an, auch in den ländlichen Räumen. Die Landwirtschaft wird ihren Beitrag leisten.
1541 Erneuerbare Energien werden das Landschaftsbild in Teilen des Landes ändern. Das sind
1542 die Zeichen dieser Zeit. Wir werden gemeinsam mit den Menschen vor Ort dafür sorgen,

1543 dass das gelingt – Klima- und Naturschutz, erneuerbare Energien und nachhaltige Landwirt-
1544 schaft sind kein Gegensatz, sondern die Zukunft in Schleswig-Holstein.

1545

1546 **Die Vor-Ort-für-Dich-Kraft kümmert sich dauerhaft als Teil der Ge-** 1547 **meinschaft vor Ort**

1548 Immer häufiger stellen wir fest: Staatliche und gesellschaftliche Unterstützung erreichen
1549 Menschen oft nicht oder zu spät, weil die Hürden zu groß und Angebote vor Ort nur schwer
1550 erreichbar sind. Die konkreten Bedürfnisse lassen sich in der Praxis nicht einfach einer Hilfe-
1551 form zuordnen. Viel zu häufig fühlen sich Menschen mit ihren Problemen vom Staat allein
1552 gelassen oder haben nicht die Kraft, hohe bürokratische Hürden zu überwinden. Dem wer-
1553 den wir mit der neuen Vor-Ort-für-Dich-Kraft entgegenwirken.

1554 Die Vor-Ort-für-Dich-Kraft schließt Angebotslücken zwischen gesundheitlicher, pflegerischer
1555 und sozialer Unterstützung. Die Vor-Ort-für-Dich-Kraft ist immer vor Ort und im Dorf oder
1556 Quartier mit den Menschen bekannt. Sie ist in Kontakt und sucht die Menschen auf. Sie leis-
1557 tet mit präventiven Hausbesuchen aufsuchende Hilfe mit dem Ziel, dass beispielsweise Se-
1558 nior*innen möglichst lange sozial integriert in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können.
1559 So kann sie den Alltag für Menschen mit Behinderung, Pflegebedürftige, werdende Eltern,
1560 Familien, Säuglinge, Kinder oder Jugendliche erleichtern.

1561 Wir wissen, dass viele dieser angebotenen Leistungen bereits vorhanden sind. Die Vor-Ort-
1562 für-Dich-Kraft wird jedoch medizinische, pflegerische und soziale Leistungen gebündelt und
1563 präventiv systemübergreifend anbieten können. Unser Ziel ist es, die verschiedenen Hilfe-
1564 systeme so zu nutzen, dass die Finanzierung der Vor-Ort-für-Dich-Kraft aus bestehenden
1565 Leistungen systemübergreifend sichergestellt werden kann. Diejenigen Menschen, die als
1566 Vor-Ort-für-Dich-Kraft in Schleswig-Holstein unterwegs sein werden, arbeiten bereits jetzt am
1567 Menschen: Es sind die ambulanten Pflegefachkräfte, denen wir ein Weiterbildungsangebot
1568 im pädagogischen Bereich machen, es sind jene in der Sozialen Arbeit, die sich medizinisch
1569 weiterbilden, oder die Fachkräfte aus der Krankenpflege, die pädagogische Weiterbildungen
1570 abgeschlossen haben.

1571 Unser Ziel ist es, eine Vor-Ort-für-Dich-Kraft in jede Gemeinde und jedes Quartier zu brin-
1572 gen. Diese werden als Teams auf kommunaler bzw. Amtsebene zusammenarbeiten, um die
1573 Interdisziplinarität sicherzustellen. Das Umsetzungskonzept werden wir gemeinsam mit den
1574 Trägern entwickeln. Ehrenamtliches Engagement ist für uns von besonderer Bedeutung.
1575 Bestehende Strukturen sowie Netzwerke werden unterstützt und eingebunden.

1576 **Gesundheit wird keine Ware mehr sein**

1577 Demografischer Wandel, Fachkräftemangel, Digitalisierung, medizintechnische Weiterent-
1578 wicklung, Ambulantisierung und Spezialisierung haben die Rahmenbedingungen verändert.
1579 Diese Veränderungen der vergangenen 15 Jahre sind so stark, dass eine grundsätzliche,
1580 strategische und strukturelle Neuausrichtung der gesamten Gesundheitsinfrastruktur in
1581 Schleswig-Holstein erforderlich ist. Die Corona-Pandemie hat verdeutlicht, dass unser Ge-
1582 sundheitssystem auch auf Krisenfestigkeit und Resilienz (Anpassungsfähigkeit) ausgelegt
1583 sein muss. Wir brauchen jederzeit leistungsstarke Strukturen, die nicht zu stark ausgedünnt

1584 oder auf reine Kosteneffizienz getrimmt werden. Die Gesundheit der Menschen ist keine Wa-
1585 re. Sie darf nicht nach der Logik von Gewinn und Verlust organisiert werden. All diejenigen
1586 Menschen, die für unsere Gesundheit arbeiten, müssen anständig bezahlt werden und ihre
1587 Arbeitsbedingungen den Kriterien guter Arbeit entsprechen. Beides kostet Geld, das wir als
1588 Gesellschaft investieren müssen.

1589 Daher wollen wir mit allen Akteur*innen eine Gesundheitsversorgungs- und Präventionsstra-
1590 tegie entwickeln, die den Bedürfnissen unserer Gesellschaft gerecht wird.

1591 Wichtige Punkte werden sein:

1592 **Strukturen stärken**

1593 Regionaldifferenzierte Ansätze und Organisationsformen wie Gesundheitszentren oder Ärz-
1594 tegenossenschaften halten wir für richtig. Unser Ziel: In jedem Kreis gibt es im Jahr 2030
1595 Versorgungszentren, die den Menschen ein umfassendes allgemeinmedizinisches Angebot
1596 sichern. Auch häufig konsultierte Fachärzt*innen können sich mit den Versorgungszentren in
1597 der Fläche ansiedeln. Dazu gehören Initiativen zur konkreten Vernetzung von Krankenhäu-
1598 sern, um auch künftig in den ländlichen Räumen Schleswig-Holsteins Expertenwissen zu
1599 erhalten sowie gute Bedingungen für ärztliche Fortbildungen zu sichern.

1600 Wir werden die Digitalisierung im Gesundheitswesen beschleunigen. Dazu gehören Tele-
1601 sprechstunden, Videosprechstunden, Notfallversorgung durch Notfallsanitäter*innen mit ärzt-
1602 licher Fernunterstützung, elektronische Patientenakten und elektronische Impfnachweise.
1603 Wir wissen: Dies kann die strukturelle Versorgung ergänzen und verbessern, jedoch nicht
1604 vollumfänglich ersetzen. Wir unterstützen das Konzept der First Responder als wichtige Er-
1605 gänzung der Rettungskette.

1606 Wir werden die Modernisierung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein als unserem
1607 einzigen medizinischen Maximalversorger sowie als Lehr- und Forschungsklinikum an den
1608 Standorten Kiel und Lübeck weiter bestmöglich unterstützen.

1609 Insbesondere Schleswig-Holsteins kommunale Kliniken leisten einen wichtigen Beitrag zur
1610 hochwertigen und zugleich wohnortnahen Versorgung der Bevölkerung. Wir befördern eine
1611 gut aufeinander abgestimmte Entwicklung der einzelnen Klinikstandorte und eine stärkere
1612 Vernetzung untereinander sowie mit dem Universitätsklinikum Schleswig-Holstein. Kleinere
1613 Kliniken spielen eine besonders wichtige Rolle bei der wohnortnahen Grundversorgung. Die-
1614 sen Kliniken wollen wir eine Perspektive geben, sich zu regional ausgerichteten Gesundheit-
1615 szentren zu entwickeln, in denen die stationäre Grundversorgung mit ambulanten Angeboten
1616 und pflegerischen Angeboten verzahnt werden.

1617 Für uns ist es wichtig, dass wir wohnortnah sowohl ambulante als auch stationäre Angebote
1618 für medizinische Versorgung aber auch Geburtshilfen haben. Im Speziellen werden wir daher
1619 Lösungen für Inseln und Halligen erarbeiten. Wir werden die Begleitung der Arbeit von Heb-
1620 ammen in Krankenhäusern sicherstellen und auch den Krankentransport mitdenken. Die
1621 Angebote in der vorgeburtlichen Unterkunft müssen wir bedarfsgerecht ausbauen und allen
1622 Familien rechtzeitig zur Verfügung stellen. Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau des
1623 Netzwerkes "Frühe Hilfen" ein sowie die Förderung der darin beschäftigten Fachkräfte.

1624

1625 **Fachkräftemangel entgegenwirken**

1626 Bei der Sicherung der ambulanten Gesundheitsversorgung in Schleswig-Holstein stehen wir
1627 vor großen Herausforderungen. Der demografische Wandel macht auch vor der Ärzteschaft
1628 nicht halt. In den nächsten Jahren müssen viele Praxen neu besetzt werden. Gleichzeitig
1629 verdienen auch sie moderne Arbeitszeitmodelle. Wir werden daher den Masterplan Medizin-
1630 studium 2020 umsetzen.

1631 Zudem werden wir nach bayerischem Vorbild Studienplätze für Studienbewerbende reservie-
1632 ren, die kein Spitzenabitur haben und sich zu einer zehnjährigen Arbeit als Landärzt*innen
1633 verpflichten. Zu unserer Landarztzoffensive gehört auch die Schaffung weiterer Studienplätze
1634 in Humanmedizin. Wir werden deren Vergabe nach einem von der Abiturnote unabhängig
1635 zugänglichen und wiederholbaren Studierfähigkeitstest prüfen, wie es in Österreich seit vie-
1636 len Jahren bewährt ist. Andernfalls sollen diese zusätzlichen Plätze ebenfalls nach der
1637 Landärztequote vergeben werden.

1638 Im Bereich der sozialen Berufe herrscht bereits jetzt ein eklatanter Fachkräftemangel. Die
1639 Fachkräfteprojektion 2035 im Rahmen der Fachkräfteinitiative zeigt, dass besonders die so-
1640 zialen Berufsgruppen der Kranken- und Altenpflege, Erziehung, Sozialarbeit, Heilerzie-
1641 hungspflege, Geburtshilfe und im Rettungsdienst die größte durch die Demografie verur-
1642 sachte Fachkräftelücke im Jahr 2035 aufweisen. Um dem entgegenzuwirken, haben wir die
1643 Einführung einer guten Ausbildungsvergütung für alle nicht akademischen Ausbildungsberu-
1644 fe im sozialen Bereich als Ziel. Dies wollen wir über eine stärkere Tarifbindung und Sozial-
1645 partnerschaft erreichen. Wir streben allgemeinverbindliche Tarifverträge im Gesundheits-
1646 und Sozialwesen (Sozialtarifvertrag) an und appellieren an die Tarifvertragsparteien, sich
1647 weiter für Branchen- und Tarifstrukturen einzusetzen. Außerdem forcieren wir die Stärkung
1648 des Berufsbildungsgesetzes in den sozialen Berufsgruppen. Ebenso setzen wir uns für glei-
1649 che Bezahlung von Fachkräften mit einer Fachweiterbildung und vergleichbaren oder glei-
1650 chen Tätigkeiten ein, auch bei unterschiedlichen Ausgangsberufen.

1651 **Solidarische Gesundheitspolitik**

1652 Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem braucht eine stabile und solidarische Finanzierung.
1653 Die Finanzierung von Investitionen in Bauten und Ausrüstung der Krankenhäuser durch öf-
1654 fentliche Mittel werden wir sichern. Ebenso ist das System der Fallpauschalen bei der Ab-
1655 rechnung von Leistungen zu reformieren und an den tatsächlichen Kosten auszurichten.

1656 Eine Reform der Krankenhausfinanzierung braucht einen langen Atem. Umso wichtiger ist
1657 es, dass kurzfristig rechtliche und finanzielle Voraussetzungen geschaffen werden, um
1658 Schleswig-Holstein Modellversuche zu ermöglichen. Diese braucht es dringend in besonders
1659 sensiblen Versorgungsbereichen, wie z. B. der Kinder- u. Jugendmedizin sowie an Kranken-
1660 häusern, um sektorenübergreifende Versorgungsangebote zu ermöglichen, die eine ambu-
1661 lante, tagesklinische und stationäre Versorgung innerhalb einer Struktur ermöglichen. Zur
1662 Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum muss eine bedarfsgerechte Grundfinan-
1663 zierung der Vorhaltekosten von Kliniken erfolgen, die im bisherigen System der Fallpauscha-
1664 len strukturell benachteiligt, aber für die Versorgung der Bevölkerung existentiell sind. Wir
1665 erwarten vom Bund im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin und Kinder- und Jugendpsy-
1666 chiatry noch im Jahr 2022 Modellversuche zu ermöglichen, die die rechtlichen und finanziel-

1667 len Voraussetzungen schaffen, um ambulante, tagesklinische und stationäre Versorgung im
1668 Krankenhaus anzubieten.

1669 Unser Ziel ist, wieder mehr Krankenhäuser in öffentlicher oder kommunaler Trägerschaft zu
1670 führen. Darum werden wir Kommunen unterstützen, die den Weg der Rekommunalisierung
1671 gehen wollen. Wir prüfen in der anstehenden Legislaturperiode die Rückübernahme der
1672 ehemaligen Landeskrankenhäuser für Psychiatrie bzw. Forensik, insbesondere mit Blick auf
1673 die Verantwortung des Maßregelvollzugs durch private Träger.

1674 In Deutschland ist fast jedes zehnte Paar zwischen 25 und 59 Jahren ungewollt kinderlos.
1675 Wir wollen ihnen die notwendige medizinische Hilfe ermöglichen. Die kostenintensiven Be-
1676 handlungen übernehmen die Krankenkassen jedoch nur anteilig. Wir werden deshalb der
1677 Bundesinitiative „Hilfe und Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit“ beitreten. Diese
1678 Förderung fordern wir auch für nichteheliche sowie gleichgeschlechtliche Paare und Allein-
1679 stehende ein.

1680 Ungewollt Schwangere, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, brauchen
1681 Zugang zu Informationen und eine gute, wohnortnahe medizinische Versorgung – das gilt
1682 ambulant wie stationär – sowie eine objektive Schwangerschaftskonfliktberatung. Darüber
1683 hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass allen Menschen, kostenfreie Verhütungsmittel
1684 zur Verfügung gestellt werden.

1685 Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau der wohnortnahen und niedrigschwelligen ge-
1686 burtshilflichen Versorgung und Nachsorge ein, um Eltern und Neugeborenen einen guten
1687 Start ins Leben zu ermöglichen. Dabei spielt insbesondere die Hebammenversorgung im
1688 klinischen und außerklinischen Kontext eine große Rolle. Die Wahlfreiheit des Geburtsortes
1689 muss erhalten bleiben. Wir wollen, neben dem Erhalt von Geburtsstationen im ländlichen wie
1690 auch im städtischen Raum, hebammengeleitete Kreißsäle fördern sowie auch die Gründung
1691 und Ansiedlung von Hebammenpraxen, hebammengeleiteten Ambulanzen und freiberuflich
1692 tätigen Hebammen unterstützen. Auch die Kapazitäten zur Ausbildung von Hebammen müs-
1693 sen erhöht werden. Als Ergänzung, nicht aber als Ersatz zur klinischen Geburtshilfe, sollen
1694 zusätzliche außerklinische Geburtsangebote wie beispielsweise Geburtshäuser geschaffen
1695 werden.

1696 Menschen mit psychischen Erkrankungen müssen besseren Zugang zu Therapien erhalten.
1697 Wir werden uns insbesondere für bessere Angebote im Bereich der Kinder- und Jugendpsy-
1698 chiatrischen Versorgung einsetzen. Das Modell der erfolgreichen „Regionalbudgets“ wollen
1699 wir auch für den Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie ausweiten. Der Ausbau der
1700 Struktur der Tageskliniken war richtig. Das gilt sowohl für stationäre als auch ambulante The-
1701 rapien. Darüber hinaus werden wir uns verstärkt für die Aufklärung psychischer Krankheits-
1702 bilder einsetzen und so deren Stigmatisierung entgegenwirken. Denn psychische Gesundheit
1703 darf kein Tabuthema sein! Auch in der Schule haben viele Schüler*innen psychische Prob-
1704 leme oder Erkrankungen, die sie in ihrem Alltag behindern. Wir setzen uns ein für regelmä-
1705 ßige Besuche von Schulpsycholog*innen in den Klassen zur Sensibilisierung und Prävention.
1706 Zudem auch für die Ermöglichung von Besuchen bei Schulpsycholog*innen für alle Schü-
1707 ler*innen und die Organisation von Projekttag zum Thema psychische Gesundheit.

1708 Wir wollen die Ausbildung von Psychotherapeut*innen verbessern. Des Weiteren setzen wir
1709 uns für die stärkere eigenverantwortliche Arbeit der Therapeut*innen ein, indem wir die Blan-
1710 koverordnung unterstützen.

1711 Die Prävention und Bekämpfung von Suchtkrankheiten in allen Generationen (Alkohol, Dro-
1712 gen, Spiel, Internet) muss einen höheren Stellenwert erhalten. Gerade der Spielerschutz
1713 verlangt von einer Landesregierung angesichts der Legalisierung der Online-Glücksspiele
1714 mehr Verantwortung und konkrete Hilfen für Spielsüchtige. Wir werden einen entsprechen-
1715 den Plan erarbeiten und umsetzen.

1716 Die Forschung der letzten Jahre hat gezeigt, dass insbesondere in der Medizin unterschied-
1717 liche Geschlechter bisher nicht genug berücksichtigt wurden. Das betrifft zum Beispiel die
1718 unterschiedlichen Symptome bei Erkrankungen, aber auch die unterschiedliche Wirkung von
1719 Medikamenten. Wir wollen darum zum einen das Thema Gendermedizin in der Forschung
1720 stärken. Zum anderen werden wir mit den relevanten Akteur*innen des Gesundheitswesens
1721 eine Kampagne starten, um die geschlechtsspezifischen Symptome bei Krankheiten bekann-
1722 ter zu machen und so Leben zu retten.

1723 Prävention muss einen höheren Stellenwert erhalten. Wir legen den Schwerpunkt dabei auf
1724 Maßnahmen, die bestehende Ungleichheiten der gesundheitlichen Teilhabe und unter-
1725 schiedlich ausgeprägte Gesundheitskompetenzen beseitigen. Gesundheitsplaner*innen auf
1726 kommunaler Ebene können hierbei die Aufgabe übernehmen, Bedarfe zu ermitteln und Kon-
1727 zepte zu initiieren. Dabei sind alle Lebensphasen zu berücksichtigen. Das Spektrum von
1728 Maßnahmen reicht deshalb vom Ausbau frühkindlicher Förderungsmöglichkeiten bis zur prä-
1729 ventiven Arbeit mit Senior*innen im Rahmen der Einführung der Vor-Ort-für-Dich-Kraft.

1730 Die Arbeit der Hospize findet nach wie vor in großen Teilen ehrenamtlich statt. Für eine sozi-
1731 aldemokratisch geführte Landesregierung ist es daher ein Gebot, diese Arbeit zu unterstüt-
1732 zen. So werden wir prüfen, wie wir die Kosten für die Fortbildung von ehrenamtlich Tätigen
1733 übernehmen können. Auch werden wir uns dafür einsetzen, dass wir die Hospizplätze in
1734 Schleswig-Holstein auf insgesamt 160 Plätze ausbauen. Außerdem werden wir zunächst
1735 modellhaft die Errichtung von Tageshospizen fördern, um bestehende Versorgungslücken
1736 zwischen stationären Hospizen zu schließen. Dabei ist uns wichtig, dass die ambulante, teil-
1737 stationäre und stationäre Hospizfinanzierung sichergestellt ist.

1738 **In Schleswig-Holstein kann man gut alt werden**

1739 In Schleswig-Holstein soll man gut alt werden können. Das bedeutet nicht nur eine gute me-
1740 dizinische und pflegerische Versorgung. Senior*innen stehen mitten im Leben. Wir freuen
1741 uns über eine Generation, die sich stark ehrenamtlich engagiert und die kulturelle und touris-
1742 tische Vielfalt in Schleswig-Holstein schätzt. Wir wissen, dass das ehrenamtliche Engage-
1743 ment den Kitt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellt. Gute Rahmenbedingungen
1744 für nachberufliche Bildung, Kreativität in vielen Lebensbereichen, ehrenamtliches Engage-
1745 ment in Politik und Gesellschaft: Das sind die Ziele einer modernen Politik für die ältere Ge-
1746 neration.

1747 Wir werden ihnen Unterstützung geben in Form von Bereitstellung von Räumlichkeiten und
1748 digitalem Equipment, um die Arbeit der ehrenamtlich Aktiven zu unterstützen. Damit kann
1749 auch die Tätigkeit der Vor-Ort-für-Dich-Kraft ergänzt und verstärkt werden.

1750 Aber einige benötigen auch gute Pflege, die nicht überall gewährleistet ist. Wir werden die
1751 Pflegeversorgung vor Ort umgestalten, verbessern und dabei den bewährten Grundsatz am-
1752 bulant vor stationär in den Vordergrund stellen. Ziel ist es dabei, niedrigschwellige und um-
1753 fassende Angebote wohnortnah vorzuhalten. Mit uns können sich die Schleswig-
1754 Holsteiner*innen darauf verlassen, dass sie im Krankheits- oder Pflegefall Zugang zu einer
1755 flächendeckenden Notfallversorgung sowie zu spitzenmedizinischen Leistungen haben –
1756 egal ob es sich dabei um ambulante Versorgung handelt oder nicht.

1757 Auf dieser Basis wollen wir auch das Angebot eines „präventiven Hausbesuchs“ für Seni-
1758 or*innen ab 75 Jahren in Schleswig-Holstein gemeinsam mit Kommunen und den Pflegekas-
1759 sen einführen. Der „präventive Hausbesuch“ soll die vorsorgende Beratung der Senior*innen
1760 z. B. im Hinblick auf die altersgerechte Ausstattung der Wohnung, auf Präventions- und
1761 Hilfsangebote, Nachbarschaftsaktivitäten sowie zum Thema Pflegebedürftigkeit beinhalten.
1762 Ziel ist es, dass ältere Menschen länger in ihrer Wohnung leben können, die Teilhabechan-
1763 cen zu verbessern und der Pflegebedürftigkeit vorzubeugen. Dieses Angebot wird auch Teil
1764 der Vor-Ort-für-Dich-Kraft sein.

1765 Angesichts des demografischen Wandels ist es eine der großen Herausforderungen, überall
1766 in Schleswig-Holstein eine gute Gesundheits- und Pflegeversorgung zu gewährleisten. Wir
1767 werden regionale Gesundheits- und Pflegekonferenzen sowie eine Landesgesundheits- und
1768 Pflegekonferenz ausrichten, um eine bessere Planung zu gewährleisten. Hieran werden wir
1769 die Bevölkerung vor Ort und alle relevanten Akteur*innen im Gesundheitswesen beteiligen.

1770 Wir werden in Anbetracht stark steigender Zahlen von Menschen mit Behinderungen im Alter
1771 die daraus folgenden Bedarfe für die stationäre Eingliederungshilfe in den Blick nehmen und
1772 gemeinsam mit den Leistungserbringern Lösungen erarbeiten, damit würdevolles Altern in
1773 Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen auch in Zukunft möglich ist.

1774 Wir wollen die Kurzzeitpflege und die Angebote zur Tagespflege ausweiten. Wir werden An-
1775 gebote für solitäre Kurzzeitpflege endlich auf- sowie die Tages- und Nachtpflege ausbauen.
1776 Dies führt zur Entlastung für pflegende Angehörige – insbesondere dann, wenn ein bedarfs-
1777 gerechtes und wohnortnahes Angebot sichergestellt wird. Dafür benötigen wir auch mehr
1778 Pflegestützpunkte.

1779 Eine besondere Herausforderung ist die Pflege von Menschen, die an Demenz erkranken.
1780 Sie selbst, aber auch ihre Angehörigen brauchen unsere Unterstützung in Form konkreter
1781 Anlaufstellen. Dafür werden wir den Demenzplan wieder in den Fokus rücken und weiterent-
1782 wickeln.

1783 Wir unterstützen die Arbeit der landesweit flächendeckenden trägerunabhängigen Pflege-
1784 stützpunkte, damit Pflegebedürftige und deren Angehörige individuell passende Pflegemaß-
1785 nahmen erhalten. Um die Zahl der ungeklärten Pflegesituationen zu minimieren, wollen wir
1786 das Angebot des Pflegenottelefons erweitern, das auch für Menschen mit Behinderungen
1787 barrierefrei erreichbar ist.

1788 Wir werden die wichtige Arbeit der Koordinationsstelle für innovative Wohn- und Pflegefor-
1789 men im Alter (KIWA) weiter fördern. Denn uns Sozialdemokrat*innen liegt der Ansatz sozial-
1790 raumorientierter Pflegeangebote am Herzen.

1791 **Unsere Gesellschaft wird immer inklusiver**

1792 In einigen Bereichen der Inklusion ist Schleswig-Holstein durch die Arbeit der Küstenkoalition
1793 bereits ganz vorne. So haben wir beispielsweise im Vergleich der Flächenländer die höchste
1794 Inklusionsquote in den Schulen. Dies wollen wir auch für eine zukünftige inklusive KiTa errei-
1795 chen. Dies ist die Grundlage für weitere Schritte in eine inklusive Gesellschaft. Wir wollen
1796 weitere Schritte in eine inklusive Gesellschaft gehen. Dabei leitet uns das Motto: Nicht ohne
1797 uns über uns! Wir werden im Sinne der UN-Behindertenrechtskonventionen den entspre-
1798 chenden Landesaktionsplan konsequent weiterentwickeln und den Fonds für Barrierefreiheit
1799 fortführen.

1800 Wir wollen, dass Schleswig-Holstein die volle Realisierung der Menschenrechte und Grund-
1801 freiheiten für alle Menschen mit Behinderung ohne jede Diskriminierung gewährleistet. Dazu
1802 werden wir sämtliche notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen auf den Weg bringen,
1803 um Menschen mit Behinderung vor Diskriminierungen zu schützen. Darüber hinaus werden
1804 wir die Bedürfnisse und Sichtweisen von Menschen mit Behinderung in Programmen und
1805 politischen Konzepten einbinden.

1806 Wir wissen, dass es auch bei uns ineinandergreifende Mehrfachdiskriminierung gibt. Bei-
1807 spielsweise werden Mädchen und Frauen mit Behinderung nicht nur wegen dieser diskrimi-
1808 niert, sondern auch aufgrund ihres Geschlechts. Dies führt zu einer eigenen Form von Dis-
1809 kriminierung. Daher müssen wir hier gesonderte Maßnahmen ergreifen, um diesen Men-
1810 schen zu helfen.

1811 Wir werden dafür sorgen, dass das tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behin-
1812 derung immer mehr zu einer Selbstverständlichkeit wird. Wir werden die Qualität der Inklusi-
1813 on in den Schulen weiter verbessern; dazu gehören die Verbesserung, Verzahnung und der
1814 Ausbau der Schulbegleitung, der Schulassistenz und der Schulsozialarbeit von der KiTa über
1815 die Schule bis zu Ausbildung oder Studium. Alle Bildungseinrichtungen müssen barrierefrei
1816 werden.

1817 Damit Inklusion von Anfang an selbstverständlich ist, brauchen wir auch inklusive Freizeitan-
1818 gebote für Kinder und Jugendliche. Dafür investieren wir in barrierefreie Jugendeinrichtungen
1819 und sorgen dafür, dass inklusive Freizeitangebote nicht an fehlender Finanzierung scheitern.

1820 Menschen mit Behinderung haben das Recht auf Teilhabe am Arbeitsleben. Wir wollen auch
1821 die Potenziale der Menschen mit Behinderung für den Arbeitsmarkt erschließen. Dazu gehört
1822 die Entlohnung von Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen zu erhöhen.
1823 Ebenfalls bedarf es Ausbildungsplätzen, einer gezielten Qualifikation der Betroffenen und
1824 einer Unterstützung der Arbeitgeber*innen, um qualifizierte Arbeitsplätze für Menschen mit
1825 Behinderung zu schaffen. Ziel ist, wo immer es möglich ist, Teilhabe auf dem ersten Ar-
1826beitsmarkt. Noch immer sind zu wenige Menschen mit Behinderung in den Unternehmen
1827 unseres Landes beschäftigt. Unser Ziel ist es daher, die Beschäftigungsquote von Menschen
1828 mit Behinderung weiter zu erhöhen. Dazu muss auch die Arbeit von Integrationsbetrieben
1829 unterstützt werden.

1830 Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf Teilhabe in allen Lebensbereichen. Uns ist
1831 bewusst, dass für viele Bereiche Unterstützungsmaßnahmen zur Beseitigung der Barrieren
1832 fehlen. So benötigen Menschen mit Hörbehinderung eine geregelte Kostenübernahme für

1833 Dolmetscher*innen für Deutsch und Deutsche Gebärdensprache zur Teilhabe in allen Le-
1834 bensbereichen. Wir setzen uns außerdem dafür ein, die Anzahl an barrierefreien Wahlloka-
1835 len zu erhöhen.

1836 **Die Gemeinschaft wird solidarisch organisiert**

1837 Wir wissen, dass die solidarische Organisation unserer Gesellschaft auch das Leben des
1838 Einzelnen verbessert. Deswegen werden wir Ansätze fördern, die in diesem Sinne das Le-
1839 ben der Menschen in Schleswig-Holstein besser machen.

1840 Im Rahmen eines Landesaktionsplans werden wir uns für Kommunen einsetzen, die gezielt
1841 bei der Armutsbekämpfung unterstützen. Darüber hinaus werden wir in jeder Legislaturperi-
1842 ode einen Armuts- und Reichtumsbericht für das Land Schleswig-Holstein vorlegen. Dabei
1843 richten wir besonderen Fokus auf die Bekämpfung von Kinder- und Altersarmut.

1844 Die Bekämpfung von Armut ist eine weltweite Aufgabe, die wir aber auch auf Landesebene
1845 wahrnehmen. Wir unterstützen die Bildungsarbeit des Bündnisses Eine Welt ebenso wie die
1846 von Städte- und Schulpartnerschaften, Verbände- und Wirtschaftspartnerschaften mit Part-
1847 ner*innen in Ländern des Globalen Südens. Wir verstehen Bildung für nachhaltige Entwick-
1848 lung als eine generationsübergreifende Aufgabe basierend auf einer ressortübergreifenden
1849 Landesstrategie.

1850 Viele Schleswig-Holsteiner*innen engagieren sich ehrenamtlich. Als Land müssen wir dafür
1851 sorgen, dass ihr Engagement zielgerichtet und selbstwirksam stattfinden kann. Dafür werden
1852 wir einen Digitalpakt für das Ehrenamt initiieren und die Verbände unterstützen, die Ehren-
1853 amtlichen für ihr Engagement zu stärken.

1854 Digitale Teilhabe stellt auch im Ehrenamt eine Zukunftsaufgabe dar. Die Digitalisierung des
1855 bürgerschaftlichen Engagements kann dazu beitragen, Engagement und Ehrenamt zu ver-
1856 einfachen, zu verbinden und Innovation zu fördern. Hierzu gehören beispielsweise kostenlo-
1857 se digitale Angebote mit einfach nutzbarer Software als Open Source, um den Vereinen digi-
1858 tale Lösungen für ihre Arbeit vor Ort zur Verfügung zu stellen. Wir unterstützen Vereine und
1859 Verbände dabei, die während der Corona-Zeit aufgebaute digitale Infrastruktur langfristig zu
1860 erhalten.

1861 Über 50.000 Menschen engagieren sich in Schleswig-Holstein in Freiwilligen Feuerwehren.
1862 Damit setzen sie sich solidarisch für die Gemeinschaft ein. Sie leisten in Zusammenarbeit mit
1863 den beruflichen Feuerwehren viele unverzichtbare Aufgaben. Ihre Arbeit werden wir weiter-
1864 hin unterstützen.

1865 In der Küstenkoalition haben wir die Ehrenamtskarte eingeführt, denn es ist die gemeinnützi-
1866 ge Arbeit der Ehrenamtlichen, die Anerkennung verdient. Wir wollen die Ehrenamtskarte in
1867 einem weiteren Schritt nun digitalisieren und sie weiter ausbauen. Wir fördern auch die Wei-
1868 terentwicklung der bundeseinheitlichen Karte für ausgebildete Jugendleiter*innen (Juleica) in
1869 Schleswig-Holstein, indem wir die digitale Beantragung von Freistellung/Verdienstausschluss
1870 ermöglichen.

1871 Freiwilligendienste sind ein großartiges Angebot für die persönliche Entwicklung. Wir wollen
1872 junge Menschen auch weiterhin in ihrem Engagement unterstützen. Das Freiwillige Soziale
1873 Jahr (FSJ), das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ), des Freiwillige Politische Jahr (FPJ), der

1874 Bundesfreiwilligendienst und der Europäische Freiwilligendienst (EFD) stehen für uns gleich-
1875 berechtigt nebeneinander.

1876 Damit die Freiwilligenarbeit noch besser wertgeschätzt wird, setzen wir uns für eine höhere
1877 finanzielle Anerkennung derselben ein.

1878 Ebenfalls wichtig ist uns

- 1879 • eine digitale Plattform, die vom Land finanziert wird,
- 1880 • die Anhebung der Landesförderung,
- 1881 • der Ausbau von Ermäßigungen im Öffentlichen Nahverkehr, in Schwimmhallen, Mu-
1882 seen und Kinos (analog zu Schüler*innen und Auszubildenden),
- 1883 • die Öffnung des neuen Jobtickets von NAH.SH für Freiwillige,
- 1884 • die einheitliche Anerkennungspraxis der Dienste durch die Hochschulen.

1885 **Wir werden das kinder- und jugendfreundlichste Bundesland**

1886 Kinder- und jugendfreundlich heißt für uns: Eltern, Familien, Staat und Gesellschaft sorgen
1887 gemeinsam dafür, dass jedes Kind und jeder Jugendliche gut und geborgen aufwachsen
1888 kann. Jedes Kind und alle Jugendlichen sollen unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen
1889 Chancen haben, das Bestmögliche aus ihrem Leben zu machen. Jedes Kind ist uns gleich
1890 viel wert! So beugen wir sozialer Spaltung vor und sorgen für sozialen Zusammenhalt von
1891 Anfang an.

1892 Schleswig-Holstein ist das einzige Bundesland im Norden, das keine Gebührenfreiheit in
1893 Krippen, KiTas und der Kindertagespflege hat. Eine gute Kinderbetreuung ist aber eine ge-
1894 samtgesellschaftliche Aufgabe. Wichtigstes Ziel einer sozialdemokratischen Landesregie-
1895 rung ist deshalb, auch in Schleswig-Holstein die KiTa für Familien schrittweise beitragsfrei zu
1896 machen. Dies ist in anderen sozialdemokratisch regierten Bundesländern bereits der Fall.
1897 Damit fördern wir einen guten Start für alle Kinder und ihre Eltern. Flankieren werden wir
1898 diese Maßnahme durch eine Fachkräfte- und KiTa-Platz-Offensive.

1899 Die Fortschritte der Digitalisierung sollen sich auch auf das Leben von Kindern und Familien
1900 auswirken. Wir entwickeln daher eine App, die alle staatlichen Leistungen für Familien bün-
1901 delt und einfacher abrufbar macht. Darüber hinaus können auf dieser App auch alle Kultur-
1902 und Sporteinrichtungen digitale Gutscheine anbieten. So sieht jedes Kind in Schleswig-
1903 Holstein auf einen Blick, welche Freizeitangebote es wahrnehmen kann.

1904 Die Angebote der über 30 Familienbildungsstätten und über 100 Familienzentren in Schles-
1905 wig-Holstein werden wir weiter fördern und bedarfsgerecht ausbauen. Denn eine gute Bil-
1906 dung braucht eine gute Bindung; diese Einrichtungen stärken die Familien dabei schon vor
1907 der Krippe.

1908 Die SPD hat im Bund durchgesetzt, dass Kinder, die 2026 eingeschult werden, einen gesetz-
1909 lichen Anspruch auf ganztägige Schulbildung haben. Als Land werden wir diesen umsetzen
1910 und dabei insbesondere die Ziele der Beitragsfreiheit und hoher Qualitätsstandards im Blick
1911 behalten.

1912 Damit Kinder alle Chancen haben, unterstützen wir von Anfang an. Wir werden die frühen
1913 Hilfen verbessern und bereits Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern Angebote machen. Her-
1914 kunft darf kein soziales Schicksal sein.

1915 Musik überwindet sprachliche und kulturelle Grenzen. Sie wirkt förderlich auf die Entwicklung
1916 von Kindern und Jugendlichen. Deshalb wollen wir jedem Kind die Möglichkeit geben, ein
1917 Instrument zu erlernen. Dabei setzen wir auf die enge Zusammenarbeit von Grundschulen,
1918 Musikschulen und Kultureinrichtungen. Wir werden die Musikschulen im Land dazu finanziell
1919 stärken.

1920 Wir werden Medienberatungen für Kinder und Jugendliche, aber auch für Eltern und Fach-
1921 personal weiter ausbauen. Gemeinsam mit dem Offenen Kanal Kiel und weiteren Anbietern
1922 werden wir Konzepte zur Medienkompetenzschulung für Kindergarten- und Grundschulkin-
1923 der sowie die Jugendarbeit entwickeln.

1924 Für Kinder und Jugendliche im 21. Jahrhundert sind digitale Medien eine Selbstverständlich-
1925 keit. Das Internet und die sozialen Netzwerke sind ihre Zugänge zu Informationen, Nachrich-
1926 ten sowie Unterhaltung und Spielen und bieten vielfältige Chancen für die Teilhabe und För-
1927 derung von Kindern und Jugendlichen. Allerdings ist dies auch mit Risiken verbunden. Cy-
1928 bermoobing, sexuelle Belästigung, Tracking oder auch Kostenfallen sind einige der Risiken,
1929 vor denen Kinder und Jugendliche geschützt werden müssen. Das neue Bundesjugendme-
1930 dienschutzgesetz hat die rechtlichen Grundlagen geschaffen, die nun auch in Schleswig-
1931 Holstein zu einem aktiven digitalen Jugendschutz ausgestaltet werden müssen.

1932

1933 Die Jugendverbände bieten jungen Menschen gute Anlaufstellen für ihr Engagement. Insbe-
1934 sondere im Hinblick auf die Bewältigung von negativen Effekten durch die Corona-
1935 Pandemie, etwa dem Rückgang von Mitgliedern und Ehrenamtlichen, werden wir gemein-
1936 sam mit den Jugendverbänden passgenaue Unterstützung geben. Hierzu zählte in jüngster
1937 Vergangenheit etwa unsere Förderung bei ihren digitalen Angeboten. Wir wollen zudem das
1938 selbstorganisierte Engagement von Jugendlichen stärken.

1939

1940 Für alle Angebote gilt, dass niemand aus finanziellen Gründen ausgeschlossen werden darf.
1941 Wir fördern daher benachteiligte Kinder und Jugendliche, damit sie selbstbestimmt an der
1942 Gesellschaft teilhaben können. Zudem wollen wir junge Geflüchtete motivieren, sich an der
1943 Jugendarbeit zu beteiligen. Für entsprechende Projekte stellen wir Geld bereit.

1944

1945 Das Recht, sich zu beteiligen, ist keine Frage des Alters. Wir unterstützen KiTas darin, mehr
1946 Beteiligung für alle Altersgruppen zu ermöglichen. Wir werden eine Demokratie-Kampagne
1947 für alle Kindertagesstätten in Schleswig-Holstein anstoßen, an deren Ende alle KiTas ein
1948 Demokratie-Konzept vorweisen können und die Kinder vor dem Eintritt in die Schule ihre
1949 Rechte kennen.

1950

1951 Wir werden die politische Bildung und die Bildung zur nachhaltigen Entwicklung in den Schu-
1952 len stärken – von der Grund- bis zur Berufsschule. Dazu gehört auch praxisnahes Lernen
1953 demokratischer Werte und Strukturen durch verbesserte Partizipation an Entscheidungspro-
1954 zessen in den Bildungseinrichtungen. Weiterbildungsmaßnahmen für Pädagog*innen werden
1955 wir entsprechend unterstützen.

1956 Kinder, die in benachteiligten Lebenslagen aufwachsen, brauchen mehr Unterstützung und
1957 Rückhalt in dieser Gesellschaft und in der Politik. Es gibt immer noch eine Vielfalt von Hin-
1958 dernissen, die diesen Kindern und Jugendlichen ein eigenständiges und gutes Leben von
1959 Anfang an verstellen. Wir bauen prekäre Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen
1960 gezielt ab, indem wir ihre besonderen Bedürfnisse berücksichtigen, besser ausgestattete
1961 Hilfen und vor allem eine stärkere Lobby schaffen.

1962 Kinder und Jugendliche, die zeitweise oder dauerhaft nicht in ihren Familien leben können,
1963 brauchen unseren besonderen Schutz und eine gute Förderung ihrer Entwicklung. Dafür
1964 stehen landesweit stationäre Jugendhilfeeinrichtungen unterschiedlicher Jugendhilfeträger
1965 zur Verfügung, deren Ausstattung so weiterentwickelt wird, dass sie den steigenden Bedar-
1966 fen und dem Schutz der Kinder gerecht werden können.

1967 Wir setzen uns für einen landesweiten konstruktiven Dialog mit den Trägern der Einrichtun-
1968 gen ein, der in einem neuen Landesrahmenvertrag für die erlaubnispflichtigen Einrichtungen
1969 mündet und den Kommunen eine abgestimmte Orientierung für die Rahmenbedingungen
1970 und den strukturellen Kinderschutz bietet. Wir treten Gewalt gegen Kinder und Jugendliche
1971 an jeder Stelle entschieden entgegen. Kinderschutzzentren und Mädchenhäuser sind ausrei-
1972 chend zu finanzieren und zu unterstützen. Außerdem wollen wir mit den Trägern von Kinder-
1973 und Jugendeinrichtungen in einen Dialog darüber treten, wie Kinder und Jugendliche best-
1974 möglich geschützt und empowert, also ermächtigt werden können. Gerade die Angebote der
1975 Offenen Arbeit sind mit ihrem niedrighen Zugang wichtige Einrichtungen der sozial-
1976 räumlichen Infrastruktur.

1977 Unabhängig davon, ob ein Kind auf dem Land oder in der Stadt lebt, hat es Anspruch auf die
1978 gleiche Unterstützung. Deshalb werden wir auch den Kinderschutz im ländlichen Raum stär-
1979 ken.

1980 Gerade die Corona-Pandemie hat noch einmal deutlich unterstrichen, wie dringend Kinder
1981 und Jugendliche unseren Schutz brauchen. Das gilt selbstverständlich auch für ihren Schutz
1982 vor körperlicher Gewalt, seelischer Gewalt, sexualisierter Gewalt Vernachlässigung und
1983 Ausbeutung. Deshalb müssen wir gemeinsam das Netz aus Prävention, Intervention und
1984 Hilfen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene dringend weiter ausbauen und dauerhaft
1985 stärken. Wir werden ein Landespräventionsprogramm entwickeln. Dieses wird Projekte und
1986 Maßnahmen zur Prävention von Gewalt jeglicher Form an Kindern und Jugendlichen aus-
1987 bauen. Dabei muss es u.a. die Bereiche Familie, Schule, Kita, Sport, Menschen mit Behinde-
1988 rung, offene Jugendarbeit und die Jugendhilfe mitdenken. Ebenfalls soll das Landespräven-
1989 tionsprogramm die Erarbeitung von Schutzkonzepten überall dort, wo Fachkräfte oder Eh-
1990 renamtliche mit Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten, fördern, die interdisziplinäre
1991 Zusammenarbeit aller Kinderschutz-Akteur*innen vor Ort weiter stärken sowie regionale und
1992 kommunale Netzwerkstrukturen nachhaltig ausbauen.

1993 Mein Körper gehört mir“ und das Gespräch über Konsens muss bereits in Kitas und Grund-
1994 schulen Platz finden.

1995 Kindern mit Behinderung und Eltern mit Behinderung wollen wir bei Beratungs- und Unter-
1996 stützungsbedarf unterstützen und dafür Angebote vorhalten.

1997 Um soziale Unterschiede in den Gesundheitschancen von Kindern auszugleichen, werden
1998 wir anhand der Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen gezielte Maßnahmen der Ge-
1999 sundheitsförderung auf den Weg bringen.

2000 In Städten und Gemeinden werden Kinder und Jugendliche zu wenig beteiligt. Ihre Beteili-
2001 gung wird selten ernst genommen und findet in der Realität kaum Beachtung. Wir wollen
2002 gute Beteiligung von Kindern und Jugendlichen verbindlich machen. Kinder- und Jugendbe-
2003 teiligung soll sozialpädagogisch begleitet werden und Gegenstand im WiPo-Unterricht der
2004 Schulen sein.

2005 **In Schleswig-Holstein kann man gut aufwachsen**

2006 Schleswig-Holstein hat die älteste Bevölkerung in den westlichen Bundesländern. Gerade
2007 deshalb ist es uns wichtig, Kindern und Jugendlichen ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen.
2008 Die Bedürfnisse und Perspektiven junger Menschen wollen wir bei unseren Vorhaben maß-
2009 geblich berücksichtigen. Kinder und Jugendliche haben durch Einschränkungen solidarisch
2010 zur Bekämpfung der Pandemie beigetragen. Dies erkennen wir an und stellen sicher, dass
2011 sie in den nächsten Jahren die Aufmerksamkeit erhalten, die sie für eine gute Entwicklung
2012 benötigen.

2013 Um die Kinderrechte in Schleswig-Holstein weiter zu stärken und unserer Vorreiterrolle in
2014 Sachen Beteiligung treu zu bleiben, wollen wir unsere Landesfassung um Beteiligungsrechte
2015 von Kindern und Jugendlichen und den Vorrang des Kindeswohls ergänzen.

2016 Wir setzen uns für Jugendbeteiligung in allen Lebensbereichen ein. Einfache Beteiligungs-
2017 möglichkeiten vor Ort gehören dazu ebenso wie die Unterstützung der Schü-
2018 ler*innenvertretungen und der Jugendverbände als Werkstätten der Demokratie. Klima-
2019 schutz, die Gestaltung der Lebenswelt Schule und viele andere Themen haben besonders
2020 starke Auswirkungen auf zukünftige Generationen, daher müssen Kinder und Jugendliche
2021 die Möglichkeit zur Mitbestimmung haben.

2022 Wir gehen aktiv gegen Kinder- und Jugendarmut vor und ermöglichen allen Kindern und Ju-
2023 gendlichen in Schleswig-Holstein gleiche Chancen. Ein kinder- und jugendgerechter ÖPNV,
2024 ein flächendeckender schneller Internetzugang und der wohnortnahe Zugang zu Angeboten
2025 der Jugendarbeit gehören dazu.

2026 Die Corona Pandemie hat auch deutlich gezeigt, dass junge Menschen sich zu wenig gehört
2027 und beteiligt fühlen. Wir werden die strukturelle Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
2028 stärken, damit die Belange und Sichtweisen auch in Krisenzeiten im Blick bleiben.

2029 **Wir kämpfen gegen Diskriminierung aufgrund von Geschlechtsiden- 2030 titäten und sexueller Orientierung**

2031 Gleichstellung ist wesentlich für eine moderne Demokratie. Wir wollen eine Gesellschaft, in
2032 der niemand wegen des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung benachteiligt wird. Die
2033 Menschen in Schleswig-Holstein sollen ihr Leben selbstbestimmt gestalten können, unab-
2034 hängig von traditionellen Rollenbildern von Männern und Frauen. Familienkonstellationen,
2035 Geschlechtsidentitäten und Lebensentwürfe sind vielfältig in unserem Land und wir möchten
2036 dieser Vielfalt mit unserer Politik Rechnung tragen.

2037 **Wir kämpfen weiterhin für die Gleichstellung von Frauen**

2038 Wir nehmen als Partei bei all unseren Entscheidungen die unterschiedlichen Auswirkungen
2039 auf Männer und Frauen in den Blick und gleichen bestehende Nachteile aus.

2040 Wir brauchen eine Gleichstellungsstrategie Schleswig-Holstein. Diese benennt Ziele und
2041 Maßnahmen, die durch die die Landesregierung und ihre Behörden umgesetzt werden. So
2042 sollen beispielsweise die Ministerien gezielt Maßnahmen zum Abbau des Gender Pay Gaps
2043 ergreifen und gleichzeitig eine Strategie zur Aufwertung von sozialen Berufen und Pflegebe-
2044 rufen vorlegen, in denen überwiegend Frauen tätig sind. Für uns gilt weiterhin der rote Faden
2045 „Gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit“.

2046 Der Landeshaushalt darf nicht „geschlechterblind“ sein. Finanzielle Ressourcen müssen den
2047 Geschlechtern gleichermaßen zugutekommen. Dies gilt für sämtliche Ressorts und Politikbe-
2048 reiche.

2049 Der Gender Pay Gap beschreibt die durchschnittliche Differenz des Bruttostundenverdiens-
2050 tes von Frauen und Männern im Verhältnis. Dieser betrug für das Jahr 2020 nach wie vor
2051 18%. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass sich der Gender Pay Gap schließt. Als
2052 Land werden wir daher das Programm „Frau und Beruf“ evaluieren und weiterentwickeln.
2053 Darüber hinaus wollen wir die Studien- und Berufsberatung für junge Frauen stärken. Auch
2054 die Stärkung des Girls Day sowie MINT-Initiativen können einen Beitrag dazu leisten.

2055 Wir wollen die Gleichstellungsbeauftragten auf Landesebene und in den Kommunen durch
2056 die Festlegung von Qualitätsstandards in Bezug auf personelle und sachliche Ausstattung,
2057 Eingruppierung und gegebenenfalls Freistellung unterstützen. Ab einer Einwohnerzahl von
2058 10.000 oder einem vergleichbaren Aufgabengebiet müssen Gleichstellungsbeauftragte
2059 grundsätzlich hauptamtlich, in Vollzeit und mit einer adäquaten Ausstattung angestellt wer-
2060 den, einschließlich vollgültiger Vertretungsregelung.

2061 Leider ist häusliche Gewalt in unserer Gesellschaft immer noch trauriger Alltag. Die Bedarfs-
2062 analyse, die wir im Landtag auf den Weg gebracht haben, zeigt, dass wir gute Hilfestrukturen
2063 in Schleswig-Holstein haben – allerdings nicht überall, nicht in ausreichender Zahl und ohne
2064 ausreichende finanzielle Unterstützung. Aus diesem Grund werden wir ein landesweites
2065 Programm gegen häusliche und sexualisierte Gewalt aufsetzen, das u.a. Gewaltschutzkon-
2066 zepte in allen Bereichen fordert und fördert. Bei all unseren Maßnahmen gegen strukturelle
2067 Gewalt gegen Frauen lassen wir uns von der Istanbul-Konvention leiten. Dieses landesweite
2068 Programm wird barrierefrei gestaltet. Wir werden auch Leuchtturmprojekte zu Gewaltpräven-
2069 tion und -schutz im ländlichen Raum fördern und ausweiten.

2070 Wenn Eltern körperlich oder verbal attackiert werden, kann es Kinder ebenso traumatisieren,
2071 wie selbst erlittene Gewalt. Wir werden daher auch Unterstützungsangebote für Kinder als
2072 Zeug*innen häuslicher Gewalt stärken.

2073 Das Internet ist für niemanden mehr Neuland. Trotzdem fehlen in Schleswig-Holstein wirk-
2074 same Instrumente und Angebote für Betroffene. Statistisch erfahren überproportional häufig
2075 Frauen und weiblich gelesene Personen Gewalt im Internet. Darum wird in Schleswig-
2076 Holstein eine koordinierende Frauenberatungsstelle gegen digitale Gewalt eingerichtet. Die-
2077 se wird die vorhandenen Frauenberatungsstellen in diesem Themenkomplex unterstützen.

2078 Frauen, die von digitaler Gewalt betroffen sind, haben somit Ansprechpartnerinnen in jedem
2079 Kreis und in jeder kreisfreien Stadt.

2080 Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird die Hochschulen, Universitäten, Be-
2081 rufsschulen und weiterführenden Schulen dabei unterstützen, kostenlose Hygieneartikel in
2082 Sanitäranlagen zur Verfügung zu stellen.

2083 Die Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Maßnahmen zu deren Eindämmung auf
2084 die Lebensverhältnisse von Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter in Schleswig-
2085 Holstein müssen umfassend aufgearbeitet werden. Denn besonders Frauen haben während
2086 der Pandemie aufgrund vorübergehend geschlossener Schulen und KiTas Betreuung zu
2087 Hause übernommen und dadurch berufliche Nachteile erfahren. Etwaige spezifische Be-
2088 nachteiligungen, z. B. auf dem Arbeitsmarkt und in der Altersvorsorge, sind zu benennen und
2089 auszugleichen. Insoweit Frauen infolge der Pandemiesituation vermehrt von häuslicher Ge-
2090 walt betroffen waren und sind, müssen Beratungs- und Hilfsangebote entsprechend aufge-
2091 stockt und den Betroffenen bekannt und zugänglich gemacht werden.

2092 In einer SPD-geführten Landesregierung wird das Kabinett selbstverständlich paritätisch be-
2093 setzt sein.

2094 Kein Parlament in Deutschland ist quotiert. Diesen Zustand müssen wir ändern. Daher wer-
2095 den wir uns für eine Grundgesetzänderung einsetzen, um somit ein Paritätsgesetz zu ermög-
2096 lichen. So stärken wir die Gleichstellung von Frauen und Männern. Wir unterstützen Aktivitä-
2097 ten und verpflichten uns selbst zum Abbau von strukturellen Hindernissen und anderen Fak-
2098 toren für eine gleichwertige Teilhabe von Frauen in politischen Ämtern und Mandaten auf
2099 allen Ebenen.

2100 **Wir stellen die Arbeit von Frauenhäusern und Beratungsstellen sicher**

2101 Wir treten jeglicher Gewalt gegenüber Frauen entschlossen entgegen und uns dabei von der
2102 Istanbul-Konvention leiten lassen. Deswegen werden wir das Angebot für hilfebedürftige
2103 Frauen und deren Kinder flächendeckend und bedarfsgerecht ausgestalten sowie auskömm-
2104 lich finanzieren. Ein zentrales Problem ist, dass die Kapazitäten in den Frauenhäusern zu
2105 gering sind. Daher werden wir Wohnungen der öffentlichen Hand zur Verfügung stellen, da-
2106 mit es den Frauen ermöglicht wird, sich schnell einen neuen Lebensmittelpunkt zu schaffen.

2107 Bei der Unterstützung von Frauenhäusern sind uns folgende Punkte wichtig:

- 2108 • Die realen Miet- und Betriebskosten der Frauenhäuser sind vollumfänglich zu über-
2109 nehmen.
- 2110 • Die Anzahl der Frauenhausplätze soll gemäß den Empfehlungen der Bedarfsanalyse
2111 ausgebaut werden.
- 2112 • Bei den Frauenberatungsstellen sollen Mindestkapazitäten pro Einwohnerzahl ver-
2113 einbart werden.
- 2114 • Die Kosten für die Beförderung zu den Frauenhäusern werden vom Land übernom-
2115 men werden, um eine Erreichbarkeit auch in den ländlichen Regionen zu ermögli-
2116 chen.

2117 • Der Betreuungsschlüssel in den Frauenhäusern wird von 1:6 auf 1:4 gesenkt. Nur so
2118 können die Mitarbeiterinnen die komplexer werdenden Anforderungen auch erfüllen
2119 und Frauen mit Gewalterfahrungen bestens unterstützen.

2120 Darüber hinaus werden wir uns mit den Kommunen über die Zuständigkeiten für die Finan-
2121 zierung des ambulanten Hilfesystems verständigen. Außerdem sollten Frauenhäuser barriere-
2122 freie Einrichtungen sein. Dabei ist es unerlässlich, dass in allen Kreisen und kreisfreien
2123 Städten Schleswig-Holsteins Frauenhäuser zu finden sind.

2124 Auch müssen Beratungsstellen für viele andere wichtige Bereiche so gestärkt werden, dass
2125 sie ihre Aufgaben erfüllen können. Zu diesen gehören die Fachberatung für geflüchtete Mäd-
2126 chen und Frauen, Beratungsstellen für wohnungslose Frauen, die aufsuchende Beratungs-
2127 stelle für Sexarbeiter*innen oder auch die Männerberatungsstellen in Schleswig-Holstein.

2128 Menschenhandel findet tagtäglich in verschiedenen Bereichen, wie z. B. Zwangsprostitution,
2129 Pflege, Gastronomie, Haushalt oder Bau statt, wobei häufig Frauen betroffen sind. Wir wer-
2130 den zusammen mit den relevanten Akteur*innen einen Aktionsplan gegen Menschenhandel
2131 und Zwangsprostitution aufsetzen, um diesen entgegen zu wirken.

2132 **Geflüchtete Frauen benötigen spezielle Unterstützung**

2133 Erfahrungen zeigen, dass Frauen nach der Flucht besondere Unterstützungsangebote benö-
2134 tigen. Dazu gehören beispielsweise Zugangsmöglichkeiten zu Informationen über eigene
2135 Rechte. Gleichzeitig beobachten wir, dass sich viele Selbsthilfeorganisationen gegründet
2136 haben, die sich geflüchteter Frauen annehmen. Diese wichtige Arbeit wollen wir unterstüt-
2137 zen. Ein Weg wäre, Informationen über landesweite Hilfs- und Unterstützungssysteme für
2138 gewaltbetroffene geflüchtete Frauen auf einer Website zu bündeln und schnell sowie barriere-
2139 frei auffindbar zu machen.

2140 Auch werden wir die Arbeit von mobilen psychosozialen Sprechstunden für besonders belas-
2141 tete gewaltbetroffene geflüchtete Frauen in Unterkünften stärken. Wir sorgen für eine besse-
2142 re Ausstattung und Sensibilisierung der zuständigen Behörden, wenn es um geschlechts-
2143 spezifische Belange geht.

2144 **Wir entwickeln Maßnahmen gegen die Diskriminierungen der geschlechtlichen Identi- 2145 tät und sexuellen Orientierung weiter**

2146 Wir machen uns für die Vielfalt und Akzeptanz unterschiedlicher sexueller und geschlechtli-
2147 cher Identitäten stark. Für uns ist Familie überall dort, wo Menschen dauerhaft Verantwor-
2148 tung füreinander übernehmen. Heute gibt es viele Formen von Familie. Wir setzen uns für
2149 gleiche Rechte von gleichgeschlechtlichen Partner*innen in der Ehe ein, insbesondere bei
2150 Adoptionen.

2151 Diese Lebenswirklichkeit sollte sich auch in Veröffentlichungen der Landesregierung, Druck-
2152 schriften des Landtages, der politischen Bildung sowie in Unterrichtsmaterialien widerspie-
2153 geln. Auch werden wir die geschlechtersensible Aus- und Fortbildung des Lehr- und Erzie-
2154 hungspersonals anbieten.

2155 Wir setzen auf eine inklusive Sprache, die alle gleichermaßen anspricht. Das ist auch unser
2156 Anspruch an die Kommunikation staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen. Für eine in-
2157 inklusive Sprache gibt es viele Möglichkeiten. Es gibt Formen, die Männer und Frauen benen-

2158 nen – wie das Binnen-I und Beidnennung – und solche, die alle Geschlechtsidentitäten an-
2159 nsprechen. Darüber wollen wir für den persönlichen Gebrauch keine Vorschriften machen.
2160 Aber wir als SPD stehen für den respektvollen Umgang mit Menschen aller Geschlechtsiden-
2161 titäten ein – auch in der Sprache. In jedem Fall sind „Gender-Verbote“ aus unserer Sicht rea-
2162 litätsfern. Sprachwandel findet permanent statt. Er sollte weder von oben diktiert noch verbo-
2163 ten werden.

2164 Aufklärungs- und Unterstützungsprojekte in den Bereichen queerer Identitäten wollen wir
2165 stärken. Dafür wollen wir gemeinsam mit Interessenvertreter*innen den Landesaktionsplan
2166 gegen Trans- und Homofeindlichkeit fortführen und erweitern, um Cis- und Heterosexismus
2167 zu bekämpfen. Wir wollen die Geschäftsstelle „Echte Vielfalt“ als landesweite Ansprech- und
2168 Netzwerkstelle stärken, um die Anliegen der Community noch breiter aufgestellt zu vertreten.
2169 In der Landesverwaltung schaffen wir eine zentrale Zuständigkeit für LSBTIQ*-Themen. Wir
2170 wollen, dass queere Menschen im Recht gleichbehandelt werden. Wir werden Anliegen der
2171 Community in der Ehrenamtsstrategie des Landes berücksichtigen. Darüber hinaus werden
2172 wir landesweit agierende Institutionen weiter fördern.

2173

2174 **5. Mission „Wir beginnen ein neues Bildungsjahrzehnt“**

2175 Wir wollen unsere Schulen beim Übergang von der Logik der Industriegesellschaft zur Logik
2176 des Wissenszeitalters unterstützen. Die Schule der Zukunft ist digital, inklusiv und bietet
2177 rhythmisierten Ganztagsunterricht. Das erfordert eine neue Organisation, die technische Lö-
2178 sungen nicht mehr der Initiative vor Ort und damit dem Zufall überlässt. Es erfordert eine
2179 neue Verantwortungskultur, in der jedes Kind und jeder Jugendlicher bestmöglich unterstützt
2180 wird. Wir vermitteln den Kindern aller Altersgruppen eine nachhaltige Lebensweise gemäß
2181 den UN-Nachhaltigkeitszielen. Wir wollen sie befähigen, eine faire und ökologisch verträgli-
2182 che Zukunft für alle mitgestalten zu können. Und die Veränderung bringt auch neue Heraus-
2183 forderungen für die Gestaltung von Schule mit sich – weg von langen Fluren mit angrenzen-
2184 den Klassenräumen hin zu barrierefreien Lernlandschaften. Wir wollen den Zusammenhang
2185 zwischen sozialer Herkunft, Einkommen und Bildungserfolg aufbrechen. Wir wollen einen
2186 freiwilligen Anspruch auf einen zehn- statt neunjährigen Schulbesuch schaffen. So unterstüt-
2187 zen wir Schüler*innen in komplexen Lebenslagen und schaffen eine längere Zugänglichkeit
2188 von Förderung. Die Gewährung soll unbürokratisch möglich sein. Dementsprechend bauen
2189 wir Ganztagschulen aus, dafür bringen wir Ressourcen an Schulen, die sie besonders
2190 brauchen und wir haben den Mut neue Ideen in der Praxis zu erproben. Wir erneuern das
2191 sozialdemokratische Versprechen der Bildungsgerechtigkeit. Deutschland darf unter den
2192 OECD-Ländern nicht länger bei sozialer Bildungsgerechtigkeit hinten liegen. Hier wollen wir
2193 Vorreiter werden. Kinder haben Anspruch auf die Entfaltung ihrer Fähigkeiten ohne hinderli-
2194 che Wechsel ihrer Klasse oder Schule. Daher sind „Abschulungen“ auch nach Klassenstufe
2195 6, wie sie in den letzten Jahren wieder häufiger geworden sind, in aller Regel zu untersagen.
2196 Wir wollen Lernwege stattdessen in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten ermutigend gestal-
2197 ten und fördern

2198 **Wir organisieren die Schule der Zukunft**

2199 Die Qualität der Schule der Zukunft hängt von Chancengleichheit, Exzellenz und Wohlbefin-
2200 den der Schüler*innen ab. In Schulen darf der Bildungserfolg nicht vom Wohlstand der Fami-

2201 lie abhängig sein. Alle Schüler*innen müssen ihre Potenziale ausschöpfen können und kein
2202 Kind darf mit Angst zur Schule gehen. Wenn mehr Investitionen in Bildung notwendig ma-
2203 chen, dass wir dafür Schulden machen, sind wir dazu bereit. Die Folgekosten wären sonst
2204 noch größer. Es wird aktuell zu wenig in die Bildung investiert und das Land schneidet in
2205 Vergleichsstudien schlecht ab. Im Bereich der Bildungsinvestitionen liegt Schleswig-Holstein
2206 bundesweit mit Nordrhein-Westfalen hinten. Wir erkennen darin einen Zusammenhang, den
2207 wir ändern wollen. In diesem Sinne werden wir die Schülerbeförderungskosten im ganzen
2208 Land bis zum Erreichen des angestrebten Schulabschlusses abschaffen.

2209
2210 Unsere Überzeugung ist, dass eine gute Schulpolitik im Konsens erfolgen sollte. Sie entfaltet
2211 ihre Wirkung nur langfristig. Wir werden deshalb wieder den Dialog mit allen Beteiligten su-
2212 chen, so wie es frühere SPD-geführte Landesregierungen ebenfalls getan haben. Uns geht
2213 es um das Wohl und den Erfolg unserer Kinder und Enkel*innen.

2214
2215 Die digitale Schule ist in Schleswig-Holstein sehr unterschiedlich umgesetzt. Es gibt sehr
2216 viele engagierte und gute durch Lehrkräfte und Schulträger entwickelte Lösungen. Dies ist
2217 leider nicht überall der Fall. Zu oft fehlen die finanziellen Mittel und die technologischen so-
2218 wie organisatorischen Kompetenzen. Dies führt zu einer weiteren Bildungsungerechtigkeit.
2219 Hier ist das Land in der Pflicht, Angebote zu schaffen, damit eine flächendeckende und gute
2220 digitale Schule gewährleistet wird. Wer die digitale Schule will, muss auch allen Schü-
2221 ler*innen ein digitales Endgerät zur Verfügung stellen bzw. dessen Erwerb ermöglichen, so-
2222 bald diese im Unterricht erforderlich sind. Zudem müssen alle für den Unterricht benötigten
2223 Materialien einfach und unbürokratisch von der Schule zur Verfügung gestellt werden. Um
2224 die Vision einer digitalen Schule umzusetzen, muss Technik überall vorhanden sein, sie
2225 muss funktionieren und sie muss auch genutzt werden können. Daher wird das Land in Zu-
2226 sammenarbeit mit Dataport den Trägern ein zentrales Angebot für eine gute Ausstattung
2227 aller Schulen in Schleswig-Holstein machen und den Betrieb sowie Wartung sicherstellen.
2228 Wir wollen die Lehrkräfte von der Betreuung der digitalen Infrastruktur, der Hardware und
2229 Software entlasten. So haben sie mehr Zeit für ihre eigentliche Aufgabe, das Unterrichten
2230 und Fördern ihrer Schüler*innen.

2231
2232 Wir wissen, bei all unseren Bemühungen, die schleswig-holsteinischen Schulen zu digitali-
2233 sieren, können wir uns auf die Ampelkoalition im Bund verlassen. So werden wir den ange-
2234 kündigten Digitalpakt 2.0 ebenfalls für die Digitalisierung unserer Schulen nutzen können.

2235
2236 Denn für uns ist klar, dass erst mit einer digitalen Grundausstattung unsere Lehrkräfte an-
2237 fangen können, digital zu lehren. Aber letztendlich müssen wir auch durch Weiterbildungs-
2238 angebote für Lehrkräfte und angepasste Inhalte in Studium und Referendariat dafür Sorge
2239 tragen, dass die schleswig-holsteinischen Lehrer*innen die digitale Schule didaktisch umset-
2240 zen können.

2241
2242 Eine neue Unterrichtsvorbereitungs-Cloud entlastet Lehrkräfte bei der Unterrichtsplanung.
2243 Abgeordnete Lehrkräfte im IQSH und im LSBB entwickeln für alle Fächer auf die Fachanfor-
2244 derungen abgestimmte Unterrichtseinheiten und Klassenarbeiten sowie Klausuren, die aus
2245 der Cloud von allen Lehrkräften kostenfrei abgerufen werden können. Dieses Angebot stei-
2246 gert die Unterrichtsqualität, erhöht die Vergleichbarkeit und schafft bei Lehrkräften mehr zeit-

2247 liche Freiräume. Wir streben nach Bremer Vorbild eine Kooperation mit geeigneten Anbietern
2248 an, um neben reinen Lernmanagementsystemen auch Übungsmöglichkeiten für Schü-
2249 ler*innen zur Verfügung stellen zu können.

2250

2251 Für uns steht fest, dass die Unterrichtsversorgung auch künftig über 100 Prozent liegen
2252 muss. So kann Unterrichtsausfall auch bei Krankheit, Klassenfahrten oder anderen Verhin-
2253 derungsgründen von Lehrkräften weitestgehend verhindert werden. Der derzeitige Zustand,
2254 dass in unseren Schulen zu einem hohen Prozentsatz Vertretungslehrkräfte auch langfristig
2255 tätig sind, die über gar keine entsprechende Ausbildung verfügen, muss schleunigst beendet
2256 werden.

2257

2258 Die Architektur einer Schule hat großen Einfluss auf die Lernqualität. Deswegen wird die
2259 SPD mit dem bereits begonnenen Projekt #SchulederZukunftSH ganz konkrete Ideen entwi-
2260 ckeln lassen und als Regierungspartei umsetzen. Die #SchulederZukunftSH ist ein wichtiger
2261 Beitrag zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. Ziel ist, dass durch neue bauliche Maßnah-
2262 men sowohl Schulinhalte besser vermittelt werden können, als auch die inklusive Schule mit
2263 Leben gefüllt werden kann. Das Schulgebäude der Zukunft soll motivieren, inspirieren und zu
2264 geistigen und körperlichen Aktivitäten anregen, aber auch individuelle Rückzugsmöglichkei-
2265 ten anbieten. Es ist nicht zuletzt die Gestaltung einer Schule, die moderne Lernmethoden
2266 überhaupt erst möglich macht. Neben der reinen Funktionalität müssen auch ästhetische
2267 Aspekte beachtet werden, sodass der „Lernort Schule“ zu einem „Lebensort Schule“ erwei-
2268 tert wird. Deshalb brauchen wir in Sachen Schulbau auch Kompetenz und Ansprechpart-
2269 ner*innen im Bildungsministerium.

2270

2271 Die Gegenwart sieht nämlich anders aus: Viele Schulgebäude haben einen hohen Sanie-
2272 rungsbedarf. Wir werden wieder einen Schulbaufonds einführen, um unsere Schulen zu-
2273 sammen mit den Trägern auch baulich fit für die Zukunft zu machen und so das Projekt
2274 #SchulederZukunftSH umsetzen. Bestandteil der von uns angestrebten Schulbauoffensive
2275 ist außerdem ein Förderprogramm zur Schulhofsanierung und für den Bau von Mensen.

2276

2277 Im Dialog mit den Kommunen sollen auch künftig dort neue Oberstufen an Gemeinschafts-
2278 schulen eingerichtet werden, wo ein nachgewiesener Bedarf besteht. Wir werden die Einrich-
2279 tung neuer Oberstufen an Gemeinschaftsschulen auch weiterhin fördern.

2280

2281 Die jüngste Reform der Oberstufe ging nicht weit genug. Über die Frage, ob und wie die
2282 Oberstufe am besten auf Studium und Beruf vorbereitet, wollen wir einen Dialog über ihre
2283 Struktur und ihre Inhalte beginnen.

2284

2285 Wir werden die Schulsozialarbeit finanziell so stärken, dass diese künftig an jeder Schule
2286 adäquat stattfinden kann. Dabei soll auch ein Stundenetat für den Austausch der multipro-
2287 fessionellen Teams vorhanden sein. Wir werden in Kooperation mit unseren schleswig-
2288 holsteinischen Hochschulen das Projekt „Teach First“ ausweiten. Diese Initiative wird dafür
2289 sorgen, dass der Bildungserfolg von Kindern weniger vom familiären Hintergrund abhängt.
2290 Dabei soll die Schulsozialarbeit insbesondere in den sozial schwachen Stadtteilen bzw. So-
2291 ziale-Stadt-Stadtteilen unterstützt und ausgebaut werden, um mehr Chancengleichheit zu
2292 erreichen.

2293 Für den Schulerfolg sind gut ausgebildete und fortgebildete Lehrer von entscheidender Be-
2294 deutung. Deswegen werden wir deren Aus- und Weiterbildung weiter verbessern und sie den
2295 wachsenden Herausforderungen anpassen. Dafür werden wir gemeinsam mit den Hochschu-
2296 len den universitären Ausbildungsteil auf den Prüfstand stellen und gemeinsam mit dem
2297 IQSH den Vorbereitungsdienst optimieren. Das schließt sowohl die personelle Ausstattung
2298 als auch die Inhalte mit ein. Studien zeigen zudem, dass die bisherige Form der Lehrerfort-
2299 bildung wenig Wirkung hat. Wir werden umsteuern zu mehr verpflichtenden Angeboten, die
2300 von großen Teilen eines Kollegiums wahrgenommen werden. Auch sind Kampagnen und
2301 Aufklärung erste Schritte dafür, Stereotype oder genderbezogenen Vorurteile abzubauen.
2302 Deshalb etablieren wir Workshops und Seminare in der Lehrerbildung, die den Umgang
2303 mit Vielfalt thematisieren und neue Motivationsstrategien entwickeln.

2304

2305 Wir streben weiterhin an, die Eltern von Kosten zu entlasten, die ihnen durch den Schulbe-
2306 such ihrer Kinder entstehen. Die letzte Untersuchung ergab einen Betrag von 1.000 Euro im
2307 Jahr. Seitdem sind noch die Kosten für digitale Endgeräte hinzugekommen. Wir werden eine
2308 erneute Untersuchung in Auftrag geben, um die Entwicklung der Schulkosten abzubilden.
2309 Wir werden gemeinsam mit dem Bund, den Schulträgern und den Schulen Wege zur Redu-
2310 zierung dieser Kosten finden.

2311

2312 Das Programm der Perspektivschulen werden wir fortführen und weiterentwickeln. Nach ei-
2313 nem Sozialindex sollen Schulen mit schwierigen Bedingungen zusätzliche Ressourcen erhal-
2314 ten: für Investitionen, für Lehrkräfte und für weiteres Personal. In der Vorbereitung von Ganz-
2315 tag und damit in der Zusammenarbeit mit Dritten werden die organisatorischen Herausforde-
2316 rungen größer. Daher werden wir die Schulleitungen entlasten. Wir werden diese Schulen
2317 mit Stellen ergänzend ausstatten, die für Finanzen, Zusammenarbeit mit Dritten und Schul-
2318 organisation zuständig sind. Aufbauend auf den Erfahrungen dieser Schulen werden wir prü-
2319 fen, ob zusätzliche Koordinationsstellen sinnvoll sind – insbesondere bei Grundschulen, die
2320 sich auf den Ganzttag vorbereiten.

2321

2322 Kurze Beine brauchen kurze Wege. Grundschulen sind ein wichtiger Teil der öffentlichen
2323 Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen. Zum Erhalt von Grundschulen unterstützen wir
2324 auch weiterhin Kooperationen und innovative Konzepte wie die digitale Zusammenarbeit
2325 verschiedener Schulen.

2326

2327 Wir werden eine landesweite Schulentwicklungsplanung einführen und hierbei Mindeststan-
2328 dards setzen. Wir werden an Schulen mit besonderen Herausforderungen (Perspektivschu-
2329 len) die Beantragung einer Förderung kleinerer Klassen ermöglichen sowie multiprofessio-
2330 nelle Arbeit unterstützen und werden Synergien mit den zugesagten Unterstützungen der
2331 SPD-geführten Bundesregierung nutzen. Die Effekte der Maßnahmen werden wissenschaft-
2332 lich evaluiert.

2333

2334 Land und Kommunen müssen gemeinsam gewährleisten, dass alle Kinder bereits in der
2335 Grundschule Schwimmunterricht erhalten. Wir wollen sicherstellen, dass im Land zwischen
2336 den Meeren jedes Kind nach Abschluss der Grundschule schwimmen kann. Um das sicher
2337 zu stellen, müssen Schwimmhallen und -bäder erhalten werden.

2338 Schulen müssen in organisatorischen Fragen mehr Souveränität erhalten! Das bedeutet,
2339 dass sie größere eigene Budgets zur Verfügung haben, über Personalentscheidungen ei-
2340 genständiger entscheiden können und den Schulalltag selbst organisieren.

2341

2342 Darüber hinaus wollen wir die Vertretung von Schüler*innen sowie von Eltern auf Augenhö-
2343 he. Deren ehrenamtliches Engagement soll durch eine Geschäftsstelle unterstützt werden.

2344

2345 Die dänischen Schulen haben in Schleswig-Holstein eine erfolgreiche Tradition. Dieser Er-
2346 folg gründet sich auch darauf, dass die dänischen Schulen öffentliche Schulen sind und so-
2347 mit an allen Förderprogrammen des Bundes und des Landes beteiligt werden. Dieses wer-
2348 den wir weiterhin sicherstellen.

2349

2350 Es ist ein Erfolg der SPD, dass die Grundschullehrkräfte künftig besser bezahlt werden. Wir
2351 wollen schnellstmöglich unsere Lehrkräfte in den Grundschulen auf die Gehaltstufe A13 he-
2352 ben. Gerade mit Blick auf den anstehenden Anspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grund-
2353 schule müssen wir unser Fachpersonal angemessen entlohnen.

2354

2355 Zeitverträge für Lehrkräfte wollen wir auf ein Minimum begrenzen und für wiederkehrende
2356 Vertretungssituationen Lösungen mit dauerhafter Beschäftigung schaffen.

2357

2358 Der Bedarf an ‚Deutsch als Zweitsprache‘ (DaZ) bleibt hoch – nicht nur durch geflüchtete
2359 Schüler*innen. Im Studium und in der Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte wollen wir diese
2360 Qualifikation weiter verankern. Zusätzliche DaZ-Förderstunden müssen auch auf der soge-
2361 nannten Integrationsstufe eingesetzt werden, um jungen zugewanderten Menschen einen
2362 nachhaltigen Bildungserfolg zu ermöglichen.

2363 Grundschulen, Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und. Berufliche Schulen arbeiten zuneh-
2364 mend inklusiver. Sie werden dabei unterstützt durch Schulassistent*innen und sozialpädago-
2365 gische Kräfte der Schule und durch die Förderzentren als Schulen ohne eigene Schü-
2366 ler*innen. Die Förderzentren haben auch in Zukunft unverzichtbare Aufgaben: Als Schulen
2367 ohne eigene Schüler*innen unterstützen sie mit ihren Kompetenzen die allgemeinen Schulen
2368 beim inklusiven Unterricht, begleiten die rund 12.000 Schüler*innen mit Behinderungen, bzw.
2369 Unterstützungsbedarf, beraten deren Eltern und Lehrkräfte über Barrierefreiheit, Hilfsmittel
2370 und Therapien oder passen Methoden, (Prüfungs-) Aufgaben sowie (digitale)Medien an.
2371 Darüber hinaus unterrichten sie rund 5.000 Kinder und Jugendliche, wenn diese im inklusi-
2372 ven Unterricht (noch) nicht ausreichend gefördert werden können. Damit Inklusion von An-
2373 fang an selbstverständlich ist, brauchen wir auch inklusive Freizeitangebote für Kinder und
2374 Jugendliche. Dafür investieren wir in barrierefreie Jugendeinrichtungen und sorgen dafür,
2375 dass inklusive Freizeitangebote nicht an fehlender Finanzierung scheitern.

2376

2377 Mit dem Gastschulabkommen mit Hamburg hatte die Küstenkoalition 2016 eine Lösung ge-
2378 funden, die nicht nur den Interessen der beiden Bundesländer, sondern in erster Linie den
2379 Bedürfnissen der Schüler*innen Rechnung trug, die eine Schule im benachbarten Bundes-
2380 land besuchen wollen oder müssen. Wir unterstützen auch den Abschluss eines Gastschul-
2381 abkommens mit Mecklenburg-Vorpommern. Außerdem werden wir das Abkommen auf Be-
2382 rufsschulen ausweiten.

2383 Das Verwenden einer inklusiven Sprache ist keine Frage der Rechtschreibung. Im Gegenteil:
2384 Wir begrüßen es, wenn sich Schüler*innen und Lehrkräfte kritisch mit Kommunikation ausei-
2385 nandersetzen. Die Verwendung einer gendergerechten Sprache ist kein Beleg für schlechte
2386 Rechtschreibkompetenz, sondern Nachweis eines politischen Bewusstseins. Dementspre-
2387 chend sollte sie nicht als Fehler bewertet werden. Wir werden den Schulen keine Vorgaben
2388 zum Gendern machen und gemeinsam mit ihnen dafür sorgen, dass nicht-binäre Schü-
2389 ler*innen diskriminierungsfrei die Schule besuchen können.

2390
2391 Die Neutralität des Staates sollte sich auch darin zeigen, dem Individuum die Entscheidung
2392 über das Tragen von Schmuck und Kleidungsstücken in jeder Hinsicht selbst zu überlassen.
2393 Wir wollen, dass Schüler*innen, Beamt*innen, Angestellte, Studierende und Lehrende selbst
2394 entscheiden können, welche religiösen Symbole sie tragen wollen.

2395
2396 Sexualität ist in der Entwicklungsphase der Schüler*innen ein wichtiges Thema. Schulen
2397 können junge Menschen dabei unterstützen, einen offenen, vorurteilsfreieren Austausch und
2398 vor allem Sicherheit im Umgang mit dem Thema zu finden. Es stärkt sie in ihrem eigenen
2399 Körperempfinden und kann dazu beitragen, sie vor Missbrauch, Cybergrooming und Lover-
2400 boy-Methoden zu schützen. Deshalb fördern wir Kooperationsangebote mit Fachberatungs-
2401 stellen zur Sexualpädagogik.

2402
2403 Der Grundsatz „Nur Ja heißt Ja“ ist im Rahmen von Bildung frühzeitig und nachhaltig zu
2404 vermitteln: beginnend in der KiTa, als Schutz gegen ungewollte Berührungen und Übergriffe
2405 jeglicher Art. Insbesondere ist dieser Grundsatz in Schulbücher und andere „offizielle“ Lern-
2406 materialien aufzunehmen, um den Lernenden dessen Verbindlichkeit deutlich zu machen.
2407 Alle Lehrkräfte sind im Rahmen ihrer Ausbildung bzw. durch verpflichtende Fortbildungen für
2408 die aktive Vermittlung dieses Grundsatzes zu befähigen.

2409
2410 Wir werden Schulen durch eine Qualifizierungs- und Fortbildungsoffensive darin unterstüt-
2411 zen, dass sie Präventions- und Interventionskonzept mit externer Unterstützung entwickeln
2412 und weiterentwickeln können. So werden wir Kinder und Jugendliche bestmöglich vor Gewalt
2413 jeder Art schützen.

2414 **Die Ganztagschule sorgt für Bildungsgerechtigkeit**

2415 Der Ganztagsanspruch in der Grundschule soll ab 2026 beginnend mit der ersten Klasse
2416 und dann aufwachsend umgesetzt werden. Dafür ist eine gemeinsame Kraftanstrengung von
2417 Bund und Ländern unerlässlich. Die Grundschulen in Schleswig-Holstein müssen deshalb fit
2418 für den Ganzttag werden. Die konkrete Umsetzung liegt in der Verantwortung der Bundeslän-
2419 der. Wir werden es von Anfang an richtigmachen. Wir werden es von Anfang an richtigma-
2420 chen, mit klaren Zielen und notwendigen Ressourcen.

2421 Wir wollen gemeinsam mit Vereinen, Kultureinrichtungen, Feuerwehr/THW u.a. vor Ort neue
2422 Konzepte und attraktive Angebote für den Ganzttag entwickeln. Diese Angebote müssen eine
2423 hohe Qualität haben, auf die Schüler*innen und ihre Interessen abgestimmt sein und sich
2424 gegenseitig ergänzen. Dabei ist uns wichtig, dass verstärkt außerschulische Lernorte aufge-
2425 sucht und jahrgangsübergreifende Lernmöglichkeiten geschaffen werden. Darüber hinaus
2426 brauchen wir Rückzugsorte und Raum für selbstbestimmte Freizeitgestaltung der Schü-

2427 ler*innen. Wir wollen jeder Schule zusätzliche Entlastungsstunden zur Koordination des
2428 Ganztages geben, um Konzepte für die Zusammenarbeit vor Ort zu entwickeln und umzu-
2429 setzen. Wir werden über eine Taskforce der Landesregierung Leitfäden und Konzepte inklusi-
2430 sive Musterverträgen und Finanzierungskonzepten als Hilfestellung zur Verfügung stellen.

2431 Ganztagschulen sind für uns mehr als Lernorte, sie sind Lebensorte mit Raum für Bewe-
2432 gung, Begegnung, Lernen, Spiel und Erfahrungen. Daher werden wir im eigentlichen Sinne
2433 schulische sowie andere Ganztagsangebote enger miteinander verzahnen. In einer Ganz-
2434 tagsschule, die schulisches Lernen und außerschulische Erfahrungsräume bündelt können
2435 sich die Schüler*innen ganzheitlich entwickeln und eine gesunde körperliche, geistige, emo-
2436 tionale und soziale Entwicklung nehmen. Daher werden wir die Anzahl an gebundenen
2437 Ganztagschulen erhöhen und das Ganztagsangebot an den Grundschulen kostenfrei ma-
2438 chen.

2439 Eine gute Ganztagschule bietet Kindern und Jugendlichen nicht nur einen angemessenen
2440 Rahmen zum kognitiven und sozialen Lernen, sondern schafft auch Raum, um altersgemäße
2441 und entwicklungsspezifische Lebenserfahrungen sammeln zu können.

2442 Um den langen Schulalltag gut zu überstehen, setzen wir uns dafür ein, dass unsere Schü-
2443 ler*innen sowohl ein gesundes Frühstücksangebot als auch ein nach den Standards der
2444 Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) gesundes, warmes, saisonales, regionales und
2445 für alle bezahlbares Mittagessen erhalten.

2446 Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken, werden die Ganztagschulen eine
2447 verlässliche Ferienbetreuung gewährleisten. Eltern müssen Planungssicherheit haben.

2448 Wir brauchen endlich eine Landesregierung, die handelt: Ganztage allein verbessert noch
2449 nicht automatisch die Bildungschancen. Über die Bildungsqualität an den Ganztagschulen
2450 braucht es einen landesweiten Dialog. Kommunale Spitzenverbände müssen ebenso betei-
2451 ligt werden wie Eltern, Schüler*innen, Lehrkräfte, Träger der Jugendhilfe, Vereine und Ver-
2452 bände. Schon viel zu lange wurde diese Aufgabe vor sich hergeschoben.

2453 **Die Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege gebührenfrei** 2454 **machen**

2455 Die Kita-Reform der aktuellen Landesregierung hat wichtige Ziele nicht erreicht. Sie hat es
2456 nicht geschafft, die Eltern zufriedenzustellen, die Qualität zu sichern und die Kommunen zu
2457 entlasten. Zusätzlich hat das KiTa- Gesetz zu einer Mehrbelastung der Fachkräfte geführt.
2458 Wir werden mit den folgenden Maßnahmen die KiTas im Land zukunftsfest aufstellen.

2459 Schleswig-Holstein ist das einzige norddeutsche Bundesland, in dem KiTa-Gebühren erho-
2460 ben werden. Das ist sozial ungerecht, weil es eine Hürde zur KiTa für Familien bereits mit
2461 mittlerem Einkommen bedeutet. Wir wollen bis 2027 die gebührenfreie Kinderbetreuung in
2462 den KiTas, Krippen und Kindertagespflege einführen.

2463 Der Fachkräftemangel ist bei den KiTas, bei Jugendhilfeeinrichtungen und in der Schulkind-
2464 betreuung schon längst angekommen. Wir wissen, was die nächsten Schritte sein müssen,
2465 um dem entgegenzuwirken. Wir wollen die Ausbildung der sozialpädagogischen Assis-
2466 tent*innen zu einer praxisorientierten Ausbildung inklusive Ausbildungsvergütung weiterent-
2467 wickeln. Für berufserfahrene Sozialpädagogische Assistent*innen soll eine vergütete Weiter-

2468 qualifizierung zum oder zur Erzieher*in möglich werden. Darüber hinaus vereinfachen wir
2469 den qualifizierten Quereinstieg, indem Interessierte landesweit einfacher eine Ausbildungs-
2470 möglichkeit finden.

2471 Wir schätzen die Arbeit von Kindertagespflegepersonen in Schleswig-Holstein. Gerade im
2472 ländlichen Raum und bei besonderen Bedürfnissen von Eltern und Kindern könnten wir ohne
2473 deren Arbeit die Betreuung nicht aufrechterhalten – wir wissen, wie wertvoll und wichtig ihre
2474 Arbeit für unsere Kinder und Familien im Land ist. Wir werden sie in ihrer Arbeit stärken und
2475 so auch für alle Eltern, die es sich wünschen, ein verlässliches Angebot fördern. Dazu gehört
2476 beispielsweise, dass die Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Kindertagespflegeperso-
2477 nen verbessert werden.

2478 Um die Qualität unserer Kindertagesstätten zu erhöhen, werden wir uns verstärkt für den
2479 Einsatz von multiprofessionellen Teams aus Sozialpädagog*innen, heilpädagogischem
2480 Fachpersonal sowie Assistenzkräften einsetzen. Außerdem werden wir gemeinsam mit den
2481 Trägern ein Konzept zu inklusiven KiTa entwickeln.

2482 Der Bedarf an Betreuungsplätzen sowohl für Kinder unter drei wie auch für Kinder über drei
2483 Jahren hat stark zugenommen und steigt weiterhin. Die Zahl der verfügbaren Plätze in
2484 Schleswig-Holstein hält damit für beide Altersgruppen jedoch aktuell nicht Schritt. Wir wer-
2485 den deshalb neue KiTa-Plätze schaffen und gemeinsam mit Kommunen und Trägern eine
2486 Ausbauoffensive für U3- und Ü3-Plätze vereinbaren. Barrierefreiheit ist dabei ein wichtiges
2487 Qualitätsmerkmal. Dafür werden wir als Land zusätzliche Investitionsmittel zur Verfügung
2488 stellen.

2489 Auch die Betreuungszeiten müssen besser an den tatsächlichen Bedarf der Eltern zur Ver-
2490 einbarkeit mit ihrem Beruf angepasst werden. Wir werden deshalb Mittel für eine bedarfsge-
2491 rechte Erweiterung der Betreuungszeiten einsetzen und Angebote in Randzeiten besser ho-
2492 norieren. Das Konzept dafür werden wir mit Trägern und Kommunen so abstimmen, dass sie
2493 unterschiedliche Bedarfslagen vor Ort berücksichtigen können.

2494 Wir erarbeiten für KiTas in Brennpunktlagen ein Rahmenkonzept, angelehnt an das Konzept
2495 der Perspektivschulen, das die KiTas für ihre Belange ausgestalten. Diese Einrichtungen
2496 können in der Elternarbeit und für ihren Stadtteil mehr tun. Dafür brauchen sie Unterstüt-
2497 zung. Zu den denkbaren Angeboten gehören zusätzliche Mittel für Sprachförderung, spezifi-
2498 sche migrationsbedingte Bedürfnisse, Gesundheitsförderung, Ernährung und Sport sowie
2499 der verstärkte Einsatz von multiprofessionellen Teams. Im Hinblick auf die inklusive Arbeit
2500 der KiTas werden wir die Kooperation von KiTa, Kindertagespflege, interdisziplinärer
2501 Frühförderung, Grundschule und Förderzentren intensivieren.

2502 Wir möchten respektvoll und altersgerecht mit Kindern im Gespräch sein. Deshalb setzen wir
2503 uns für diskriminierungsfreie gendersensible Lernmaterialien ein und stellen pädagogischen
2504 Fachkräften Möglichkeiten bereit, sich in diesen Feldern fortzubilden. Wir wollen den Kindern
2505 von klein eine nachhaltige, auf ein faires Miteinander und auf den Erhalt der ökologischen
2506 Vielfalt ausgerichtete Lebensweise vermitteln.

2507 **Wir stärken die duale Ausbildung**

2508 Eine duale Ausbildung ist weiterhin die Grundlage für ein erfolgreiches und selbstbestimmtes
2509 Berufsleben. Die Integration aller nicht akademischer Ausbildungsberufe in das duale Aus-

2510 bildungssystem ist dabei ein zentraler Baustein. Es ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit
2511 und gleichzeitig die Voraussetzung dafür, dass wir den wachsenden Fachkräftemangel in
2512 den Griff bekommen. Wir müssen den Übergang von der Schule in den Beruf so organisie-
2513 ren, dass alle jungen Menschen eine sichere Perspektive vor Augen haben. Kein junger
2514 Mensch soll ohne Ausbildung oder Studium bleiben deshalb wollen wir die berufliche Orien-
2515 tierung ab der 7. Klasse beispielsweise durch den Ausbau beruflicher Praktika, durch den
2516 Besuch von Berufsberatung und Botschafter*innen der Kammern, durch die inhaltliche Bear-
2517 beitung im WiPo-Unterricht verbindlich einführen und die Jugendberufsagenturen im Land
2518 stärken. Wir wollen die Attraktivität der dualen Ausbildung erhöhen, um die Wirtschaftsstruk-
2519 tur in der Region zu sichern.

2520 Zur Daseinsvorsorge gehört auch, die berufliche Bildung in der Fläche zu sichern. Deshalb
2521 werden wir eine landesweite Schulentwicklungsplanung für die beruflichen Schulen einführen
2522 und für den Übergang bis zum Vorliegen der Planung den Erhalt der Angebote in der Berufs-
2523 schule und den Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ) sicherstellen. Wir werden in kriti-
2524 schen Berufsfeldern kleine Klassen durch das Land ermöglichen und so verhindern, dass
2525 sich der Nachwuchsmangel durch die schlechte Erreichbarkeit der zuständigen Berufsschule
2526 verschärft. Im Ergebnis müssen die Beruflichen Schulen nicht mehr auf eigene Kosten kleine
2527 Klassen sicherstellen und haben mehr Potenzial zur vorausschauenden Lehrkräftesicherung
2528 in Mangelfächern.

2529 Wir wollen, dass alle jungen Menschen einen Schulabschluss erreichen. Deshalb setzen wir
2530 auch das produktive Lernen fort und bauen es aus. Produktives Lernen ist ein zweijähriges
2531 Bildungsangebot in Jahrgang 8 und 9. Es richtet sich an Jugendliche, die zum Erreichen des
2532 ersten allgemeinen Schulabschlusses ein selbstbestimmtes, praxisorientiertes Lernangebot
2533 benötigen. Drei Tage in der Woche wird in kooperierenden Betrieben gelernt, zwei Tage in
2534 der Schule. Wir werden sicherstellen, dass es in allen Regionen entsprechende Angebote an
2535 Gemeinschaftsschulen gibt. Das hilft den Schüler*innen auf dem Weg zum Abschluss und
2536 den Betrieben bei der Suche nach passenden Nachwuchskräften. Wir werden niemanden
2537 zurücklassen.

2538 Unser Ziel einer hundertprozentigen Unterrichtsversorgung gilt auch für die Beruflichen
2539 Schulen und Regionalen Berufsbildungszentren.

2540 Die allgemeine und die berufliche Bildung wurden organisatorisch in der Landesregierung
2541 auseinandergerissen. Diese falsche Weichenstellung ebenso wie die Zuweisung des
2542 Schleswig-Holsteinischen Instituts für Berufliche Bildung (SHIBB) zum Wirtschaftsministeri-
2543 um werden wir rückgängig machen.

2544 Die Wandlung der Beruflichen Schulen zu Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ) werden
2545 wir weiter vorantreiben. Berufsschüler*innen sollen ihre Berufsschule frei wählen können.
2546 Zusätzlich sollen diese besser digital ausgestattet werden und das Personal soll diesbezüg-
2547 lich besser geschult werden.

2548 Um dem Fachkräftemangel in den Pflegeberufen zu begegnen, wollen wir es ermöglichen,
2549 dass Berufsausbildungen in diesem Bereich auch an berufsbildenden Schulen absolviert
2550 werden können.

2551 Mit einer Garantie für eine Ausbildung werden wir jungen Menschen ohne betrieblichen Aus-
2552 bildungsplatz den Einstieg in das erste Ausbildungsjahr in einer Berufsschule/RBZ ermögli-
2553 chen. Nach dem Vorbild des Studentenwerks wollen wir die Auszubildenden durch ein „Aus-
2554 zubildendenwerk“ unterstützen. Dieses soll die gleichen Standards wie das Studentenwerk
2555 haben. Das Angebot kann beispielsweise die Bereitstellung von bezahlbaren Azubi-
2556 Wohnungen in angespannten Wohnungsmärkten bedeuten. Außerdem prüfen wir die Grün-
2557 dung einer beruflichen Hochschule nach Hamburger Vorbild.

2558 Vor allem von Frauen ausgewählte Berufszweige, wie der frühen Bildung, fehlt es an vergü-
2559 teten Ausbildungen. Wir setzen uns für schulgeldfreie, sozialversicherungspflichtig vergütete
2560 Ausbildungen ein. Die Berufsausbildung von Pflegefachkräften wollen wir auch an berufsbil-
2561 denden Schulen ermöglichen, um die steigende Nachfrage zu stillen. Auszubildenden in al-
2562 len Gesundheitsfachberufen soll es ermöglicht werden, den Zusatzunterricht zur Erlangung
2563 der Fachhochschulreife an berufsbildenden Schulen zu besuchen.

2564 Für Auszubildende, die Blockunterricht erhalten, muss sichergestellt sein, dass sie ein
2565 Wohnangebot erhalten, das sie sich mit ihrer Vergütung auch leisten können. Deswegen
2566 forcieren wir den Bau von Wohnheimen für Auszubildende. Bei Landes- und Bundesberufs-
2567 schulklassen werden Zuschüsse zur Deckung der Unterbringungskosten gezahlt.

2568 Derzeit schaffen viele Jugendliche den Übergang von Schule über Ausbildung in den Beruf
2569 nicht oder nur mit Verzögerung, obwohl viele Institutionen ein breitgefächertes Angebot an
2570 Hilfen bereitstellen. Beratung und Hilfestellung aus einer Hand bieten die Jugendberufsagen-
2571 turen. So fördert die Jugendberufsagentur Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt für die-
2572 jenigen, die ohne Berufsabschluss sind und dient durch ihr primäres Ziel der Hilfe bei der
2573 Ausbildungsplatzsuche der Fachkräfteoffensive. Die von sozialdemokratischen Bildungsmi-
2574 nister*innen auf den Weg gebrachten Jugendberufsagenturen sind ein Erfolgsmodell. Ihr
2575 Potenzial können sie jedoch nur entfalten, wenn sie flächendeckend tätig werden und Schu-
2576 len, Ämter, JobCenter und Agentur für Arbeit gemeinsam an Bord sind. Wir werden Kommu-
2577 nen bei der Einrichtung einer Jugendberufsagentur in allen Kreisen und kreisfreien Städten
2578 unterstützen und unter Beteiligung junger Menschen bestehende Jugendberufsagenturen
2579 entsprechend ihrer Bedürfnisse weiterentwickeln. Darüber hinaus werden wir für landesein-
2580 heitliche Standards bei den Jugendberufsagenturen eintreten. Darüber hinaus müssen die
2581 Agenturen auch bekannter werden. Um der ständigen Akademisierung entgegenzuwirken,
2582 müssen diese Schüler*innen, verstärkt Abiturient*innen vorgestellt werden.

2583 Wir wollen mit Kampagnen und Programmen weiterhin unterstützen, dass Jungen sich für
2584 soziale Berufe und Mädchen sich für die sogenannten MINT-Fächer interessieren und
2585 schließlich technische Berufe ergreifen. Der Ausbildungsplatz darf nicht daran scheitern,
2586 dass keine getrennten sanitären Anlagen verfügbar sind. Hierfür werden wir aus Landesmit-
2587 teln Gelder bereitstellen.

2588 Wir wollen, dass der Trave-Campus als wichtiger Leuchtturm der beruflichen Bildung im
2589 Handwerk realisiert wird. Dabei wird das Land finanziell und konzeptionell helfen und damit
2590 die in Lübeck ansässige Beschulung von Berufsschüler*innen sowie die überbetriebliche
2591 Ausbildung auch nach einem räumlichen Wechsel uneingeschränkt fortgesetzt werden kann.

2592 Den Klimawandel stoppen wir mit harter Arbeit im Handwerk. Ausgerechnet in diesem Be-
2593 reich fehlen viele Nachwuchskräfte. Vor allem Frauen entscheiden sich nur selten für eine

2594 handwerkliche Ausbildung. Mit einer landesweiten „Klimaretter-Kampagne“ wollen wir für die
2595 Berufe werben, die in den nächsten Jahrzehnten an vorderster Front gegen den Klimawan-
2596 del kämpfen. Wir brauchen Mechatroniker*innen, Anlagenmechaniker*innen, Baugerätefüh-
2597 rer*innen und viele weitere technische Berufe. In den nächsten Jahren müssen wir Wind-
2598 kraft- und Solaranlagen aufbauen, Dämmung in Gebäuden sanieren, Ladesäulen einrichten
2599 und Wärmenetze ausbauen. Wer das Klima retten will, wird im Handwerk dringend ge-
2600 braucht.

2601 **Mit lebensbegleitenden Lernen Perspektiven sichern**

2602 Lernen geschieht ein Leben lang. Die Veränderungen in der Arbeitswelt oder der demografi-
2603 sche Wandel zeigen, wie wichtig Weiterbildungsangebote für eine erfolgreiche Arbeitsbiogra-
2604 fie sind. Denn die Möglichkeit, sich stets weiterzubilden, sichert Perspektiven. Deshalb wol-
2605 len wir das Recht auf Weiterbildung mit Leben füllen. Gemeinsam mit den Vertreter*innen
2606 der Wirtschaft wollen wir Lösungen erarbeiten, die sicherstellen, dass Menschen bereits wei-
2607 tergebildet werden, wenn sie noch in Vollzeit beschäftigt sind. Dies soll sicherstellen, dass
2608 Menschen auch in der Zukunft garantiert eine Beschäftigung ausüben können, wenn Sie
2609 vom Strukturwandel betroffen sind.

2610 Unsere Schwerpunkte bilden die branchenorientierte Weiterbildung der Fachkräfte, um sie
2611 für neue berufliche Aufgaben zu qualifizieren, sowie das digitale Lernen in der Weiterbildung.
2612 Zudem wollen wir die Vernetzung in der Weiterbildung voranbringen. Bei allen Angeboten
2613 wollen wir vermehrt Frauen – gerade auch außerhalb von sogenannten Frauenberufen –
2614 erreichen, beziehungsweise dafür sorgen, dass ihnen entsprechende Angebote zugänglich
2615 sind.

2616 Darüber hinaus werden wir uns für die landesweite Vernetzung von Weiterbildungsangebo-
2617 ten einsetzen. Dazu werden wir prüfen, ob die Beratungs- und Angebotsstrukturen an kom-
2618 munalen Weiterbildungsstützpunkten zusammengeführt werden können. Hinzu kommt die
2619 Entwicklung und Förderung von freien, digitalen Lernangeboten (Open Educational Res-
2620 sources, OER), die auch über die Volkshochschulen (VHS) aktiv vermittelt und beworben
2621 werden können. Auf diese Weise können sich alle Bürger*innen eigenständig und kostenlos
2622 fortbilden. Um eine gute Weiterbildung zu ermöglichen, soll die Förderung und Zertifizierung
2623 von Angeboten in der beruflichen Weiterbildung an die Sicherstellung von guten Arbeitsbe-
2624 dingungen auch für Dozent*innen geknüpft werden.

2625 Wir wollen im Dialog mit den Volkshochschulen, den Hochschulen, den beruflichen Schulen
2626 und der Wirtschaft das bestehende Weiterbildungsgesetz zu einem vollwertigen Weiterbil-
2627 dungsfördergesetz reformieren. Dabei werden wir unter anderem die aktuellen Freistellungs-
2628 regelungen überprüfen und mit den Gewerkschaften neu und verbessert regeln sowie ver-
2629 bindliche Förderstandards festlegen oder über verbindliche Förderstandards diskutieren.
2630 Außerdem sollen sich berufliche Schulen und Hochschulen als eine ständige Einrichtung der
2631 lebensbegleitenden Fort- und Weiterbildung begreifen. Bei der dafür notwendigen techni-
2632 schen sowie personellen Ausstattung werden wir sie unterstützen.

2633 In Schleswig-Holstein gut studieren

2634 Zurzeit studieren in Schleswig-Holstein über 66.000 Menschen in einer breit aufgestellten
2635 Hochschullandschaft. Dabei freuen wir uns, dass jährlich tausende junge Menschen neu
2636 nach Schleswig-Holstein kommen, um bei uns ihr Studium zu beginnen.

2637 Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Digitalisierung auch im Studium neue Möglichkeiten
2638 eröffnet. Diese dürfen nach dem Ende der Pandemie nicht wieder verlorengehen. Mithilfe der
2639 Digitalisierung sind individuellere Betreuungsmöglichkeiten und „problem based learning“
2640 durch die Stärkung interaktiver Elemente möglich geworden. Auch die Möglichkeiten des
2641 Teilzeit-, Fern-, berufsbegleitenden Studiums sowie die Kombination von Studium und Fami-
2642 lienzeit müssen erhalten und ausgebaut werden. Wir werden zur Förderung dieser Lehr- und
2643 Lernformen einen Innovationsfonds einrichten.

2644 Die Online-Semester haben aber auch gezeigt, dass digitale Lehre das Präsenzstudium
2645 nicht ersetzen kann. Es braucht daher parallel eine ergebnisoffene und primär qualitative
2646 Aufarbeitung der Pandemieerfahrungen, die kultur- und geisteswissenschaftliche Perspekti-
2647 ven in substanziellem Umfang integriert. Das Studium und der Bildungserfolg leben für uns
2648 von Begegnungen auf dem Campus. Wir werden Investitionen in die Stärkung und Moderni-
2649 sierung der Hochschule als sozialer Ort ausbauen, um studentische Kultur, hochschulpoliti-
2650 sches Engagement, sowie die Bildung von Wissensnetzwerken nachhaltig zu fördern. Dies
2651 schließt für uns auch ein, auf dem Campus mittelfristig Partizipation am digitalen Uni-Alltag
2652 für alle Studierende zu ermöglichen. Notwendige Hardware muss finanziell schwächer ge-
2653 stellten Studierenden kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

2654 Ferner braucht es ruhige Arbeitsplätze, die für aktive Online-Beteiligung ausgelegt sind. Wir
2655 statten das Studierendenwerk und die Hochschulen mit den notwendigen Mitteln aus.

2656 Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit an den Hochschulen schaffen. Dazu gehört, die seit
2657 vielen Jahren eingefrorenen Vergütungen für Lehrbeauftragte und studentische Hilfskräfte
2658 der allgemeinen Kostenentwicklung zumindest anzunähern.

2659 Nach wie vor ist Berlin das einzige Bundesland mit einem Tarifvertrag für studentische und
2660 wissenschaftliche Hilfskräfte. Beide Gruppen dürfen nicht länger Arbeitnehmer*innen zweiter
2661 Klasse sein. Auch sie haben Anspruch auf eine tarifvertraglich ausgehandelte und abgesi-
2662 cherte Bezahlung und wir werden uns deshalb gemeinsam mit den Gewerkschaften für einen
2663 entsprechenden Tarifvertrag einsetzen.

2664 Auch wenn viele Studierende mit dem Bachelor einen erfolgreichen Berufseinstieg finden,
2665 bleibt für uns der Master der Studienabschluss, den alle erreichen können sollen. Wir wollen
2666 ein gutes und sozial gesichertes Studium vom ersten Semester bis zum Masterabschluss.
2667 Deshalb wird es mit uns weiterhin keine Studiengebühren bis zum Master geben und der
2668 Übergang vom Bachelor zum Master darf keine Kapazitätsfrage sein. Wir werden, wo es
2669 notwendig ist, die Kapazitäten von Masterstudiengängen erhöhen.

2670 Zur Unterstützung des Studienbeginns und des Studienverlaufes wollen wir die Studienbera-
2671 tung, insbesondere die psychosoziale Studienberatung, personell verstärken und das Pro-
2672 gramm „Studienstarthilfe“ weiter ausbauen.

2673 Selbstbewusste Hochschulen brauchen selbstbewusste Gremien unter Beteiligung aller
2674 Gruppen. Hochschulen sind keine Unternehmen und deshalb sollte das Management eine
2675 dienende und keine beherrschende Funktion haben. Effiziente Strukturen, insbesondere
2676 durch Digitalisierung, z. B. durch Shared-Service-Center und gemeinsame Infrastrukturen,
2677 wollen wir fördern. Wir wollen die Anzahl der Studienplätze für eine akademische Pflegeaus-
2678 bildung in Schleswig-Holstein erhöhen, um den komplexeren Anforderungen an den Pflege-
2679 beruf und in der Gesundheitsversorgung gerecht zu werden. Unser Ziel ist es daher, weitere
2680 Pflegestudiengänge an Hochschulen und Fachhochschulen in Schleswig-Holstein einzurich-
2681 ten. Laut der Empfehlungen von Fachgesellschaften sollten ca. 20 Prozent der Berufsgruppe
2682 der Pflegenden akademisch ausgebildet sein. Das steigert die Qualität der Versorgung und
2683 die Attraktivität des Berufes.

2684 Viele Schüler*innen haben psychische Probleme oder Erkrankungen. Hierauf müssen Lehr-
2685 amtsstudent*innen angemessen ausgebildet und sensibilisiert werden. Deshalb führen wir
2686 eine Vorbereitung auf den Umgang mit psychischen Problemen und Erkrankungen im Lehr-
2687 amtsstudium ein.

2688 Den Klimawandel stoppen wir nicht durch immer neue Zielvorgaben, sondern vor allem mit
2689 harter Arbeit und technologischen Innovationen. Ausgerechnet in diesem Bereich fehlen vie-
2690 le Nachwuchskräfte. Vor allem Frauen entscheiden sich zu selten für ein Studium im MINT-
2691 Bereich für den Weg in höheren Karrierestufen. Es geht um Diversität und Repräsentation
2692 von Menschen mit interkulturellem Hintergrund oder verschiedener Geschlechter, sondern
2693 auch um ökonomische, intersektionale Gerechtigkeit. Ziel muss es deshalb sein, in der Bil-
2694 dung für jede*n Chancengleichheit und -gerechtigkeit herzustellen, ohne Personen dabei
2695 einzuschränken. Zudem bedarf es einer Förderung von Mentoring-Programmen außerhalb
2696 der schulischen Bildung, z. B. zwischen Studierenden und Schüler*innen. Die Peer-Tutoring-
2697 Programmen zur Verbesserung der MINT-Bildung sollen gefördert werden. Mit einer landes-
2698 weiten „Klimaretter-Kampagne“ wollen wir für die Studiengänge werben, deren Absol-
2699 vent*innen in den nächsten Jahrzehnten an vorderster Front gegen den Klimawandel kämp-
2700 fen werden. Wir brauchen Physiker*innen, Chemiker*innen, Informatiker*innen, Elektroinge-
2701 nieur*innen und viele weitere Expert*innen. In den nächsten Jahren müssen wir Windkraft-
2702 und Solaranlagen optimieren, Stromnetze smart machen, industrielle Prozesse durch Inno-
2703 vationen dekarbonisieren und saubere Kraftstoffe in großem Maßstab produzieren. Wer das
2704 Klima retten will, sollte ein Studium im MINT-Bereich beginnen.

2705 Das Studentenwerk Schleswig-Holstein muss personell und finanziell so ausgestattet wer-
2706 den, dass der weit unterdurchschnittliche Versorgungsgrad an öffentlich gefördertem studen-
2707 tischem Wohnraum mittelfristig auf den Bundesdurchschnitt gehoben wird. Wir wollen die
2708 psychosoziale Beratung weiter ausbauen und für Auszubildende vergleichbare Angebote
2709 schaffen. Darüber hinaus wollen wir das Studentenwerk personell so ausstatten, dass BA-
2710 fÖG-Anträge zeitnah bearbeitet werden können.

2711 Praxiserfahrungen stellen einen zentralen Bestandteil eines guten Lehramtsstudiums dar.
2712 Jedoch darf dabei nicht übersehen werden, dass viele Studierende zur Finanzierung auf Ne-
2713 benjobs angewiesen sind, die sie während eines Praxissemesters oder auch während Prak-
2714 tika nicht fortführen können. Deshalb prüfen wir die Möglichkeit für eine finanzielle Vergütung
2715 von Praxisphasen im Lehramtsstudium.

2716 Die Vernetzung und der Austausch von Erfahrungen ist wichtig. Deshalb etablieren wir die
2717 Einführung einer hochschulübergreifenden digitalen Plattform zum Austausch zwischen allen
2718 Studierenden und Dozierenden

2719 Die Prüfungs- und Veranstaltungsanmeldung muss studierendenfreundlicher gestaltet wer-
2720 den: durch Abmeldemöglichkeiten auch für Hausarbeiten, rechtzeitige Veröffentlichung der
2721 Anmeldemodalitäten und die Abschaffung des Windhund-Vergabeverfahrens. Die Verschu-
2722 lung des Bachelor- und Masterstudiums muss durch mehr Wahlmöglichkeiten und weniger
2723 Modulprüfungen verringert werden. Es braucht die Abschaffung von Anwesenheitspflichten
2724 in allen Veranstaltungen und die Gestaltung. Des Weiteren braucht es eine Erleichterung bei
2725 der Anrechnung von erbrachten Leistungspunkten beim Wechsel zwischen Universität und
2726 Fachhochschule sowie der Hochschulen untereinander.

2727 Hochschulen sollen Freiversuche in ihren Prüfungsordnungen vorsehen müssen.

2728

2729 **6. Mission „Wir machen Wohnen in Schleswig-Holstein bezahlbar“**

2730 Eine Wohnung zu finden oder ein Haus zu kaufen wird in vielen Städten und Dörfern zu einer
2731 immer größeren Herausforderung – selbst mit gutem Einkommen. Die Frage nach bezahlba-
2732 rem Wohnraum ist eine entscheidende soziale Frage. Eine sozialdemokratische Landesre-
2733 gierung wird sich für bezahlbare Mieten einsetzen und gleichzeitig dafür sorgen, dass sich
2734 Menschen mit normalen Einkommen den Traum vom Wohneigentum erfüllen können.

2735 **Besser in Schleswig-Holstein wohnen**

2736 Wohnen ist ein Grundrecht, jeder Mensch benötigt ein Dach über dem Kopf. Neben dem
2737 Neubau von Wohnraum müssen wir auf weiteren Wegen dafür sorgen, dass alle ein Zuhau-
2738 se haben. Dieses Zuhause muss bezahlbar sein.

2739 Wir brauchen einen breiten gesellschaftlichen Konsens und ein klares Bekenntnis zu dem
2740 Ziel, allen Menschen im Land angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu
2741 stellen. Wir fordern deshalb, das Recht auf bezahlbaren Wohnraum in der Landesverfassung
2742 zu verankern!

2743 Mittelfristig sorgen nur ausreichend Wohnungen und Häuser dafür, dass Preise bezahlbar
2744 bleiben. Deshalb wollen wir in beliebten Wohnlagen deutlich mehr bauen. Bis die Gebäude
2745 fertig sind, müssen wir aber das schnelle Wachstum der Mieten in einzelnen Regionen be-
2746 grenzen. Dafür braucht es politische Antworten.

2747 Die aktuelle Landesregierung hat die für angespannte Wohnungsmärkte geschaffene Miet-
2748 preisbremse und die von 20 auf 15 Prozent reduzierte Kappungsgrenze abgeschafft. Diese
2749 Fehlentscheidung muss dringend korrigiert werden, die Mietpreisbremse muss entfristet und
2750 die Kappungsgrenze in angespannten Wohnungsmärkten herabgesetzt werden. Wir werden
2751 dabei die bundesrechtlichen Möglichkeiten der Absenkung der Kappungsgrenze wieder voll
2752 ausschöpfen.

2753 Das Land muss die Städte und Gemeinden finanziell und fachlich dabei unterstützen, durch
2754 qualifizierte Mietspiegel Transparenz auf den lokalen Wohnungsmärkten herzustellen und,

2755 wo nötig, Mieterhöhungen zu begrenzen. Kooperationen von Gemeinden sollen dabei be-
 2756 sonders gefördert werden.

2757 Der Mietwohnungsmarkt in Schleswig-Holstein ist sehr divers. Vielfältige Akteure stellen
 2758 Wohnraum für unterschiedliche Bedürfnisse bereit, unter ihnen Genossenschaften, private
 2759 sowie kommunale Wohnunternehmen und Privatpersonen. Hierbei sind kommunale Woh-
 2760 nungsbaugesellschaften und Genossenschaften für uns wichtige Partner, wenn es um die
 2761 Schaffung von bezahlbarem Wohnraum geht. Wir werden deshalb die gemeinwohlorientier-
 2762 ten Genossenschaften stärken und Neugründungen unterstützen.

2763 Das Land muss seine gesetzgeberischen Kompetenzen auch im Steuerrecht nutzen, um die
 2764 Kosten für den sozialen Wohnungsbau und die Schaffung von Wohneigentum für besondere
 2765 Zielgruppen zu senken. Eine Reduzierung der Grunderwerbsteuer für Familien mit Kindern
 2766 bei erstmaligem Immobilienerwerb ist deshalb sinnvoll.

2767 Wir bringen eine Landesentwicklungsstrategie bis 2050 auf den Weg, die langfristig und ge-
 2768 zielt die Herausforderungen des Wohnungsmarkts bewältigt. Zu dieser Strategie gehören:

- 2769 • Die regelmäßige Fortschreibung der Wohnungsmarktprognosen.
- 2770 • Die notwendige Steuerung der Wohnbebauung über differenzierte Raum- und Regio-
 2771 nalplanung zum Ausgleich von Wachstum und gesunder Schrumpfung.
- 2772 • Die Initiierung, Moderation und Förderung von Stadt-Umland-Kooperationen, insbe-
 2773 sondere zwischen den Ober- und Mittelzentren und ihren Umlandgemeinden für eine
 2774 ausgleichende Verteilung von Wohnraum und Infrastruktur.
- 2775 • Die perspektivische Entwicklung des ländlichen Raumes, um den „Donut-Effekten“ zu
 2776 begegnen und gleichzeitig Mietwohnungsbau und innovativen Eigentums-
 2777 Wohnungsbau in zukunftsfähigen, verdichteten und baukulturell angepassten Bau-
 2778 formen zu ermöglichen, d.h. eine neue Phase der Stadtentwicklung und der Stadt-
 2779 Umland-Beziehungen muss eingeleitet werden.
- 2780 • Wir richten eine Landeskoordinierungsstelle Wohnungstausch ein und stellen Gelder
 2781 für kommunale Wohnungstauschagenturen zur Verfügung, um die sich über Jahre
 2782 verändernden Bedarfe an Wohnraum solidarisch zu erfüllen.

2783 Neben der Schaffung von neuem Wohnraum, wollen wir auch den aktuellen Wohnungsbe-
 2784 stand erhalten. Wir wollen neben dem Neubau dem Bestandserhalt und der Bestandspflege
 2785 mehr Aufmerksamkeit widmen. So müssen wir beispielsweise dafür sorgen, dass Sanie-
 2786 rungsarbeiten schneller durchgeführt werden können. Damit sichern wir auch im Bestand
 2787 mehr Lebensqualität.

2788 In besonders von Gentrifizierung und Verdrängung angestammter Mieter*innen bedrohten
 2789 Quartieren sind zudem Erhaltungssatzungen wichtig. Darüber hinaus müssen Instrumente
 2790 gestärkt werden zur Erschwerung der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Wir
 2791 werden mit einer eigenen Landesverordnung den sogenannten Umwandlungsstopp nach §
 2792 250 BauGB auch auf die angespannten Wohnungsmärkte in Schleswig-Holstein anwenden.

2793 Bezahlbares Wohnen muss in allen Quartieren möglich sein. Unsere Kommunen haben mit
 2794 einer verantwortungsbewussten Planung dafür Sorge zu tragen, dass für alle Einkommens-
 2795 gruppen und gesellschaftlich schutzbedürftige Gruppen ausreichend Wohnraum zur Verfü-

2796 gung steht. Hierzu gehören im Besonderen Wohnungs- und Obdachlose sowie Frauen in
2797 Notlagen. Wir werden daher überprüfen, wie wir Modellprojekte, wie zum Beispiel „Housing
2798 First“, in Schleswig-Holstein umsetzen können.

2799 **In Zukunft wohnen wir in der smarten Gartenstadt**

2800 Die demografische Entwicklung erfordert den Neubau von Wohnungen. Die Möglichkeiten
2801 einzelner Kommunen sind begrenzt. Es fehlt an Flächen, personellen Kapazitäten und Infra-
2802 struktur. Wir setzen uns ein für eine Baulandoffensive, mit der wir Kommunen bei der Ent-
2803 wicklung neuer Wohnbauflächen unterstützen. Durch die Weiterentwicklung des Bodenfonds
2804 und eine Entwicklungsgesellschaft wollen wir die Kommunen in Schleswig-Holstein bei akti-
2805 vier Standort- und Liegenschaftspolitik unterstützen und so effektiver Bauland entwickeln.
2806 Mieten und Wohneigentum werden dauerhaft nur bezahlbar bleiben, wenn wir Städte weiter-
2807 entwickeln und punktuell neue Flächen für Stadtentwicklung und neue Stadtteile schaffen.
2808 Auf diesen neuen Flächen besteht das Potenzial, zukunftsfähige, smarte, klimaangepasste
2809 Modellprojekte im Sinne einer Gartenstadt des 21. Jahrhunderts zu entwickeln. Wir wollen
2810 Konzepte der Stadtentwicklung fördern, die die hohe Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit
2811 der Menschen in Schleswig-Holstein dauerhaft garantiert.

2812 Deshalb muss das Land wieder selbst aktiv als Akteur auf dem Wohnungsmarkt auftreten
2813 können und handlungsfähiger werden. Wir gründen deshalb eine eigene Landesentwick-
2814 lungsgesellschaft, die sich als Partnerin unserer Kommunen und der Wohnungswirtschaft
2815 versteht. Diese Gesellschaft soll dort tätig werden, wo es keine kommunalen Strukturen gibt
2816 oder diese nicht ausreichen, um Flächen zu mobilisieren und Planung voranzubringen. Sie
2817 soll die Städte und Gemeinden bei der Gründung kommunaler Wohnungsgesellschaften un-
2818 terstützen, Serviceleistungen für Wohnraum im kommunalen Eigentum anbieten und in Zu-
2819 sammenarbeit mit den jeweiligen Kommunen eigenen Wohnraum schaffen, wo dies mit be-
2820 stehenden örtlichen Strukturen allein nicht geleistet werden kann. So können je nach örtli-
2821 chen Gegebenheiten auch kleinere Kontingente an Wohnungen geschaffen und verwaltet
2822 werden, ohne dass die Kommune selbst Strukturen und Kompetenzen vorhalten muss. Da-
2823 mit können auch gezielt Lücken in der Versorgung mit Wohnraum, insbesondere auch bei
2824 speziellen Wohnformen, geschlossen werden. Das gilt beispielsweise für wohnungslose
2825 Menschen, kinderreiche Familien mit geringem Einkommen oder Frauen, die aufgrund von
2826 Gewalt aus ihrer Wohnung ausziehen müssen. Bei diesen speziellen Wohnungsangeboten
2827 soll eine geeignete Beteiligungsform der betreffenden Kommunen gefunden werden.

2828 Das Land wird zusammen mit Kommunen und/oder Genossenschaften in die langfristige
2829 Entwicklung von neuen Orten und Stadtteilen investieren sowie vorhandene Stadtstrukturen
2830 im großen Stil weiterentwickeln, um in den nächsten zehn Jahren 100.000 neue Wohneinhei-
2831 ten in smarten, klimaangepassten Strukturen, die ins Land passen, zu bauen. Dabei wird die
2832 Landesentwicklungsgesellschaft mit den Kommunen und der Wohnungswirtschaft zusam-
2833 menarbeiten und, wo es nötig ist, selbst aktiv bauen, wenn dort niemand anderes baut. Dafür
2834 wollen wir gemeinsam mit den Kommunen und der Wohnungswirtschaft Räume und Orte, in
2835 denen am dringendsten Wohnraum benötigt wird, identifizieren. Modulares Bauen kann da-
2836 bei Kosten senken und den Bauvorgang beschleunigen. Darüber hinaus werden wir uns für
2837 die Digitalisierung der zuständigen Baubehörden einsetzen. So beschleunigen wir die Ge-
2838 nehmungsverfahren sowie die Bauplanungen und sorgen schneller für neuen Wohnraum.

2839 Wir wollen, dass unsere Städte und Dörfer lebenswerte Orte sind. Daher werden wir öffentli-
2840 che Parks und Kleingärten fördern und Ansätze des urban gardening oder Parklets unter-
2841 stützen. Begrünte Flächen bereichern als Rückzugsorte unseren Alltag.

2842 Wir werden uns für die Entsiegelung von Flächen einsetzen, die aufgrund von demografi-
2843 schen und wirtschaftlichen Entwicklungen nicht mehr für Wohnraum oder andere Nutzungen
2844 geeignet sind. Dies wird auch die Flächen ausgleichen können, die wir für die Schaffung
2845 neuer Wohnungen bebauen müssen. Die Siedlungsentwicklung muss konsequent auf die
2846 Nachhaltigkeitsstrategie ausgerichtet werden. Der Flächenverbrauch muss 2050 bilanziell
2847 ausgeglichen sein.

2848 Wir wollen den Umbau von Innenstädten organisieren, um modernen Wohnraum zu schaf-
2849 fen. Das sogenannte Redewvelopment, die Umwandlung von nicht genutzten Büroflächen
2850 oder leerstehenden Ladengeschäften in Wohnraum, kann neue Wohnungen entstehen las-
2851 sen. Denn durch den verstärkten Einsatz von Homeoffice sowie mobiler Arbeit und auch das
2852 veränderte Konsumverhalten werden nicht alle gewerblichen Leerstände in unseren Städten
2853 neu vermietet. Wenn wir Teile dieser Leerstände als Wohnungen neu zur Verfügung stellen,
2854 erhöhen wir nicht nur den Wohnraum, sondern beleben auch wieder unsere Innenstädte zum
2855 Wohle aller Einwohner*innen.

2856 Der Wegfall der Belegbindungen für sozialen Wohnraum muss dringend durch neue Woh-
2857 nungen ausgeglichen werden. Hierfür müssen jährlich durch Neubau und Sanierung mindes-
2858 tens 4.000 mit Belegbindungen versehene Wohnungen in angemessener Größe entstehen,
2859 damit der Bestand langfristig erhöht wird. Unser Ziel ist es, dass wir in Schleswig-Holstein
2860 wieder 120.000 öffentlich geförderte Wohnungen haben. Für dieses strategische Ziel sind die
2861 Erhaltung des Zweckvermögens Wohnungsbau für Schleswig-Holstein und die ebenso drin-
2862 gend notwendige Ausstattung mit zusätzlichen Fördermitteln aus den Kompensationszah-
2863 lungen des Bundes langfristig sicherzustellen.

2864 Es bedarf höherer Haushaltsmittel und attraktiver Fördersätze und -bedingungen für den Bau
2865 von öffentlich gefördertem Wohnraum und die Schaffung von Belegplätzen im Bestand. In
2866 enger Abstimmung mit Investitionsbank, der Wohnungswirtschaft und Kommunen sollen die
2867 Mittel auch genutzt werden, um auslaufende Belegbindungen zu verlängern. Wir müssen
2868 ausreichend öffentlich geförderte Wohnungen barrierefrei errichten und für am Wohnungs-
2869 markt besonders benachteiligte Gruppen zur Verfügung gestellt werden.

2870 Langfristiges Ziel sollte in den Städten Schleswig-Holsteins ein so relevanter Anteil des
2871 Wohnungsbestandes in kommunaler (oder genossenschaftlicher) Hand sein, dass die Kom-
2872 munen dauerhaft ausreichend bezahlbaren und sozialgebundenen Wohnraum vorhalten
2873 können. Durch ein umfassendes gesetzliches Vorkaufsrecht müssen Kommunen, in denen
2874 der Wohnungsmarkt angespannt ist, stärker in die Lage versetzt werden, Immobilien zu ei-
2875 nem limitierten Preis (z.B. ermittelt anhand der sozialverträglich erzielbaren Miete) zum Zwe-
2876 cke der Schaffung bezahlbaren Wohnraums erwerben zu können. Städte mit angespannten
2877 Wohnungsmärkten müssen in ihrem gesamten Gemeindegebiet ihr Vorkaufsrecht für brach-
2878 gefallene oder unbebaute Grundstücke ausüben dürfen. Darüber hinaus wollen wir, dass
2879 beim Verkauf von Wohnungen durch die Kommune auch gemeinwohlorientierte Kriterien
2880 eine Rolle spielen.

2881 Wir wollen die Gründung eines Landesbündnisses für bezahlbares Wohnen, Bauen und
2882 Konversion. Mit dem Bündnis soll ein zentrales Gremium zur Bewältigung aktueller woh-
2883 nungspolitischer Herausforderungen ins Leben gerufen werden. Im Rahmen dieses Bünd-
2884 nisses werden wir mit Kommunen, Wohnungswirtschaft und Verbänden gemeinsame Lösun-
2885 gen für den steigenden Wohnungsbedarf unter Berücksichtigung der sozialen, demografi-
2886 schen und nachhaltigen Anforderungen beraten und entwickeln.

2887 Angesichts der hohen Bau- und Immobilienpreise wird es gerade für junge Familien immer
2888 schwerer, sich den Traum vom Wohneigentum zu erfüllen. Das häufigste Problem ist, dass
2889 es am nötigen Eigenkapital fehlt. Dabei gibt es kaum eine bessere Möglichkeit als den Er-
2890werb von Immobilien, um Vermögen aufzubauen, für das Alter vorzusorgen und sich dauer-
2891haft von steigenden Mieten unabhängig zu machen. Wir werden deshalb prüfen, wie bei-
2892spielsweise das Modell des Mietkaufes staatlich gefördert werden könnte. Als weitere Alter-
2893native werden wir das Programm „Jung kauft alt“ weiter unterstützen.

2894 Die Landesregierung muss Kommunen die Möglichkeit geben, Bauland für junges Wohnen
2895 benennen zu können. Entsprechend der Bedarfe junger Menschen, gelten auf diesen Flä-
2896chen flexible und einfachere Standards für den Schallschutz, die Ausstattung der Wohnun-
2897gen mit Balkonen, Dachterrassen oder Fahrstühlen, die einen beschleunigten und kostenre-
2898duzierten Wohnungsbau ermöglichen. Es sind kleinere Wohneinheiten zu realisieren, die so
2899zu konstruieren sind, dass sie in einer späteren Nutzungsphase ohne größeren Aufwand
2900zusammengelegt werden können. So sollen schnell aber mit Weitblick bezahlbare Wohnun-
2901gen für eine besonders von der Wohnungsnot betroffene Gruppe von Menschen geschaffen
2902werden.

2903 Wie auch in anderen Bundesländern müssen die Kommunen die Möglichkeit bekommen,
2904 durch ein Wohnraumaufsichts- und Wohnraumschutzgesetz Verfall und Verwahrlosung von
2905Wohnraum wirksam zu bekämpfen und unzumutbare Mängel an Mietwohnungen auf Kosten
2906der Eigentümer*innen zu beseitigen.

2907 Damit die schleswig-holsteinischen Kommunen ihre Aufgabe als Bauverantwortliche wahr-
2908nehmen können, müssen Kreditaufnahmen für den Ankauf und die Bebauung von Grundstü-
2909cken Priorität haben und dürfen daher keinen Kürzungen unterliegen.

2910 Zur Stärkung der regionalen Baukultur loben wir einen Schleswig-Holsteinischen Landes-
2911baupreis für herausragende Innovationen im Wohnungs- und Städtebau aus. Ausgezeichnet
2912werden herausragende Wohnraum- und Quartierskonzepte für unterschiedliche gesellschaft-
2913liche Zielgruppen mit leistbaren Mieten sowie die vorbildliche Berücksichtigung sozialer, öko-
2914nomischer und ökologischer Aspekte wie auch regionaler Besonderheiten und der Baukultur
2915insgesamt.

2916 Wir fördern Tiny Houses. Diese bieten Wohnraum auf kleiner Fläche und sind somit kosten-
2917und platzsparend. Derzeit ungenutzte Entwicklungsflächen in Städten sollen, wo sinnvoll,
2918vorübergehend für mobile Tiny Houses nutzbar gemacht werden. Deshalb wollen wir ein
2919Modellprojekt, das Tiny House Siedlungen, auch unter Berücksichtigung sozialer Aspekte in
2920verschiedenen Regionen realisieren und vermieten soll.

2921 Für uns bleibt die Stärkung und Förderung unserer Quartiere mit vernetzten und solidari-
2922schen Nachbarschaften ein notwendiges Instrument vorausschauender Sozialpolitik. Quar-

2923 tiere als zentrale Orte der Begegnung, gesellschaftlicher Teilhabe und bürgerschaftlichen
2924 Engagements wollen wir in ihrer Funktionsfähigkeit weiter ausbauen. Dafür wollen wir auch
2925 in die Aufwertung des Wohnumfelds investieren. Hierzu gehören für uns öffentliche Räume
2926 genauso dazu wie Wohnkonzepte von Unternehmen und soziale Institutionen, die zusätzli-
2927 che Begegnungsräume für das Quartier anbieten. In den Wohnungsbauprogrammen ist da-
2928 rauf zu achten, dass sich alle Maßnahmen am Gemeinwohl orientieren. Die Schaffung von
2929 bezahlbarem Wohnraum mit sozialer Bindung sichert eine gute soziale Durchmischung in
2930 unseren lebenswerten Quartieren.

2931 **Wir sichern den Boden unter unseren Füßen**

2932 Der Boden unter unseren Füßen ist eine endliche Ressource. Des Weiteren erfüllt er lebens-
2933 notwendige Funktionen für alle Ökosysteme als Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Deswe-
2934 gen müssen wir den Boden für kommende Generationen schützen und erhalten. Wir müssen
2935 schädliche Einflüsse wie Erosion oder die Verdichtung des Bodens minimieren. Um die Inte-
2936 ressen von Natur- und Klimaschutz, Naherholung, Wohnungsbau Gewerbe und Landwirt-
2937 schaft auszutarieren, werden wir kluge Konzepte und ehrgeizige Planungen gemeinsam mit
2938 den Kommunen entwickeln. Wir handeln nach dem Grundsatz 'So wenig Bodenversiegelung
2939 wie nötig, so viel Bodenentsiegelung wie möglich'.

2940 Kommunale Bodenbevorratung sollte wieder ermöglicht werden. Die Rolle der Landgesell-
2941 schaft ist im kommunalen Interesse zu justieren.

2942 Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), Deutsche Bahn und Gebäudemanagement
2943 Schleswig-Holstein (GMSH) müssen den Kommunen schneller und noch deutlich mehr ent-
2944 behrliche Grundstücke zu günstigen Konditionen anbieten, damit diese dort bezahlbaren
2945 Wohnraum schaffen können.

2946 Wir werden den Kommunen in Schleswig-Holstein durch eine entsprechende Verordnung
2947 ermöglichen, die erweiterten Instrumente des Baulandmobilisierungsgesetzes anzuwenden.
2948 Dazu gehören eine Satzungsermächtigung zur Erweiterung der gemeindlichen Vorkaufsrech-
2949 te, die schnelle Anpassung veralteter Bauleitpläne und die leichtere Anwendung des Bauge-
2950 bots für unbebaute Grundstücke. So wollen wir, wo es nötig ist, den Kommunen die Möglich-
2951 keit geben, für mehr bezahlbaren Wohnraum zu sorgen.

2952

2953 **7. Mission „Wir ermöglichen Mobilität überall in Schleswig- 2954 Holstein“**

2955 Die Mobilität der Zukunft muss nachhaltig, komfortabel, digital und bezahlbar sein – egal ob
2956 im ländlichen oder urbanen Raum. Gleichzeitig ist sie wesentliche Voraussetzung für wirt-
2957 schaftlichen Wohlstand. Ob auf der Straße, auf der Schiene oder auf dem Wasser, wir wer-
2958 den Mobilität in ganz Schleswig-Holstein sicherstellen. Wir wollen den ÖPNV finanziell stär-
2959 ken und dabei neue Wege gehen, um auch neue Finanzquellen zu öffnen. Darum werden wir
2960 Instrumente der Drittfinanzierung, wie beispielsweise das Job-Ticket, weiterentwickeln und
2961 weiterdenken. Die Mobilität der Zukunft erfordert eine übergreifende Verkehrsplanung des
2962 Landes, die mit der Siedlungs- und Flächenplanung verknüpft ist und die Vernetzung mit der
2963 Metropolregion Hamburg und unseren dänischen Nachbar*innen gewährleistet.

2964 **Unsere neue Mobilität ist schnell, bezahlbar und klimaneutral**

2965 Alle Menschen müssen schnell, bezahlbar und klimafreundlich von A nach B gelangen kön-
2966 nen. Dafür müssen wir Mobilität neu denken. Unsere Kriterien dazu sind: Nachhaltigkeit, Be-
2967 zahlbarkeit, Barrierefreiheit und Verlässlichkeit. Zur neuen Mobilität gehört auch, dass wir vor
2968 allem in den Städten den Individualverkehr reduzieren. Immer mehr Menschen wollen auf
2969 Bus, Bahn, das Rad umsteigen oder auch mehr Strecken zu Fuß gehen. Wir müssen ihnen
2970 dafür attraktive Rahmenbedingungen bieten.

2971 Jeder eingesparte PKW-Kilometer ist gut. Trotzdem gehört zur Realität eines Flächenlandes
2972 wie Schleswig-Holstein, dass auch in Zukunft nicht überall zu jeder Zeit ein Bus oder gar
2973 eine Bahn fahren kann. Kinder zur Kita und später zum Sport bringen, zur Arbeit fahren und
2974 den Wocheneinkauf erledigen: Das gelingt in kleinen Orten mit größerer Entfernung zur
2975 nächsten Stadt nicht mit dem ÖPNV. Daher bleibt die individuelle Mobilität mit dem Auto für
2976 viele Menschen wichtig und deshalb ist sie auch fester Bestandteil unseres Mobilitätskon-
2977 zepts. Entscheidend ist, dass das Auto in absehbarer Zeit keine Schadstoffe mehr aussto-
2978 ßen darf.

2979 Der Antrieb wird künftig vor allem über Strom erfolgen, in einigen Bereichen auch mit Was-
2980 serstoff oder synthetischen Kraftstoffen auf der Grundlage erneuerbarer Energien. Diesen
2981 Übergang müssen wir gestalten. Viele, die auf ihr Auto angewiesen sind, können sich nicht
2982 einfach mal eben ein Fahrzeug mit neuem Antrieb kaufen. Wir wollen Rahmenbedingungen
2983 schaffen, dass sich auch Menschen mit geringen Einkommen klimafreundliche Mobilität mit
2984 dem Auto leisten können.

2985 Unser Ziel ist eine klimaneutrale Mobilität für alle. Dafür werden wir die Verkehrswende vo-
2986 ranbringen und bis 2030 in ganz Schleswig-Holstein ein modernes und klimafreundliches
2987 Mobilitätssystem aufbauen, das mit den Verkehrsströmen nach Hamburg und Dänemark
2988 klug verbunden ist. Als Land sehen wir unsere Verantwortung vor allem darin, gemeinsam
2989 mit Bund und Kommunen sowie Unternehmen eine leistungsfähige Infrastruktur zu organisie-
2990 ren. Das betrifft Autobahnen genauso wie Radwege, Schienen oder Wasserwege.

2991 Ein Schwerpunkt muss hier die kluge Verknüpfung und Verlässlichkeit der Verkehre sein.
2992 Wer z. B. am Bahnhof in den Bus umsteigt, darf keine lange Wartezeit haben.

2993 Unser Ziel bleibt ein einheitlicher Tarifverbund im Norden. Das führt zu mehr Transparenz
2994 und Verständlichkeit. Darüber hinaus werden wir den Schleswig-Holstein-Tarif weiterentwi-
2995 ckeln und attraktiver gestalten, beispielsweise durch die Einführung von (preisgünstigen)
2996 Mehrfachfahrtscheinen. Dabei setzen wir uns weiterhin für einen bezahlbaren öffentlichen
2997 Nahverkehr ein und werben im Verbund dafür, Modelle wie vergünstigte Zeittickets umzuset-
2998 zen. Wir werden dafür sorgen, dass die Preise mittelfristig für Tickets aus dem schleswig-
2999 holsteinischen Tarifverbund NAH.SH nicht mehr ansteigen.

3000 Unser langfristiges Ziel ist es, dass insbesondere Kinder, Jugendliche und Menschen mit
3001 Behinderungen Bus und Bahn kostenfrei nutzen können. Auf dem Weg zur entgeltfreien Nut-
3002 zung von Bus und Bahn wollen wir zusammen mit den Kommunen ein 365-Euro-Ticket für
3003 Kinder und Jugendliche einführen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Schülerbeförde-
3004 rungskosten für Schüler*innen in ganz Schleswig-Holstein abschaffen abgeschafft werden.
3005 Ebenso wollen wir die Einführung eines Azubi-Tickets sowie eines Tickets für Freiwilligen-
3006 dienstleistende erreichen.

3007 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung für die Zukunft unserer Mobilität nutzen. Zusam-
3008 men mit der Metropolregion Hamburg und Dänemark wollen wir eine smarte öffentliche Platt-
3009 form entwickeln, die Schnittstellen für verschiedene Anwendungen bietet. Als ein Projekt
3010 wollen wir Bus und Bahn intelligenter miteinander verknüpfen und auch den individuellen
3011 Verkehr besser steuern. Beispielsweise können so geplante Baustellen besser aufeinander
3012 abgestimmt werden, um Staus zu reduzieren. Auch Großereignisse wie Konzerte oder Fuß-
3013 ballspiele können in ihren Auswirkungen eingeplant werden.

3014 Wir werden den Ausbau eines kundenfreundlichen ÖPNV fördern. Dafür sollen vor allem
3015 alternative Antriebe sowie schienengebundene Systeme gefördert werden. Wenn die Men-
3016 schen auf klimafreundliche Verkehrsmittel umsteigen sollen, dann muss es auch in ländli-
3017 chen Regionen ein entsprechend attraktives und bezahlbares Angebot geben. Wir werden
3018 ein Förderprogramm für die Kommunen auflegen, welches die Möglichkeiten von „Mobility-
3019 as-a-Service“ fördert – d.h. Ride-Hailing-Dienste (Personenbeförderung durch Apps), Car-
3020 und Bikesharing, Shuttlediensten, Anruf-Sammel-Taxis usw. – als Ergänzung zum beste-
3021 henden ÖPNV, ohne diesen damit zu schwächen. Wir wollen Bus und Bahn intelligenter mit-
3022 einander verknüpfen und neue Technologien für zukünftige Mobilitätsangebote nutzen. Die
3023 weite Verbreitung von Smartphones eröffnet in diesem Bereich inzwischen ganz andere
3024 Möglichkeiten als noch vor 20 Jahren. In ein modernes Konzept des ÖPNV gehören auch die
3025 Bürgerbusse, die noch zu wenig mit Fördergeldern unterstützt werden und eine attraktive
3026 Gestaltung von Haltestellen.

3027 Wir werden die Gründung von Mobilitätsgenossenschaften, die selbstorganisiert alternative
3028 Mobilitätskonzepte umsetzen wollen, mit Beratung, finanziellen Anreizen und einer dezentral
3029 nutzbaren digitalen Organisations- und Vernetzungsplattform unterstützen.

3030 Neues Mobilitätsdenken bedeutet auch, innovative Gesamtlösungen für die Entlastung von
3031 mit Straßenverkehr besonders betroffenen Wohngebieten zu entwickeln und umzusetzen. Im
3032 Interesse einer Verbesserung der Wohnqualität wird die Landesregierung derartige innovati-
3033 ve Lösungen unterstützen.

3034 **Der moderne Schienenverkehr leistet seinen Beitrag zum Klima-** 3035 **schutz und zur Stärkung der ländlichen Räume**

3036 Insbesondere bei der Entwicklung des Schienenverkehrs in Schleswig-Holstein setzen wir
3037 auf Innovation. Aus historischen Gründen sind in unserem Land nur rund ein Drittel der
3038 Schienenwege elektrifiziert. Wir wollen weitere Oberleitungen bauen und so zusätzliche
3039 Strecken elektrifizieren. Wir wissen aber auch, dass das aufwendig und teuer ist. Elektrifizie-
3040 rungen, die in den letzten Jahrzehnten nicht stattgefunden haben, werden wir nicht in weni-
3041 gen Jahren nachholen. Deshalb setzen wir parallel auf neue Technologien in den Bereichen
3042 Antrieb und Speicher, sodass wir auf der Schiene auch ohne die Elektrifizierung aller Stre-
3043 cken saubere Mobilität anbieten können. Wir werden den Bahnverkehr in Schleswig-Holstein
3044 komplett dieselfrei machen.

3045 Wir wollen das Reisen auf der Schiene attraktiver machen. Dafür setzen wir auf mehr Zuver-
3046 lässigkeit und Geschwindigkeit. Außerdem wollen wir WLAN in allen Zügen, die in Schles-
3047 wig-Holstein fahren. Die Möglichkeit, Fahrräder in allen Zügen mitzunehmen, muss gewähr-
3048 leistet sein. Ein starker Nahverkehr in allen Landesteilen erhöht die Erreichbarkeit, ist eine
3049 Frage der Gerechtigkeit und bedeutet Rückenwind für Wirtschaft und Tourismus. In der Met-

3050 ropolregion soll die Errichtung neuer Strecken geprüft werden. Wir stärken damit die ländli-
3051 chen Regionen und entlasten die größeren Städte sowie die verstopften Straßen. Unser Ziel
3052 ist, dass die nächste Bahnstation überall in Schleswig-Holstein nicht weiter als 20 km vom
3053 Wohnort entfernt ist.

3054 In den nächsten Jahren werden eine Reihe wichtiger Infrastrukturbaumaßnahmen wie die
3055 Durchbindung der S21 nach Kaltenkirchen, die Taktverdichtungen der S-Bahnen, die Reakti-
3056 vierung der Strecke Kiel-Schönberger Strand, die Schaffung zusätzlicher Bahnhaltepunkte
3057 oder die Elektrifizierung der Strecke Niebüll - Dagebüll abgeschlossen. Es bedarf aber weite-
3058 rer Investitionen in den Ausbau des Schienenverkehrs. Das geht nur im Zusammenspiel zwi-
3059 schen Land, Bund und Kommunen. Das gilt beispielsweise für die denkbare Realisierung
3060 von Stadtbahnen in Kiel und Lübeck oder den Ausbau und die Beseitigung des Schie-
3061 nenengpasses der S4. Für die S4 wollen wir auch sinnvolle und wirtschaftliche Abzwei-
3062 gungen der Streckenführung nach Ost-Stormarn / westlich Lauenburg prüfen. Darüber hin-
3063 aus setzen wir uns für den Erhalt der Bäderbahn an der Lübecker Bucht, die Elektrifizierung
3064 der Marschbahn sowie der Elektrifizierung der Strecken Itzehoe-Wilster-Brunsbüttel, Lübeck
3065 – Kiel oder Ost-West-Verbindungen Richtung Husum oder Heide ein. Des Weiteren sollen
3066 ungenutzte Bahnstrecken wie z. B. nach Geesthacht reaktiviert werden. Wir wollen erfor-
3067 schen, wie Light rail-Angebote in Schleswig-Holstein eine sinnvolle Ergänzung auf beste-
3068 henden und eine Möglichkeit zur Reaktivierung von stillgelegten Strecken sein können. Für
3069 eine Erprobung bietet sich insbesondere die Strecke Malente-Lütjenburg an. Wir wollen das
3070 Angebot so attraktiv machen, dass die Nutzung der Bahn im Land in den nächsten fünf Jah-
3071 ren um 20 Prozent steigt.

3072 Die Feste Fehmarnbeltquerung ist ein zentrales Infrastrukturvorhaben mit einer wesentlichen
3073 Bedeutung für die Wirtschaft unseres Landes und das europäische Zusammenwachsen.
3074 Unsere Aufgabe ist es, die regionalen Forderungen für eine funktionierende und leistungsfä-
3075 hige Hinterlandanbindung und für übergesetzliche Lärm- und Erschütterungsschutzmaß-
3076 nahmen so gut wie möglich umzusetzen. Dazu gehört auch eine Verlängerung der Dreiglei-
3077 sigkeit auf der Strecke Hamburg - Lübeck.

3078 Wir werden das den Ländern Schleswig-Holstein und Hamburg gehörende Unternehmen
3079 AKN weiterentwickeln und als Anbieter von Verkehrsdienstleistungen stärken. So erhalten
3080 wir die Handlungsfähigkeit des Landes und können insbesondere bei Innovationen im Schie-
3081 nenverkehr die Vorteile eines staatlichen Unternehmens nutzen.

3082 In unserem Land zwischen den Meeren spielt auch der Personenverkehr auf dem Wasser
3083 eine wichtige Rolle. Deswegen werden wir emissionsarme und zuverlässige Fährsysteme
3084 als vollständig integrierten Bestandteil des ÖPNV weiterentwickeln.

3085 **Wir brauchen leistungsfähige Straßen, Radwege und Ladeinfra-** 3086 **struktur für E-Autos**

3087 Die allermeisten Straßen, die wir in Deutschland brauchen, sind längst gebaut. Allerdings
3088 sind viele davon in schlechtem Zustand und müssen saniert werden. Unsere Priorität bei den
3089 Straßen ist deshalb Erhalt vor Neubau. Allerdings werden wir einige Verkehrswege aus-
3090 bauen, weil es Bedarf dafür gibt. Unsere Verkehrspolitik orientiert sich an den Menschen.
3091 Problematisch sind für uns nicht neue Straßen, sondern die Antriebe der Fahrzeuge, die auf

3092 ihnen unterwegs sind. Entscheidend ist also die künftig verstärkte Nutzung klimafreundlicher
3093 Antriebe für Autos, Busse und LKW.

3094 Ein wichtiger Baustein auf diesem Wege ist ein flächendeckendes Angebot an E-
3095 Ladesäulen. Da das Betreiben einer Ladesäule, anders als einer Tankstelle, sich jedoch
3096 nicht an allen Standorten lohnt, ist für uns klar, dass diese Aufgabe zur öffentlichen Daseins-
3097 vorsorge gehört. Daher sehen wir das Land in der Verantwortung, dass ein flächendecken-
3098 des Netz an E-Ladesäulen sichergestellt wird. Gerade Autofahrer*innen, die in Mehrfamilien-
3099 häusern ohne privaten Parkplatz mit Wall-Box leben, sind auf öffentliche Ladesäulen mit be-
3100 zahlbaren Preisen angewiesen, um Elektromobilität nutzen zu können, deshalb werden wir
3101 die Aufstellung öffentlicher Ladesäulen in der verdichteten Wohnbebauung besonders för-
3102 dern.

3103 Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen wird abgeschafft. Im Gegenzug wird der kom-
3104 munale Finanzausgleich bei den Gemeindeaufgaben um den Durchschnittswert der einge-
3105 nommenen Straßenausbaubeiträge von 2016 bis 2018 abzüglich schon durch Landesmittel
3106 vorgenommene Kompensationen entlastet.

3107 Die letzten Jahre zeigen, dass Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein viel zu langsam oder
3108 gar nicht umgesetzt werden. Das ist nicht nur ärgerlich für die Verkehrsteilnehmer*innen,
3109 sondern führt auch zu erheblichen Kostensteigerungen. Wir brauchen eine starke, staatliche
3110 Infrastrukturverwaltung im Land, die Planungen schnell organisieren und umsetzen kann.
3111 Daher werden wir die Arbeit des Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr personell besser
3112 ausstatten.

3113 In der Küstenkoalition haben wir erstmal eine Bestandsaufnahme zum Zustand der Landes-
3114 straßen gemacht und die Mittel für die Sanierung verdreifacht. Mit dem Programm Impuls
3115 2030 haben wir zudem die Investitionen langfristig gesichert. Rund ein Drittel der Landes-
3116 straßen sind aktuell im schlechten Zustand. Wir werden deshalb weiter in die Sanierung in-
3117 vestieren. Bis 2035 wollen wir so alle Landesstraßen saniert haben.

3118 An gezielten Punkten wollen wir aber auch den Ausbau von Straßen. Wir haben es noch in
3119 der Küstenkoalition geschafft, die für Schleswig-Holstein besonders wichtigen Projekte im
3120 Bundesverkehrswegeplan 2030 zu verankern. Hierzu zählen beispielsweise die Autobahn
3121 A20 inkl. einer Elbquerung bei Glückstadt, der Ausbau der Bundesstraße B5 an der West-
3122 küste und der weitere Ausbau der A21 sowie ein Ersatz der Rader Hochbrücke.

3123 Das landesweite Radverkehrsnetz ist eine gute Grundlage, um zusammen mit den Verbän-
3124 den im Radverkehr Modelle zu entwickeln, um die Infrastruktur zu verbessern. Unser Ziel ist
3125 es, in den nächsten fünf Jahren 1.000 km Radweg zu sanieren oder, wo nötig, neu zu bauen.
3126 Besonders fördern wollen wir Velorouten und Radschnellwege auf den Siedlungsachsen
3127 sowie in und zwischen Städten. Dabei streben wir an, überregionale Radschnellwege in Bau-
3128 last des Landes zu bauen und zu betreiben. Auf diesen kann das Fahrrad seine Mobilitäts-
3129 vorteile besonders effektiv entfalten. Insgesamt müssen die Bedürfnisse des Radverkehrs
3130 mit den Bedürfnissen des Kraftverkehrs in unseren Verkehrsplanungen gleichberechtigt be-
3131 rücksichtigt werden.

3132 E-Bikes verändern die Anforderungen an Radwege. In allen Regionen des Landes gewinnen
3133 Ladesysteme an Bedeutung. An den Umsteigeorten müssen wir neue „Bike & Ride“-

3134 Stationen anbieten. Damit können die Räder nicht nur geschützt, sondern auch aufgeladen
3135 werden. Wir wollen unsere Radwege und Bahnhöfe dafür fit machen.

3136 Aber auch allgemein gilt es, den Radverkehr im Land attraktiver und sicherer zu machen.
3137 Deshalb wollen wir einen landesweiten Aktionstag "Fahrradsicherheit" einführen, an dem -
3138 neben Informationsarbeit - auch Schwerpunktkontrollen etwa zur Freihaltung von Radwegen
3139 oder der Einhaltung von Seitenabständen erfolgen.

3140 **Starke Wasserwege bringen Wohlstand nach Schleswig-Holstein** 3141 **und holen Güter von der Straße**

3142 Schleswig-Holstein braucht eine funktionierende Wasserstraßeninfrastruktur und lebendige
3143 Häfen. Das ist nicht nur Teil unserer Identität, sondern auch eine wirtschaftliche Stärke. In
3144 diese Infrastruktur muss investiert werden. Noch in der Regierungszeit der Küstenkoalition ist
3145 es uns gelungen, die Finanzierung des Nord-Ostsee-Kanals sowie auch den Ausbau des
3146 Elbe-Lübeck-Kanals zu sichern.

3147 Wichtig ist auch eine Stärkung des Binnenschiffs, um mehr Güter von der Straße auf das
3148 Wasser zu bekommen. Ein modernes Binnenschiff ersetzt bis zu 150 LKW. Damit ist also
3149 eine erhebliche Entlastung der Straßen verbunden und zudem ist der Transport auch noch
3150 klimafreundlicher. Daher ist der Elbe-Lübeck-Kanal von besonderer Bedeutung.

3151 Sinkende Pegelstände der Flüsse infolge größerer Hitze sind eine Bedrohung für die Bin-
3152 nenschifffahrt. Der Einsatz autonomer oder teilautonomer Steuersysteme könnte künftig er-
3153 möglichen, kleine Schiffe mit geringerem Tiefgang einzusetzen und diesem Problem so zu
3154 begegnen. Unser Anspruch als Land ist es, bei diesen Entwicklungen voranzugehen. Des-
3155 halb setzen wir auch auf Einsatz nachhaltiger Antriebstechnologien. Das kann auch eine
3156 Stärke und Zukunftsperspektive der technologiestarken Werften in unserem Land sein.

3157 Wir werden eine aktive Hafenpolitik mit dem Ausbau entsprechender Hinterlandanbindungen
3158 für Seehäfen umsetzen. Dabei setzen wir auf mehr Hafenkooperation und wollen vorhande-
3159 ne Stärken der Hafenstandorte in der Förderpraxis besser berücksichtigen. Die Vertretung
3160 der Hafeninteressen auf Bundes- und EU-Ebene wollen wir intensivieren.

3161 Die Fertigstellung der Festen Fehmarnbeltquerung bietet Chancen und Risiken für unsere
3162 beiden Ostseehäfen Kiel und Lübeck. Gerade Lübeck könnte zu einer Drehscheibe für Wa-
3163 renverkehre in Nord- und Nordosteuropa werden. Dafür müssen aber rechtzeitig die notwen-
3164 digen infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen werden. Auch durch eine stärkere Nut-
3165 zung der Nordpolar-Route für den Güterverkehr ergeben sich Chancen für Schleswig-
3166 Holsteins Häfen. Wir wollen uns schon jetzt positionieren, um zu einer wichtigen Station auf
3167 dieser potenziellen neuen globalen Güterverkehrsachse zu werden.

3168

3169 **8. Mission „Wir machen Schleswig-Holstein zur Heimat für al-** 3170 **le“**

3171 Schleswig-Holstein ist ein besonderes Land. Hier, zwischen den Meeren, haben wir einen
3172 weiten Horizont, sind sturmerprobt und bodenständig. Wir lieben unsere Freiheit. Sorgen
3173 aber auch für Solidarität und Zusammenhalt. Mitten in Europa sind wir zum Vorbild der Min-

3174 derheitenpolitik geworden. Als Beispiel ist der durch die SPD initiierte Handlungsplan Spra-
3175 chenpolitik für das Land Schleswig-Holstein mustergültig für die gesamte Bundesrepublik
3176 Deutschland. Diesen Handlungsplan wollen wir zum Schutz und der Förderung der regional
3177 und Minderheitensprachen fortführen und mit mehr Leben füllen. Wir wissen, dass Sport und
3178 Kultur unabdingbar für das Miteinander sind. Auch erleben wir in unserem Alltag, wie wichtig
3179 eine bunte und tolerante Gesellschaft ist.

3180 **Wir organisieren Asylaufnahme, Zuwanderung und Integration**

3181 Wir sind die Partei, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt organisiert. Dabei werden wir
3182 für diejenigen da sein, die bereits seit längerer Zeit in Schleswig-Holstein leben und auch
3183 hier geboren sind und gleichzeitig auch für diejenigen, die neu zu uns kommen.

3184 Wir wollen Behörden und unabhängige Beratungsstellen wie die der Antidiskriminierungsstel-
3185 le, der Migrationsberatung, der Rückkehrberatung und der psychosozialen Beratung unab-
3186 hängig durch das Land fest finanzieren und fördern. Wir wollen mit den Kommunen und den
3187 Beratungsstellen in Schleswig-Holsteine die „One-Step“ Strategie als schleswig-
3188 holsteinisches Modell entwickeln.

3189 Im ersten Jahr einer SPD-geführten Landesregierung wollen wir das Bundesland Schleswig-
3190 Holstein zum sicheren Hafen erklären und damit deutlich machen, dass wir Menschen auf
3191 der Flucht aufnehmen wollen und können.

3192 Wir wollen zusätzlich zum UNHCR Resettlement-Programm ein flexibles Landesaufnahme-
3193 programm für Menschen, die in Not sind – an den EU-Außengrenzen, innerhalb der EU oder
3194 auch für Flüchtlinge, die sich noch in Nachbarländern von Kriegsgebieten befinden. Wir wol-
3195 len dafür sorgen, dass Schleswig-Holstein, schnell und unkompliziert agieren kann und sich
3196 Schutzsuchende hier sicher fühlen können. Ebenfalls stellen wir fest, dass Frauen und Mäd-
3197 chen in militärischen Konflikten spezifischen Gefährdungen ausgesetzt sind. Daher benöti-
3198 gen wir besondere Aufnahmeprogramme für Frauen und Mädchen aus Konfliktgebieten.

3199 Wer bei uns Freiheit, Sicherheit und Demokratie sucht und keine Straftat begangen hat, darf
3200 nicht mit Haft bestraft werden. Wir werden die Abschiebungshaft so schnell wie möglich wie-
3201 der schließen und diese durch eine humane Rückkehrpolitik ersetzen. In (Bürger-
3202)Kriegsländer darf nicht abgeschoben werden! Wir führen ein Abschiebungsmoratorium ein,
3203 das eine Abschiebung in Länder mit bewaffneten Konflikten für die Dauer dieser Konflikte
3204 verbietet. Darüber hinaus werden wir uns auch dafür einsetzen, dass Schwangere nicht ab-
3205 geschoben werden dürfen.

3206 Wir wollen Integrationskurse neu organisieren und werden dafür die durch den Bund finan-
3207 zierten Integrations- und Berufssprachkursen Plätze für diejenigen finanzieren, die nach den
3208 Regeln des Bundes keinen Anspruch auf Teilnahme haben. Wir wollen in enger Arbeit mit
3209 den Trägern die Strukturen der Integrationskurse in den ländlichen Räumen stärken. Damit
3210 verhindern wir, dass Menschen, die zu uns gekommen und motiviert sind, die deutsche
3211 Sprache zu lernen, monatelang ausgebremst werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Online-
3212 Angebote für Integrationskurse stattfinden. Das Land soll die Kommunen bei ihren Integrati-
3213 onsbestrebungen aktiv unterstützen.

3214 Wir wollen den Anteil von Menschen mit interkulturellem und Migrationshintergrund im öffent-
3215 lichen Dienst stärker fördern. Eine SPD-geführte Landesregierung wird den Diversity-Plan

3216 Integration für Schleswig-Holstein wiederaufnehmen und klare Ziele und Maßnahmen um-
3217 setzen für eine Erhöhung des Anteils von Menschen mit interkulturellem und Migrationshin-
3218 tergrund bis 2030 im öffentlichen Dienst des Landes.

3219 Wir wollen eine transparente und motivierende Kampagne für mehr Einbürgerungen. Die
3220 Staatsbürgerschaft bedeutet mehr, als nur einen Pass in der Hand zu halten. Sie bedeutet,
3221 gleichberechtigt und auf Augenhöhe am politischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen
3222 zu können. Dazu gehört auch eine umfassende Aufklärung über die Verbraucherrechte in
3223 allen Lebensbereichen. Die Einbürgerung verringert Barrieren im Alltag drastisch und zeigt
3224 für alle deutlich, dass jemand in unserer Gesellschaft angekommen ist. Somit trägt jede Ein-
3225 bürgerung zu sozialer Stabilität und Zusammenhalt bei. Gleichzeitig bekennen wir uns je-
3226 doch auch zum Ziel des Wahlrechts für alle, denn nicht für alle, die bei uns leben, ist eine
3227 Einbürgerung möglich.

3228 Wir wollen, dass geschlechtsspezifische Gründe bei der Gewährung von Asyl stärker be-
3229 rücksichtigt werden. Dazu gehört u.a. die Drohung mit Zwangsverheiratung oder Körperver-
3230 letzung, aber auch die Verfolgung von Frauen, die sich politisch betätigen. Wir setzen uns
3231 auf allen Ebenen dafür ein, dass dieser Teil der Istanbul-Konvention vollständig umgesetzt
3232 wird.

3233 Geflüchtete Kinder und Jugendliche werden nicht mehr in Sammelunterkünften unterge-
3234 bracht und besuchen von Anfang an eine öffentliche Schule.

3235 **Wir sind die Europapartei**

3236 Europäisch leben, studieren, arbeiten – für viele Menschen in Schleswig-Holstein, insbeson-
3237 dere in der Grenzregion, ist das kein abstrakter Sinnspruch, sondern tägliche Realität. Große
3238 gesellschaftliche Aufgaben, wie der Klimaschutz, die Digitalisierung oder die Bekämpfung
3239 der Corona-Pandemie lassen sich nicht im Kleinen bearbeiten. Wir wollen ein Vorbild für
3240 grenzüberschreitende Zusammenarbeit sein.

3241 Schleswig-Holstein muss seine geografische Lage nutzen. Der Ostseeraum ist eine kleinere
3242 Version Europas. Mit Deutschland und den skandinavischen Staaten gibt es zum einen lang-
3243 jährige Mitglieder der EU, die durch ihre Westbindung und starke Sozialstaatlichkeit geprägt
3244 sind. Dänemark ist für uns wichtigster Partner in der direkten grenzüberschreitenden Zu-
3245 sammenarbeit. Gesundheitsversorgung, Sicherheit, Kultur, Sprache, Umwelt, Wirtschaft,
3246 Bildung, Verkehr, Tourismus sind unsere gemeinsame Aufgabe und Herausforderung, die
3247 wir gemeinsam durch regelmäßige und verbindliche Zusammenarbeit gestalten werden.
3248 Deswegen intensivieren wir die Zusammenarbeit nicht nur an der gewachsenen Grenze,
3249 sondern zukünftig auch in der Fehmarnbeltregion. In beiden Regionen sehen wir großes Po-
3250 tential für junge Menschen in Sachen Ausbildung und Arbeitsmarkt. Wir forcieren internatio-
3251 nale Ausbildungen in den verschiedensten Bereichen und bauen Hürden der gegenseitigen
3252 Anerkennung der Berufsbilder ab. Das Infocenter Padborg dient als bestes Beispiel für Fra-
3253 gen der Arbeitnehmer*innen, Pendler*innen und Unternehmer*innen. Gleiches muss in der
3254 Fehmarnbeltregion installiert werden. Die baltischen Staaten hingegen sind junge und dyna-
3255 mische Volkswirtschaften. Darüber hinaus haben wir mit Polen ein weiteres wichtiges Mit-
3256 glied in der Ostsee-Familie. Hinzu kommt der große Nachbar Russland. Viele Fragen der
3257 internationalen Zusammenarbeit sind im Ostseeraum vereint.

3258 Wenn wir uns hier auf ein gemeinsames politisches Projekt verständigen, dann ist es auch
3259 tragfähig für die gesamte Europäische Union. Das können wir nutzen, um Schleswig-Holstein
3260 zum Zukunftslabor für die europäische Einigung zu machen. Gerade der große Handlungs-
3261 druck beim Klima- und Umweltschutz kann zum Integrationsmotor werden. Schleswig-
3262 Holstein hat – gemeinsam mit seinen europäischen Nachbar*innen – optimale Bedingungen,
3263 um die sozial-ökologische Wende zu schaffen und Vorbildregion für den Green Deal der EU
3264 zu werden.

3265 Mit unseren Nachbar*innen an Ost- und Nordsee werden wir die integrierte maritime Politik
3266 im Rahmen bestehender Strategien kontinuierlich vorantreiben. Seeverkehre und Schiffssi-
3267 cherheit stehen für uns dabei ebenso im Fokus wie Umwelt, Meeressauberkeit und Natur-
3268 schutz. Die Zusammenarbeit bei Bildung, Forschung und Transfer, im Arbeitsmarkt, bei Kul-
3269 tur und Tourismus sowie die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung sind Schwer-
3270 punkte unserer Politik für den Ostseeraum. Gerade mit Blick auf die Regierung unseres
3271 Nachbarlandes Polen begreifen wir es als unsere besondere Verpflichtung, Europa als Wer-
3272 teunion zu stärken. Der Schutz von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Verteidigung von
3273 Menschenrechten ist für uns zentral – sowohl gegen Angriffe im Inneren als auch in Bezug
3274 auf die Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen.

3275 Wir brauchen eine Europa-Strategie für Schleswig-Holstein! Gemeinsam mit unseren Nach-
3276 bar*innen und Partner*innen wollen wir unsere Stimme in Brüssel stärken und gezielt EU-
3277 Mittel in unsere Region holen. Hierfür hat das Hanse-Office eine wichtige Funktion. Hier bie-
3278 ten der Green Deal und unsere Potenziale im Bereich der erneuerbaren Energien viele Mög-
3279 lichkeiten. Um diese zu nutzen, werden wir eine zentrale Anlaufstelle für die Beratung bei der
3280 Antragsstellung für EU-Fördermittel schaffen.

3281 Doch Europa darf sich nicht auf wirtschaftliche Zusammenarbeit beschränken. Viele Proble-
3282 me lassen sich heute nicht mehr auf der Ebene der Nationalstaaten lösen. Deshalb wollen
3283 wir ein soziales Europa, das gemeinsame Regeln für gute Arbeit, gerechte Steuern und eine
3284 soziale Grundsicherung schafft. Unser Ziel bleibt die europäische Sozialunion, die soziale
3285 Mindeststandards sichert, Lohn- und Sozialdumping wirksam unterbindet und die sozialen
3286 Grundrechte für alle Bürger*innen in Europa stärkt. Zusätzlich wollen wir Barrieren des
3287 grenzübergreifenden Arbeitsmarktes und der Sprache weiter abbauen, an mehr gemeinsa-
3288 men Bildungsabschlüssen ebenso arbeiten wie an der schnelleren Anerkennung von Berufs-
3289 abschlüssen. Ein grenzüberschreitender Arbeitsmarkt erfordert außerdem den Ausbau der
3290 Pendlerberatung und die Koordinierung von sozialen Sicherungssystemen. Die europäische
3291 Freizügigkeit ist für uns ein hohes Gut! Hier werden wir uns klar in den deutsch-dänischen
3292 Beziehungen einsetzen und Menschen in der Grenzregion besonders unterstützen. Wir wol-
3293 len unsere enge Zusammenarbeit mit Dänemark weiter stärken und ausbauen. Die aktive
3294 Beteiligung junger Menschen an demokratischen Prozessen in Europa und ihre Befähigung
3295 zu kritischem Denken ist uns ein wichtiges Anliegen. Beides muss im europäischen Kontext
3296 weiter gestärkt werden.

3297 Wir werden die Zusammenarbeit der Europäischen Informationszentren (Europe Direct In-
3298 formation Centres) und des Landesbeauftragten für politische Bildung stärken, um flächen-
3299 deckende Europabildung und Informationen über die EU anzubieten und unsere Europa-
3300 schulen verstärkt fördern.

3301 **Die schleswig-holsteinische Minderheitenpolitik soll Vorbild bleiben**

3302 Wir wollen die kulturelle Vielfalt Schleswig-Holsteins bewahren. Wir begreifen unsere Unter-
3303 schiedlichkeit als Stärke. Schleswig-holsteinische Fries*innen, die dänische Minderheit, Sinti*
3304 zze und Rom*nja und die deutsche Minderheit in Nordschleswig sind die Botschafter*innen
3305 unserer Vielfalt. Im deutsch-dänischen Grenzland sind die Minderheiten Mittler und wichtige
3306 Brückenbauer für das Zusammenleben und für die Entwicklung in der Region.

3307 Minderheitenpolitik hat für uns immer einen besonderen Stellenwert gehabt. Wir haben sie
3308 durch unsere Beauftragten entscheidend mitgeprägt und wollen diese erfolgreiche und für
3309 uns selbstverständliche Arbeit nachhaltig fortsetzen.

3310 Es gehört zu unserem Grundverständnis der Politik, Minderheiten und Volksgruppen bei ih-
3311 rem Bemühen zu unterstützen, ihre Identität zu wahren und zu leben. Dafür werden wir die
3312 finanzielle und strukturelle Unterstützung und die von uns initiierte langfristige Planungssi-
3313 cherheit fortschreiben und formulieren sie auch für die Sinti*zze und Rom*nja.

3314 Zudem wollen wir die kommunale Mitwirkung an der Umsetzung der Minderheitenpolitik, be-
3315 sonders bei Sprache und Kultur im öffentlichen Raum, vertiefen. Wir wollen ihre kommunale
3316 und ministerielle Mitwirkung stärken. Dafür ist nötig, dass Kommunen, Ämter, Kreise und
3317 Ministerien im engen Dialog untereinander und mit den dazugehörigen Fördereinrichtungen
3318 stehen.

3319 Wir wollen an die erfolgreiche Sprachenpolitik der Küstenkoalition anknüpfen. Wir werden
3320 dafür sorgen, dass die schleswig-holsteinische Sprachenvielfalt noch stärker im öffentlichen
3321 Raum bemerkbar wird. Die beitragsfinanzierten Sendeanstalten stehen dabei in der Pflicht
3322 Sprachenvielfalt noch stärker im öffentlichen Raum bemerkbar und sichtbar zu machen. Ein
3323 weiteres Ziel ist es, Förderbereiche wie Kultur, Bildung, Wissenschaft und Soziales zu stär-
3324 ken.

3325 Die Muttersprache ist für uns ein hohes Gut! Wir haben verstanden, dass sich viele Ergeb-
3326 nisse aus der Förderung der Regional- und Minderheitensprachen auf alle Sprachen anwen-
3327 den lassen, beispielsweise im Bereich der Pflege. Dort schafft sie Vertrauen und Nähe für
3328 alle Menschen mit oder ohne Migrationserfahrungen.

3329 Die Schulen der dänischen Minderheit sind öffentliche Schulen. Deshalb müssen sie Zugang
3330 zu allen Förderprogrammen des Bundes und des Landes haben, so, wie das beim Digital-
3331 pakt Schule bereits der Fall ist.

3332 Wir begrüßen die Gründung der von uns auf den Weg gebrachten Friesenstiftung und wer-
3333 den ihre Arbeit weiter unterstützen.

3334 Wir wollen die Bemühungen gegen Antiziganismus verstärken und setzen uns für eine Um-
3335 setzung der aktualisierten EU-Roma-Strategie in Schleswig-Holstein ein.

3336 Wir unterstützen die Arbeit des neu gegründeten Minderheitenkompetenzzentrums, in dem
3337 sich die Minderheiten in Schleswig-Holstein zusammen mit der Deutschen Minderheit in
3338 Nordschleswig, der Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) und dem Eu-
3339 ropean Center for Minority Issues (ECMI) für die Belange der Minderheiten in unserem Land
3340 und in Europa einsetzen. Wir wollen unsere international anerkannte Minderheitenkompe-
3341 tenz im Grenzland halten und weiter stärken.

3342 Wir setzen uns weiter für die Umsetzung der Forderungen der Europäischen Bürgerinitiative
3343 „Minority Safepack“ ein, Minderheitenpolitik auf europäischer Ebene zu stärken, zu institutio-
3344 nalisieren und Minderheitenrechte und ihren Schutz stärker zu verankern.

3345 **Kunst und Kultur fördern**

3346 Die große Bedeutung der Kultur ist uns Schleswig-Holsteiner*innen besonders bewusst. Kul-
3347 tur prägt die öffentliche Debatte, sie ist Teil der gesellschaftlichen Weiterentwicklung und
3348 bietet allen die Möglichkeit der Auseinandersetzung mit sich selbst und der Gesellschaft.
3349 Daher sollen sich Rang und Bedeutung von Kunst und Kultur im politischen Handeln wider-
3350 spiegeln.

3351 Respekt vor der Arbeit von Künstler*innen drückt sich auch in Zahlen aus – die Corona-
3352 Pandemie hat gezeigt, dass unser Sozialversicherungssystem soloselbstständige und tem-
3353 porär beschäftigte Künstler*innen nicht angemessen absichert. Während der Krise haben wir
3354 den Zugang zur Grundsicherung modifiziert und Selbstständigen aus dem Kulturbereich
3355 dadurch einen Schutzschirm geboten. Langfristig braucht es jedoch eine eigenständige Lö-
3356 sung. Viele Selbstständige sind während der coronabedingten Einschränkungen beruflich um-
3357 geschwenkt. Diese Fachkräftewerden auf lange Sicht fehlen.

3358 Wir sind im Dialog mit den Kultureinrichtungen und deren Dachverbänden. Wir wissen, dass
3359 kulturelle Einrichtungen wie zum Beispiel Museen und Gedenkstätten personell und finanziell
3360 ausreichend ausgestattet und Museen den aktuellen Erfordernissen angepasst sein müssen.
3361 Entsprechend gibt es dazu in den Organisationen und Verbänden erhebliche Erwartungen
3362 an eine sozialdemokratische Regierung.

3363 Demokratie lebt vom offenen und kultivierten Diskurs im öffentlichen Raum. Die kulturellen
3364 Bildungseinrichtungen wie etwa Museen, Volkshochschulen, Bibliotheken und Theater sowie
3365 die soziokulturellen Räume und öffentlichen Plätze sind hierfür die zentralen Orte. Dazu ge-
3366 hört auch die Förderung von Kultur- und Kreativzentren. Wo sich Vereine und Initiativen auf
3367 den Weg gemacht haben, kulturelle, kreativwirtschaftliche und soziale Projekte zu etablieren
3368 und Zentren zum Erfinden, Ausprobieren und Erleben an zentralen Orten in Städten oder
3369 Gemeinden zu schaffen, sollen diese unterstützt werden. Ein Beispiel der vergangenen Jah-
3370 re ist hier die wertvolle Arbeit der Kulturknotenpunkte zu nennen. Aufgrund ihrer Strahlkraft
3371 wirken sie in die Städte und Gemeinden hinein und sind wesentliche Bausteine der Stadt-
3372 entwicklung und kommunalen Daseinsvorsorge gerade in den ländlichen Räumen. In
3373 Schleswig-Holstein wird als neuer Standard eingeführt, dass in allen strukturpolitischen Ent-
3374 wicklungsplanungen Belange von Kunst und Kultur integrale Bestandteile der Stadt-, Orts-
3375 und Regionalentwicklung sind.

3376 Die Kulturförderung durch das Land benötigt mehr Transparenz. Hierzu bedarf es regelmä-
3377 ßiger Kulturförderberichte. Der von der Küstenkoalition begonnene Kulturdialog hat gezeigt,
3378 dass regelmäßiger Erfahrungsaustausch und Diskussionen Vertrauen schaffen und Kreativität
3379 freisetzen. Der Kulturdialog wird in einen ständigen und systematischen Kulturaustausch
3380 überführt, in dem das Land mit allen Künstler*innen und Trägern von Kultureinrichtungen
3381 sowie den Kreisen und Kommunen gemeinsam und vernetzt die Weiterentwicklung der Kul-
3382 tur in Schleswig-Holstein voranbringt. Wir werden ein Kulturfördergesetz machen, das eine
3383 gesetzliche Regelung für die Kulturförderung schafft und damit die Bedeutung von Kunst und
3384 Kultur stärkt.

3385 Wir werden Initiativen zur weiteren Digitalisierung der schleswig-holsteinischen Kultur unter-
3386 stützen. So sollen sich Künstler*innen über digitale Plattformen stärker vernetzen, Museen
3387 digitaler arbeiten können oder auch digitale Kulturangebote in ihrer Arbeit bestärkt werden.

3388 Die Verpflichtung, Ausstellungshonorare an Künstler*innen zu zahlen, die ihre Werke vor-
3389 übergehend zur Verfügung stellen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Künstler*innen
3390 leisten rund um Ausstellungen oftmals unentgeltliche Arbeit, von der Anlieferung bis zum
3391 Auf- und Abbau ihrer Werke. Es reicht nicht aus, Künstler*innen mit „der Chance, auszustel-
3392 len“ vermeintlich zu entlohnen.

3393 Öffentliche Orte sind Orte der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Der Bildenden Kunst
3394 kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. In Schleswig-Holstein muss die Förderung von
3395 Kunst im öffentlichen Raum wieder mehr Gewicht erhalten und bei öffentlich geförderten
3396 Bauvorhaben mit einem bestimmten Prozentsatz verpflichtend abgesichert werden.

3397 Um ein niedrighschwelliges Kulturangebot in der Fläche zu sichern und auszubauen, werden
3398 wir die Strukturförderung des Landes so ausrichten, dass die soziokulturellen Zentren und
3399 Initiativen mit einer projektbezogenen Förderung stabilisiert und ihnen eine nachhaltige Per-
3400 spektive für die eigene Arbeit gegeben werden kann.

3401 Land und Kommunen dürfen nicht versuchen, nach oder bereits während der Corona-Krise
3402 durch Einsparungen im Kulturretat ihre Haushalte zu konsolidieren. Für entsprechende Rege-
3403 lungen in der Bundes- und Landeshaushaltsordnung wird sich die SPD einsetzen. Die vor-
3404 handene Infrastruktur an Theatern, Vereinen, Verbänden, Stiftungen und Museen ist lange
3405 gewachsen. Wir dürfen nicht aufs Spiel setzen, wichtige Akteur*innen, Spielstätten oder Be-
3406 gegnungsorte zu verlieren. Hier kurzfristig zu sparen, macht uns alle langfristig ärmer.

3407 Wir stehen zu den schleswig-holsteinischen Theatern. Wir wollen das Theaterangebot im
3408 Land sichern und weiter ausbauen. Für die öffentlichen Theater halten wir an der Tariftreue
3409 fest und setzen uns für eine Theaterförderung ein, die dynamisch direkt an die tariflichen
3410 Steigerungen der Personalkosten gebunden ist. Dieser Grundsatz wird auch für das öffentli-
3411 che Bibliothekswesen umgesetzt. Wir möchten nicht nur Theater in Städten, sondern wollen
3412 das kulturelle Angebot auch im ländlichen Raum sichern. Dafür ist das Schleswig -
3413 Holsteinische Landestheater ein Garant. Die Theaterstandorte in Schleswig-Holstein sind für
3414 den gesamten Erhalt der kulturellen Angebote unabdingbar.

3415 Kultur wird in der politischen Diskussion – auch hier in Schleswig-Holstein – zu häufig einsei-
3416 tig betrachtet: Neben der Hochkultur und der Soziokultur ist eine junge und moderne Popkul-
3417 tur längst ganz wesentlicher, relevanter und schützenswerter Teil unserer Gesellschaft. Mit
3418 ihren Angeboten erreicht sie die ganze Breite der Gesellschaft und ist für viele Menschen der
3419 wichtige Kontakt mit Kultur. Deshalb verdient sie einen eigenständigen Anteil der politischen
3420 Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit in der vielfältigen Kulturlandschaft. Wir sind überzeugt:
3421 Auch Popkultur verdient Förderung und sollte nicht alleine den Marktkräften überlassen wer-
3422 den.

3423 Insbesondere die Kreativwirtschaft ist gemessen an ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rele-
3424 vanz politisch schlecht vertreten. Dies wurde während der Corona-Pandemie besonders
3425 sichtbar: Künstler*innen tragen eine besondere Last der politischen, sozialen und wirtschaft-

3426 lichen Folgen der Pandemie. Und dabei erhalten sie weniger Unterstützung als andere Be-
3427 reiche.

3428 Unser Ziel ist eine moderne Kulturpolitik, die auch eine zeitgemäße Würdigung der Kreativ-
3429 wirtschaft umfasst. Künstler*in ist ein Beruf, der nicht genug Wertschätzung erhält. Arbeit in
3430 der Branche findet zu oft in prekären Verhältnissen statt. Es fehlt eine einheitliche Lohnstruk-
3431 tur. Dazu ist der Organisationsgrad der Beschäftigten in diesem Bereich gering. Häufig arbei-
3432 ten sie ohne jede soziale Sicherung. Sie haben keine Renten-, Arbeitslosen-, Krankenversi-
3433 cherung. In der Pandemie bekamen sie deshalb kein Kurzarbeitergeld. Das wollen wir än-
3434 dern und dafür einen Branchendialog beginnen.

3435 Eine erfolgreiche kulturpolitische Arbeit erfordert branchenspezifische Kompetenz. Deshalb
3436 schaffen wir einen neuen kompetenten, gemeinsamen Anlaufpunkt innerhalb der Landesre-
3437 gierung. Wir wollen uns konkret um die Themen der Kreativwirtschaft kümmern sowie die
3438 Leistungen und Potentiale des Wirtschaftszweiges erfassen und befördern. Dafür setzen wir
3439 auf den engen Austausch mit Menschen aus der Szene und der Veranstaltungsbranche.

3440 Kultur ist kein Beiwerk, sondern ein erheblicher Wirtschaftsfaktor und ein Motor für die Wei-
3441 terentwicklung unserer Gesellschaft. Kulturelle Teilhabe darf nicht zur Klassenfrage werden.
3442 Deshalb müssen wir den Neustart der Kreativwirtschaft sorgfältig begleiten.

3443 **Wir festigen unsere Demokratie**

3444 Die SPD ist die älteste demokratische Partei Deutschlands und wurde drei Mal durch unde-
3445 mokratische Regierungen verboten. Daher empfinden wir eine besondere Verantwortung
3446 gegenüber unserem Rechtsstaat. Gleichzeitig stellen wir fest, dass die Demokratie regelmä-
3447 ßig unter Druck gerät. Aus diesem Grunde werden wir sie gegen die Feinde der Demokratie
3448 verteidigen.

3449 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit findet sich in vielen Facetten in weiten Teilen der
3450 Gesellschaft. Zwar werden rechtsextreme Einstellungen selten offen propagiert, rechtspopu-
3451 listische, reaktionäre und antiaufklärerische Kräfte knüpfen aber an weitverbreitete Denk-
3452 muster an. Sie schüren Ängste gegenüber allen Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen,
3453 um dann im Gewand des besorgten Bürger*in ihre menschenfeindlichen Auffassungen sa-
3454 lonfähig zu machen.

3455 Keine Form von Rassismus und geschlechtsbezogener Menschenfeindlichkeit darf einen
3456 Platz in unserer Gesellschaft haben. Wir unterstützen, dass jeder Mensch selbst über Glau-
3457 be und Geschlecht entscheiden und dies in allen Bereichen ausleben kann. Gesellschaftliche
3458 Vielfalt und Gleichberechtigung müssen noch viel stärker politisch sichtbar und wirksam wer-
3459 den – auf allen politischen Ebenen zwischen Land und Kommune! Um das zu erreichen, gibt
3460 es viele Möglichkeiten. Wir wollen z. B. die Mittelvergabe für öffentliche Politikförderung an
3461 das Kriterium der Diversität koppeln. Die Teilhabe aller Geschlechter und Identitäten ist ein
3462 Gewinn für unsere Gesellschaft.

3463 Mit dem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus haben wir den Kampf gegen Ras-
3464 sismus und Menschenfeindlichkeit gestärkt. Wir werden das Beratungsnetzwerk in allen Re-
3465 gionen des Landes ausbauen, sodass die Zivilgesellschaft überall in Schleswig-Holstein
3466 ortsnah Ansprechpartner*innen hat. Zudem soll die institutionalisierte Gleichstellungs- und
3467 Antidiskriminierungsarbeit vorangetrieben werden.

3468 Unserer historischen Verantwortung bewusst, werden wir den Kampf gegen jede Form des
3469 Antisemitismus fortsetzen. Dazu gehört, dass wir die Arbeit der Landesweiten Informations-
3470 und Dokumentationsstelle Antisemitismus (LIDA-SH) unterstützen. Weitere zentrale Rollen
3471 nehmen das Amt des*der Landesbeauftragten für jüdisches Leben, die jüdischen Gemein-
3472 den sowie zivilgesellschaftliche Unterstützer*innen ein. Darüber hinaus müssen antisemiti-
3473 sche Vorurteile und Verschwörungserzählungen aufgedeckt werden. Dies gilt auch im digita-
3474 len Raum, bereitet dieser doch oft erst den Nährboden für antisemitische Gewalt. Es ist eine
3475 Betreuung der Betroffenen antisemitischer Taten sicherzustellen, denn wir wollen, dass sich
3476 jeder Mensch jüdischen Glaubens in Schleswig-Holstein sicher leben kann.

3477 Antiziganismus (spezielle Form des Rassismus, der sich gegen Sinti*zze und Rom*nja rich-
3478 tet) hat in unserer Gesellschaft so wenig einen Platz wie jede andere Form gruppenbezoge-
3479 ner Menschenfeindlichkeit! So werden wir prüfen, inwiefern wir ein landesweites Monitoring
3480 für antiziganistische Vorfälle einführen können. Darüber hinaus müssen wir auch an dieser
3481 Stelle eine Betroffenenberatung sicherstellen und für mehr präventive Arbeit eintreten.

3482 Wir wollen Opfer der Diskriminierung konkret unterstützen und rechtlich schützen. Daher
3483 wollen wir ein Landesantidiskriminierungsgesetz in Schleswig-Holstein einführen.

3484 Wir brauchen eine gesellschaftliche Sensibilisierung, denn durch Stereotypisierung, Polari-
3485 sierung und Vorurteile werden Menschen aufgrund ihrer Erscheinung und ihrer Religion zu-
3486 gleich auf- und abgewertet. Durch Rassismus wird ein Bild der Gesellschaft geschaffen, das
3487 auf der einen Seite den vermeintlich aufgeklärten, toleranten und fortschrittlichen Westen
3488 sieht – im Gegensatz beispielsweise zum Islam. Dagegen sollten in Schleswig-Holstein Auf-
3489 klärungs- und Präventionsarbeit geleistet und Kampagnen auf den Weg gebracht werden,
3490 die sich für eine gleichberechtigte Gesellschaft einsetzen.

3491 Terroranschläge und rechtsextrem motivierte Morde bedrohen die Sicherheit und unser Le-
3492 ben potenziell auch in Schleswig-Holstein. Wir wollen die Tätigkeit von Polizei und Verfas-
3493 sungsschutz bei der Abwehr extremistischer Gewalt verstärken. Wir werden darüber hinaus
3494 die Forschungs- und Präventionsarbeit fördern und die Gründung entsprechender For-
3495 schungs- und Beratungsangebote zum Schutz unserer freiheitlichen demokratischen Gesell-
3496 schaft ermöglichen.

3497 Politische Bildung muss in allen Schularten und in allen Altersstufen fest verankert sein und
3498 darf nicht in Konkurrenz mit anderen Schulfächern im Rahmen der Kontingenzstundentafel
3499 geopfert werden.

3500 Wir werden zusammen mit den Kommunen ein Programm „Demokratische Gemeinde 2030“
3501 zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung entwickeln. Hierzu wollen wir u.a. Fragen
3502 zur Vereinbarkeit von Familie und Kommunalmandat, optimale Vertretungsgrößen, Fortbil-
3503 dungs- und Schnupperangebote für Interessierte, stärkere Einbeziehung und Interessens-
3504 gewinnung von Bürger*innen bei Ortsentwicklungsprozessen und Attraktivitätssteigerung für
3505 das kommunale Ehrenamt erörtern und gemeinsam mit unseren Kommunalvertreter*innen
3506 praxisnahe Lösungen erarbeiten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Fraktionsgröße in Krei-
3507 sen und Kreisfreien Städten mindestens aus drei Personen besteht.

3508 Beiräte sind wichtig für die Einbeziehung der gesellschaftlichen Gruppen in die kommunalen
3509 Entscheidungsprozesse, deshalb soll es zukünftig, mindestens bei jeder hauptamtlichen

3510 Verwaltung, Jugend-, Senioren- und Integrationsbeiräte sowie Beiräte für Menschen mit Be-
3511 hinderungen geben, da besonders diese Gruppen Sichtweisen, Bedürfnisse und Erfahrun-
3512 gen einbringen können, die in Entscheidungsprozessen häufig zu kurz kommen. Das Wahl-
3513 recht für die Beiräte darf dabei nicht allein von der Staatsbürgerschaft abhängig
3514 sein. Außerdem werden wir die Juniorwahl von Schüler*innen zukünftig flächendeckend för-
3515 dern. Und grundsätzlich dafür sorgen, dass Paragraph 47 (f) die Gemeindeordnung zum Be-
3516 teiligung von Kinder und Jugendliche in Planungsprozessen konsequent eingebunden wer-
3517 den.

3518 Wir brauchen eine Erinnerungskultur, die Wissen vermittelt und Empathie schafft, die Ent-
3519 wicklungen nachvollziehbar macht und hilft, das Damals und das Heute in all seiner Komple-
3520 xität und Widersprüchlichkeit zu verstehen. So lässt sich gerade für jüngere Generationen
3521 erfahren, dass unsere Demokratie nicht selbstverständlich ist, sondern über viele Jahrzehnte
3522 erstritten wurde und auch zukünftig verteidigt werden muss. Wir stehen für eine Erinne-
3523 rungskultur, die zur Reflexion, zum Hinterfragen der eigenen und der Anerkennung anderer
3524 Perspektiven anregt. Das Erstarken von Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus stellt
3525 uns dabei vor besondere Herausforderungen. Um diesen zu begegnen, werden wir auch die
3526 Erinnerungskultur im Lande in den nächsten Jahren finanziell fördern und absichern. Dazu
3527 gehört auch, dass wir flächendeckend für die Stärkung der Gedenkstättenarbeit sorgen wer-
3528 den.

3529 **Schleswig-Holstein ist sportlich**

3530 Schleswig-Holstein ist nicht nur in den medial häufig wahrgenommenen Sportarten Handball
3531 und Fußball stark. Wir haben auch hervorragende Sportler*innen, die an Olympischen Spie-
3532 len sowie Welt- und Europameisterschaften teilnehmen und im Breitensport tolle Sport-
3533 ler*innen und Vereine. Wir werden dafür sorgen, dass alle Menschen in Schleswig-Holstein
3534 vor Ort ihrem Sport nachgehen können. Wir bekennen uns klar zu unseren Bundesstütz-
3535 punkten Segeln, Beachvolleyball und Rudern und werden die Stützpunkte bei ihrer Arbeit
3536 sowie die Kommunen bei der Bereitstellung der Infrastruktur finanziell unterstützen. Die Wei-
3537 terentwicklung der Partnerschulen des Leistungssports nimmt dabei eine wichtige Rolle ein.

3538 Der Sport in seiner gesamten Breite ist in unserer Gesellschaft von hoher Bedeutung. Die
3539 Förderung des Sports auf allen Ebenen muss Ziel einer zukunftsorientierten Sportpolitik sein.
3540 Integration, Inklusion und kulturelle Wertevermittlung können ganz besonders über den Sport
3541 gelingen, der damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert. Wir unterstützen Sportver-
3542 eine bei dieser wichtigen Aufgabe und fördern inklusive Sportangebote für Menschen mit und
3543 ohne Behinderung.

3544 Wir bekennen uns zum Sportentwicklungsplan „Sportland Schleswig-Holstein“ des Landes,
3545 der die Grundlage für die Entwicklung des Sports in Schleswig-Holstein gelegt hat und ent-
3546 wickeln diesen in einem ständigen Prozess mit allen Beteiligten weiter.

3547 Hierbei gehen Breiten-, Spitzen- und Profisport in ihrer Wirkung Hand in Hand. Spitzensport-
3548 ler*innen sollen mehr Möglichkeiten zu einer beruflichen Perspektive erhalten, insbesondere
3549 paralympische Spitzensportler*innen wollen wir Angebote innerhalb der schleswig-
3550 holsteinischen Verwaltungsstrukturen schaffen.

3551 In Schleswig-Holstein engagieren sich viele tausend Menschen ehrenamtlich im Bereich des
3552 Sports und geben durch ihre Vereinstätigkeiten noch mehr Menschen einen sozialen Identifi-
3553 kationsrahmen. Dies gilt es weiter zu fördern – besonders vor dem Hintergrund der Corona-
3554 Auswirkung auf Vereine. Hierfür werden wir ein Initiativprogramm auf den Weg bringen, da-
3555 mit der Landes- und die Kreissportverbände die Vereine vor Ort bei der Bewältigung der
3556 Herausforderungen unterstützen können.

3557 Die Landesförderprogramme für den Vereinssport sind weiter aufrechtzuerhalten und zu ver-
3558 stetigen. Ein besonderer Schwerpunkt muss nach wie vor auf der Förderung kommunaler
3559 Sportstätten bzw. Sportstättenbau und -sanierung, sowie Schwimmhallen und -bäder liegen.
3560 Sie sind wichtig als Grundlage vor allem für den Schulsport. Wir werden die Fördermöglich-
3561 keiten stärker als bisher an den tatsächlichen Bedarfen der Kommunen ausrichten. Einen
3562 besonderen Fokus werden wir auf den Neubau und Erhalt von Schwimmsportstätten legen,
3563 um unserem Anspruch, dass im Land zwischen den Meeren jedes Kind schwimmen lernt,
3564 gerecht werden zu können.

3565 Wir setzen uns dafür ein, dass wir Möglichkeiten schaffen, Freizeitsport frei zugänglich auf
3566 öffentlichen Flächen zu ermöglichen. Gute Sportmöglichkeiten sind ein Standortfaktor, der
3567 die Attraktivität in einer Region deutlich erhöht. Daher stärken wir die finanzielle Förderung
3568 der Sport- und Bewegungsangebote im öffentlichen Freiraum.

3569 E-Sport hat enorm an Bedeutung geworden. Er interessiert viele Zuschauer*innen und ist
3570 inzwischen auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wettbewerbsmäßig betriebener E-Sport hat
3571 hohe psychische und physische Anforderungen, die nur durch ein regelmäßiges Training
3572 erworben werden können. Wir werden die Entwicklung des E-Sport in Schleswig-Holstein
3573 fördern. Eine öffentliche Förderung muss allerdings auch weitere Kriterien erfüllen. Wir wer-
3574 den uns dabei an dem dänischen E-Sport-Kodex orientieren.

3575 **Die schleswig-holsteinische Medienlandschaft stärken**

3576 Die schleswig-holsteinische Medienlandschaft ist für den Erhalt und Schutz unserer Demo-
3577 kratie von entscheidender Bedeutung. Wir brauchen die regionalen Medien, die den grund-
3578 gesetzlichen Auftrag der Pressefreiheit erfüllen können.

3579 Der Zugang zu freien und unabhängigen Medien und Informationen ist ein verbrieftes Grund-
3580 recht und gehört für uns zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Allerdings verändern sich die Zu-
3581 gangswegen und der Medienkonsum stetig. Aktuelle und verlässliche Informationen müssen
3582 möglichst vielen Menschen überall in vielfältiger Form zur Verfügung stehen. Digitale, multi-
3583 oder crossmediale, mobile und sogar interaktive Angebote erleben Zulauf. Rundfunkanstal-
3584 ten, private Radio- und Fernsehsender aber auch die Zeitungsverlage müssen sich auf die
3585 neue Art der Mediennutzung einstellen.

3586 Wir wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Garant für verlässliche Informationen er-
3587 halten und seine Weiterentwicklung fördern.

3588 Für uns gehören zu einer vielfältigen Medienlandschaft die öffentlich-rechtlichen Rundfunk-
3589 anstalten genauso wie die privaten Radio- und Fernsehsender, die traditionellen Verlags-
3590 häuser, die kleinen regionalen Zeitungsredaktionen und die vielen verschiedenen Onlinean-
3591 gebote.

3592 Darüber hinaus werden wir uns für folgende Punkte stark machen:

- 3593 • Lokale Medienvielfalt fördern
- 3594 • Ausbau öffentlicher Auslieferungsinfrastruktur und zugangsoffener Internetplattfor-
- 3595 men
- 3596 • Förderung lokaler Rundfunkinhalte und freier Radios
- 3597 • Stärkung der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH)
- 3598 • Novellierung des Medienstaatsvertrag Hamburg/Schleswig-Holstein, sodass eine
- 3599 bessere Förderung für u.a. freie und lokale Radios sowie Teleanbieter sichergestellt
- 3600 ist